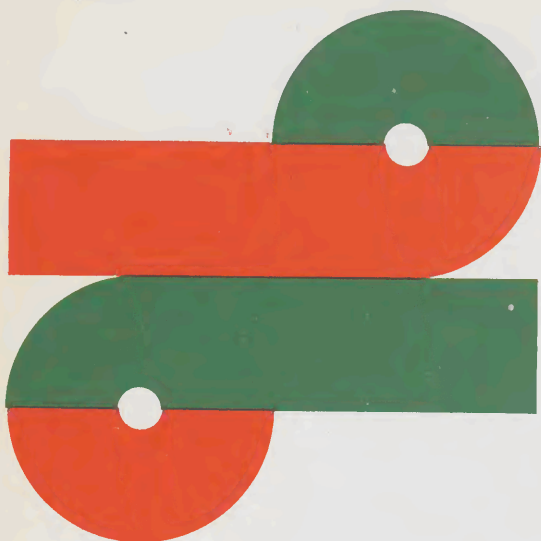


STAATSKANZLER DR. KARL RENNER

DENKSCHRIFT
ÜBER DIE
GESCHICHTE DER UNABHÄNGIG-
KEITSERKLÄRUNG ÖSTERREICHS
UND BERICHT ÜBER
DREI MONATE AUFBAUARBEIT

EUROPA VERLAG ZÜRICH

Joseph Buttinger · Bibliothek



Geschenk an die
Bibliothek der
Hochschule für
Bildungswissenschaften
in Klagenfurt

Juni 1971

R 1.0 - 9:11

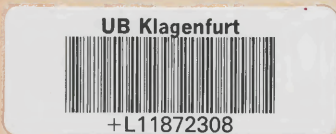
1881

536236

S/R

BUNDESPRÄSIDENT DR. KARL RENNER

DENKSCHRIFT
ÜBER DIE
GESCHICHTE DER UNABHÄNGIG-
KEITSERKLÄRUNG ÖSTERREICHS



MIT EINEM NACHWORT VON PROF. J. R. VON SALIS

EUROPA VERLAG ZÜRICH

16-240.70: RENN. 0

BRASA

Alle Rechte vorbehalten
Copyright 1946 by Europa Verlag A. G., Zürich
Druck: C. J. Bucher AG., Luzern
Printed in Switzerland

VORWORT ZUR ÖSTERREICHISCHEN AUSGABE

Für die Beurteilung der Vorgänge, die die Unabhängigkeitserklärung Österreichs und die Einsetzung einer provisorischen Regierung zum Ergebnis hatten, sind Tatsachen und Umstände maßgebend, die leicht der Vergessenheit und Mißdeutungen anheimfallen können. Sie festzuhalten, gebietet daher sowohl das Interesse der beteiligten Persönlichkeiten, deren Name und Ehre involviert sind, als vor allem die Feststellung der ideologischen Basis des Staatswesens selbst, das unter so außerordentlichen Schwierigkeiten und so vieldeutigen Umständen wiedererstanden ist.

Die Rolle, die dabei in den ersten Stadien der Staatsgründung dem Staatskanzler zugefallen ist, rechtfertigt den vorliegenden Versuch, zunächst sein Vorgehen in allen Einzelheiten festzuhalten.

Wien, Juni 1945.

Dr. Karl Renner

VORWORT ZUR SCHWEIZER AUSGABE

Seitdem die beiden Denkschriften, die hiemit der europäischen Öffentlichkeit übergeben werden, erschienen sind (anfangs Juni und Mitte August 1945), hat die zweite Republik Österreich durch die allgemeinen Wahlen vom 25. November, durch die Konstituierung der beiden Kammern der Gesetzgebung, des Nationalrates als der einheitlichen Vertretung aller Staatsbürger, des Bundesrates als der Vertretung der Länder (Kantone) sowie durch die Wahl des Bundespräsidenten sich jene endgültige demokratische Ordnung gegeben,

deren Aufrichtung sich die Provisorische Staatsregierung Ende April 1945 zum Ziele gesetzt hat.

Diese abschließenden Akte hatten sich in dem gleichen Geiste vollzogen wie die Einsetzung der Prov. Regierung am 27. April und ihre gesamte Tätigkeit während des nicht ganz achtmonatigen Bestandes des Provisoriums. Bis zu dessen Ablauf hat das österreichische Volk fest und treu zur Regierung gestanden, hat die Zusammenarbeit der demokratischen Parteien reibungslos standgehalten und die schwergeprüfte Bevölkerung trotz der unsagbaren Mühsale ihres Daseins alle öffentliche Beunruhigung durch Demonstrationen vermieden. Es ist kaum ein besserer Beweis für die politische Reife des Volkes zur staatlichen Selbständigkeit und Unabhängigkeit des Landes denkbar. Das österreichische Volk hat das Seinige getan, aber freilich, was in den beiden Denkschriften vom Juni und August vorgeesehen war, ist zum größeren Teil unerfüllt geblieben, weil die weltpolitische Konstellation der innerösterreichischen Neugestaltung nicht Schritt gehalten hat. Dies kleine Land Österreich wird, nachdem es seine eigene Regierung nach den besten Mustern der Demokratie bestellt hat, da die vier besetzenden Mächte, jede in ihrer Zone, einen eigenen Regierungsapparat aufgerichtet haben, den zweifelhaften Segen genießen, fünf Regierungen nebeneinander zu besitzen. Der Zustand ist unter dem Einfluß weltpolitischer Ereignisse geworden, aber es ist offensichtlich, daß er nur mehr ein kurzer Übergang sein kann, wenn das vielgeprüfte Land nicht untergehen soll. Ich bin dessen gewiß, daß *die öffentliche Meinung der Welt Österreich in dieser neuen Phase seiner Wiedererhebung moralisch zur Seite stehen wird.*

Wien, den 10. Dezember 1945.

Dr. Karl Renner

Staatskanzler der Prov. Regierung der
Republik Österreich.

DENKSCHRIFT ÜBER
DIE GESCHICHTE DER UNABHÄNGIG-
KEITSERKLÄRUNG ÖSTERREICHS
UND DIE EINSETZUNG
DER PROVISORISCHEN REGIERUNG
DER REPUBLIK

I.

PERSÖNLICHE INITIATIVE

Ostersonntag, den 1. April 1945, zogen die russischen Truppen in dem Wohnorte des Kanzlers, in Gloggnitz, ein. Am frühen Morgen hatten Vertrauensleute der Nationalsozialisten der Bevölkerung eingesagt: Am Bahnhof stünden zwei Züge bereit, wer fort wolle, könne mitkommen, es sei dies die letzte Gelegenheit. Mit diesen Zügen verließen die Nationalsozialisten Gloggnitz in Richtung Semmering. Schon in den beiden Vortagen waren verängstigte Einwohner, besonders aus den bürgerlichen Kreisen, auch solche, die der NSDAP nicht angehörten, in die abgelegeneren Bergorte der Umgebung geflüchtet.

Der Staatskanzler war an den vorangegangenen Tagen immer wieder ostentativ durch den Ort gegangen und hatte, von den Begegnenden bestürmt, immer wieder erklärt: Ich bleibe ruhig da, ich werde mich in keiner Weise den einmarschierenden Truppen widersetzen. Die Folge dieses Verhaltens war, daß nach der Flucht der Nazis der Ort ohne Kampfhandlung und ohne Opfer am Ostersonntag von der russischen Truppe besetzt wurde.

Nichtsdestoweniger traf die Besetzung die Bevölkerung hart. Während des Ostersonntags und Ostermontags untersuchten Patrouillen von zwei oder drei Mann Haus um Haus, Raum um Raum nach versteckten deutschen Soldaten und nach Waffen, und die Vorgänge, die sich dabei abspielten, werden von der einheimischen Bevölkerung so leicht nicht vergessen werden. Die hauptsächlichste Schwierigkeit entstand aus der Sprachkenntnis und der völligen Unmöglichkeit, sich mit den Untersuchenden zu verständigen. Nachdem ich zwei Tage und Nächte an meiner Person und in meinem Hause das gleiche wie jeder andere Bewohner des Ortes erfahren

hatte, beschloß ich am Morgen des Osterdienstags, zum Schutze der Bevölkerung und zur Aufklärung ihrer ausnahmslos friedlichen Stimmung irgendeine erreichbare Befehlsstelle im Orte aufzusuchen. Die Straßen waren menschenleer, vereinzelt standen militärische Posten, die ich ansprach und die mich nicht verstanden. Ich suchte die Straßen nach einer Kommandostelle ab, stieß endlich auf zwei Männer, von denen der eine, der ein wenig russisch sprach, mich zum Platzkommando führte, das unauffällig in einer Seitenstraße untergebracht war. Es gelang ihm, sich mit dem Torposten so weit zu verständigen, daß sie mich anmeldeten und ich dem Kommandanten und seinem Stabe meine Vorschläge zum Schutze der Bevölkerung vortragen konnte. Der Kommandant erklärte, in der Sache allein nicht verfügen zu können, gab mir und den zwei mir unbekanntem Zufallsbegleitern eine Wache von vier Soldaten mit, und so marschierte ich mit dieser Bedeckung zum nächsten Truppenkommando in das 2 km weit entfernte Köttlach.]

Im Stabe dieses Kommandos fanden sich zufälligerweise Offiziere, die meinen Namen und meine Geschichte kannten. Das hatte zur Folge, daß ich geraume Zeit zu warten hatte, eine Zeit, die, wie mir später klar wurde, wohl dazu benützt wurde, mit dem Oberkommando dieses Kampfabchnittes telephonisch in Verbindung zu treten. Man eröffnete mir endlich, daß Befehle an das Ortskommando Gloggnitz zur Abstellung von Mißbrauch hinausgehen würden, daß ich jedoch mit meinen Zufallsbegleitern per Auto einer höheren Stelle vorgeführt werden müsse.

Ich war in der größten Sorge um meine Familie, die nicht ahnen konnte, was mir passiert war — ich hatte ohne Überrock, mit dem gewohnten Spazierstock in der Hand, früh das Haus verlassen — und Mittag war überschritten. Nur widerstrebend bestieg ich das mit Plachen eingedeckte Lastauto, das mich über ein Zwischenkommando auf unbekanntem Wegen nach einem unbekanntem Bergort brachte. Dort wurde ich in einen bequemen Wohnraum gebracht, und Hauptmann Garin, der Deutsch sprach, der mir noch später als Verbindungsoffizier diente, wurde mir als Gesellschafter beigegeben.

Nach langer Zeit des Wartens empfing mich ein größerer Stab von hohen Offizieren, sehr achtungsvoll und offenbar über meine Person, über meine Parteizugehörigkeit wie über meine Rolle in der österreichischen Geschichte vor und seit 1918 sowie über meine internationale Stellung seit den Friedensverhandlungen in Saint Germain wohlunterrichtet. Oberst Piterski fungierte als Übersetzer.

Ich führte zunächst aus, daß die nach der Flucht der Naziminderheit zurückgebliebene Bevölkerung, von der jahrelangen Unterdrückung erlöst, den Einmarsch der Truppen ohne jede feindselige Absicht und in vollem Vertrauen auf die Zusagen der Weltmächte begrüßt habe, nunmehr jedoch über die erfahrene Behandlung enttäuscht sei. Man erklärte mir, daß der russische Soldat, der an seinen Mitbürgern und nur zu oft an seinen nächsten Angehörigen soviel Grausamkeiten von seiten der deutschen Truppen erfahren habe, in dem deutschsprechenden Lande Österreicher von Reichsdeutschen schwer unterscheiden könne. Das Kommando der Roten Armee werde, sobald es sich über die Haltung der Bevölkerung Gewißheit verschafft habe, sicherlich alles tun, um der Bevölkerung die tunlichste Erleichterung angedeihen zu lassen. Welche sei die wirkliche Stimmung der Bevölkerung?

Darauf führte ich im Rahmen einer längeren Wechselrede aus: Die große Mehrheit der Österreicher sei Hitler nach seinen Verheißungen und seinen triumphalen Anfangserfolgen eine Zeitlang abwartend gegenübergestanden. Nachdem jedoch Hitlers Methoden der Unterdrückung und seine Endabsichten, insbesondere seine kriegerischen Pläne erkennbar geworden, habe sich die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung von dem Gedanken des Anschlusses haßvoll abgewendet, sie wünsche heute nichts sehnlicher, als die Wiederherstellung der unabhängigen Republik Österreich.

Dem wiederholt geäußerten Einwand gegenüber, daß die österreichischen Offiziere und Soldaten auf allen Schlachtfeldern nicht anders gekämpft hätten als die des Reiches, begegnete der Kanzler mit der Darlegung einerseits der Wucht der Propaganda der NSDAP, die seit Jahren unausgesetzt und infolge Unterdrückung jeder leise-

sten Kritik unwidersprochen auf die Soldaten einstürme, und anderseits der brutalen Methoden der SS, die das geringste Widerstreben mit sofortiger Exekution beantworteten. Auf Urlaub heimkehrende österreichische Soldaten haben beinahe ausnahmslos — Ausnahmen machten bloß die eingeschworenen Parteimitglieder der NSDAP — zugleich mit ihrer Gegnerschaft gegen das System die Aussichtslosigkeit jedes Widerstandes eingestanden.

Der Kanzler bemerkte dazu weiter: Das Ausland, das so viele Mahnungen und Ermutigungen an die Österreicher richte, habe keine zulängliche Vorstellung von dem Grade und der Wirksamkeit dieses geistigen, moralischen und physischen Zwanges, die Welt habe kaum jemals eine so völlige geistige und physische Knechtung eines ganzen Volkes durch das lückenlose Monopol der öffentlichen Meinung wie der staatlichen Zwangsmittel erlebt oder auch nur für möglich gehalten. Man erwarte von einem mit jedem Bissen Brot von der Obrigkeit abhängigen und hilflos gewordenen Volke Taten, deren bloßer Versuch einem völlig nutzlosen Selbstmorde des einzelnen gleichkomme, ohne daß eine größere Zahl von Mitbürgern auch nur von seinem heldenhaften Versuche erführe. Irgendeine Auflehnung im Innern ohne Brot und ohne Waffen gegen ein System, das die drei Weltmächte von außen mit ihren riesigen Armeen zu besiegen so viel Mühe gehabt hätten, sei ja offensichtlich unmöglich. Die Gegenseite führte aus, die einmarschierende Rote Armee wolle nichts von Österreich, weder irgendeinen Gebietsteil noch irgendeinen anderen Vorteil! Sie wolle nichts als die Niederwerfung dieses faschistischen Systems und die Vernichtung seiner Träger. In diesem Sinne komme sie als Befreier ins Land und erwarte dabei nichts als das Verständnis der Bevölkerung für ihre Aufgabe. Sie sei auf die Unterstützung der Bevölkerung nicht angewiesen, wohl aber könne die Bevölkerung manches tun, um ihre Aufgabe zu erleichtern, vor allem ihre Erfüllung zu beschleunigen und den verlorenen Krieg abzukürzen. Was könnten die Österreicher in dieser Richtung tun?

Der Kanzler antwortete darauf: Das österreichische Volk sei durch den bald sechsjährigen Krieg derart entkräftet und durch die Kriegs-

leistungen derart entgütet, daß es Vermessenheit wäre, besondere Leistungen in Aussicht zu stellen. Die Führung der Roten Armee möge dabei auch in Rechnung stellen, daß dem Hitlerfaschismus des Jahres 1938 der Mussolinifaschismus der Jahre 1934 bis 1938 vorgegangen war, der in einem Bürgerkrieg die Arbeiterschaft niedergeworfen, die demokratische Volksvertretung beseitigt, ihre führenden Persönlichkeiten eingekerkert und Vorkämpfer der Demokratie hingerichtet habe. Von den führenden Persönlichkeiten der demokratischen Epoche 1918—1934 seien heute die meisten entweder verstorben oder in den Konzentrationslagern Hitlers verkommen. Daß der Kanzler selbst noch lebe, danke er einerseits seiner Konstitution und andererseits seinem wohlberechneten Verhalten. Vom Tage des bewaffneten Einmarsches Hitlers in Österreich an sei es ihm immer klarer geworden, daß die gewaltsame Annexion des Landes, die an Stelle eines zwischen zwei Staaten vereinbarten Vertrages getreten war, den Anschlußgedanken begraben habe und daß Österreich bei irgend einer kommenden Konstellation seine Unabhängigkeit fordern und wiedergewinnen werde; vom ersten Tage des Hitlerschen Eroberungskrieges an sei dem Kanzler zur Gewißheit geworden, welches Ende dieses Abenteuer nehmen müsse: Die Erfahrungen des Weltkrieges 1914—1918 mit seinen vier Jahre langen glänzenden Anfangserfolgen und der endlichen Katastrophe habe jeden, der aus der Geschichte zu lernen versteht, belehren müssen, daß das Ende dieses Mal das gleiche sein müsse. Fehlspekulation sei es gewesen, daß das heutige England müde und zu einer großen kriegerischen Anstrengung nicht fähig sei, daß das großbritannische Imperium vor dem Zerfall stehe, daß die Völker Rußlands des kommunistischen Systems überdrüssig seien und die deutschen Heere als Befreier begrüßen werden, vor allem, daß Amerika dieses Mal nicht eingreifen und Europa seinem Schicksal, der Beherrschung durch eine militärisch überlegene Rasse, überlassen werde, endlich daß die Idee einer internationalen Gemeinschaft der Völker, wie sie im Völkerbund erstmalig sich darstellte, eine professorale Utopie sei.

Aus allen diesen Erwägungen habe der Kanzler seit Jahren mit der

Möglichkeit gerechnet, daß Österreich seine Erfahrungen als Kanzler der Jahre 1918 bis 1920 und seine internationale Stellung als Präsident der Friedensdelegation von Saint Germain 1919 noch einmal brauchen werde, und in dieser Überzeugung habe er alles getan, um die Verfolgungen der NSDAP von sich abzulenken. Dank dieser Erwägung und dieser Vorsicht stehe er noch heute da.

Aber bei all dieser Absicht sei er als einzelner zur Zeit ebenso hilflos wie das ganze Volk: Ohne alle äußeren Mittel der Aktion, ohne Presse, ja ohne Schreibmaschine, um seine Gedanken niederzulegen, ohne die Möglichkeit, sich auch nur von Ort zu Ort zu begeben, ohne Gelegenheit, mit seinen Freunden in Verbindung zu treten — was könne er unternehmen? Darin sei er in seiner Person schon Beweis und Sinnbild der Hilflosigkeit, in der sich das ganze österreichische Volk befinde.

Auf der Gegenseite erklärte man, die Rote Armee könnte dem Kanzler wohl manche Hilfe leisten. Ob der Kanzler bereit sei, die von ihm so lange gehegten Pläne in Angriff zu nehmen?

Der Kanzler erklärte, er müsse Bedenkzeit haben, um auf diese Frage zu antworten. Im Augenblick könne er nichts anderes als bitten, endlich wieder zu seiner Familie, die in Angst und Verzweiflung auf ihn warte, zurückgeführt zu werden.

Die Gegenseite lud den Kanzler ein, vorher das Abendbrot mit den versammelten Herren zu genießen. Wie bei Russen üblich, nahm dies geraume Zeit in Anspruch, die Dunkelheit brach herein, und der Vorsitzende erklärte, es nicht verantworten zu können, bei der Unsicherheit der Wege den Kanzler nachts heimzuführen. Er möge im Orte nächtigen, morgen werde man sehen.

In meinen Wohnraum, eine Bauernstube, die ich mit dem mir beigegebenen Hauptmann Garin teilte — dieser blieb bis zum 10. Mai bei mir — zurückgekehrt, suchte ich über meine Lage klar zu werden und mit mir selbst ins reine zu kommen. Ich schloß übrigens aus dem Verhalten der Militärs, daß sie das Ende hinauszögerten, weil sie mit höheren Stellen telephonische Verbindung hielten und dortige Beschlüsse einholten. Und so rang ich denn mit mir selbst um den Ent-

schluß. Ich hatte mein Haus verlassen, um Schutz für meine Ortsgenossen zu suchen, nun aber schien die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, für mein Volk und Land Schutz zu suchen und vielleicht einen Ausweg aus der Katastrophe zu finden.

Die Umstände, unter denen zu handeln wäre, schienen allerdings zweideutig und verfänglich. Ließ ich mich in Verhandlungen ein, so konnte das mit der Einbuße meines guten Namens und meiner politischen Ehre endigen und überdies der Sozialdemokratischen Partei, der ich durch beinahe zwei Menschenalter gedient hatte, zum Nachteile ausschlagen. Sollte ich es wagen, Namen, politische Existenz und Reputation der Partei in die Schanze zu schlagen, da doch der Erfolg so gänzlich ungewiß schien? Nach längerem innerem Ringen entschloß ich mich, alle Risiken auf mich zu nehmen, um möglicherweise doch Österreich die Chance zu geben, die verhängnisvolle Bindung an Hitler-Deutschland selbst zu zerreißen, rechtzeitig aus dem Kriege auszuscheiden, nach außen hin einen eben noch erträglichen Frieden und im Innern die Befreiung von der faschistischen Verknächtung zu erringen. Die Furcht, das Land könnte umgekehrt dem Diktatorsystem des Bolschewismus verfallen, beunruhigte mich dabei nicht: Im Bunde mit den Vereinigten Staaten und Großbritannien konnte Rußland einen Eingriff in die soziale und wirtschaftliche Struktur Österreichs nicht anstreben und bei der geistigen Prädisposition des Österreichers auch nicht erzwingen. Andererseits war ich mir klar bewußt, daß ich niemals als Beauftragter Rußlands die Mission übernehmen und durchführen konnte. *Mein Auftrag mußte von Österreich selbst kommen.*

Am Morgen des nächsten Tages verzichtete ich, auf meine Heimführung zu drängen, bat, man möge einen Boten zur Verständigung meiner Familie entsenden, was man gern tat, und wartete ruhig, wenn auch über das Schicksal der Meinen nicht beruhigt, die kommenden Entscheidungen ab.

Am zweitnächsten Tage um 2 Uhr mitteleuropäischer Zeit geschah, was ich erwartet hatte: Ich wurde abgeholt, in einen geräumigen Bauernhof und in eine große Bauernstube geführt, wo eine über-

raschende Anzahl hoher Offiziere mich begrüßte. Nur einige Namen der Anwesenden konnte ich später feststellen, unter ihnen den des Generalobersten Scheltow und des Obersten Piterski. Der Generaloberst richtete nach der Begrüßung durch einen höheren General, der den Vorsitz führte, seine Rede an mich und fragte, ob ich mich imstande fühle, zugleich meinem eigenen Lande und der Roten Armee einen Dienst zu erweisen. Diese wolle nichts von Österreich und stehe auf dem Boden der Krimdeklaration, d. h. der Unabhängigkeit Österreichs. Ob ich bereit sei, zur Abkürzung des verlorenen Krieges beizutragen und so zugleich die Aufgabe der Roten Armee zu erleichtern und die Leiden Österreichs zu kürzen?

Ich antwortete: Ich habe lange überlegt und mich entschlossen: Ich traue der Roten Armee, daß sie von Österreich nichts wolle, als was die Besiegung der Hitlerarmeen ihr auferlege und was das Kriegsrecht ihr zubillige. Ich traue mir selbst zu, das Werk der Befreiung Österreichs vom Faschismus in Angriff zu nehmen. In diesem doppelten Vertrauen will ich die gegebenen Möglichkeiten erörtern.

Die Hauptschwierigkeit bestehe für mich darin, daß mir keine Möglichkeit zu Gebote stehe, zu dem österreichischen Volke zu sprechen, ja mich ihm nur vernehmlich zu machen. Darauf erwiderte Scheltow: „Diese Möglichkeit kann Ihnen die Rote Armee in reichstem Maße bieten. Sie kann Ihnen Arbeitsraum und Arbeitsmittel zur Verfügung stellen, sie kann Flugblätter zu Hunderttausenden an einem Tage im ganzen Lande abwerfen. Sie müßte jedoch ihre Pläne im voraus kennen. Richten Sie ein Memorandum an die Rote Armee, damit wir diese Pläne zu beurteilen vermögen.“

Ich lehnte ein Memorandum an die Armee ab in dem klaren Bestreben, irgendeine Form, in der ich als Antragsteller und die russische Armee als Auftraggeber erschiene, von vornherein auszuschließen. Unter keinen Umständen konnte und wollte ich als Beauftragter Rußlands handeln. Ich betonte dagegen meine Absicht, eine Reihe von Aufrufen an das Volk Österreichs zu richten. In diesen Aufrufen wolle ich als Präsident der letzten, freigewählten demokratischen Volksvertretung kraft dieses vom Volke Österreichs selbst

empfangenen Mandates das Land aufrufen, seine Unabhängigkeit zu erklären und zur demokratischen Verfassung der Republik zurückzukehren. Mein Mandat als letzter freigewählter Parlamentspräsident der durch Hitler annektierten Republik gäbe mir das Recht, für sie zu sprechen. Weiter wolle ich dem österreichischen Volke in Erinnerung rufen, daß ich schon einmal das Land aus dem Kriege heraus- und dem Frieden zugeführt habe, 1918 bis 1920 als erster Kanzler der neugegründeten Republik und als seinerzeitiger Präsident der österreichischen Friedensdelegation zu Saint-Germain. Meine damaligen Leistungen berechtigten mich zu der Annahme, daß ich mir auch jetzt die Fähigkeit zutrauen dürfe, den vom Faschismus zerstörten Staat, seine Verfassung und seine Verwaltung in leitender Stellung wieder aufzubauen. Derart zu sprechen berufen und zum Werke befähigt, besäße ich die subjektive Gewißheit, daß mich das Land hören und mir folgen werde. Ich sei bereit, diese Aufrufe zu verfassen und zur Einsicht vorzulegen. Ihnen könne die Rote Armee meine Pläne entnehmen. Mein Aktionsplan wäre allem voran, als Präsident des widerrechtlich aufgelösten Parlaments die Abgeordneten, soweit sie leben und erreichbar wären, und bei Ausfällen die vorgesehenen Ersatzmänner einzuberufen und so eine provisorische Volksvertretung zu schaffen, die mir das Mandat zum Handeln geben würde. Ausgeschlossen wären bloß die faschistischen Mitglieder dieser Volksvertretung, an deren Stelle und in deren Zahl ich kommunistische Vertrauensmänner berufen würde, da diese Parteirichtung ohne Zweifel in der Zwischenzeit an Anhang gewonnen habe.

Oberst Piterski äußerte über die Durchführbarkeit dieser Maßregel Bedenken, die ich zu zerstreuen suchte. Trotz diesen Bedenken fand der Plan keine Ablehnung bei der Generalität. Um die weiteren Schritte befragt, schlug ich vor: Ich würde den vorrückenden Truppen folgen, zunächst meinen Aufenthalt in Wiener Neustadt nehmen — in der Nähe von dem eben eroberten Ödenburg — von da nach Baden und endlich nach Wien verlegen — ich hatte damals noch keinerlei Nachricht, was inzwischen in diesen Orten vorging — und von da aus Aufruf nach Aufruf ergehen lassen.

Generaloberst Scheltow meinte, Ödenburg sei wegen der erlittenen Kriegsschäden kein geeigneter Ort. Ich schlug einen benachbarten, schon im östlichen Burgenland gelegenen Ort vor. Scheltow erklärte, die Rote Armee verfüge über schöne und bequeme Unterbringungsmöglichkeiten, wo ich in Ruhe arbeiten könne. Ich betonte, daß ich zunächst in meinen Wohnort Gloggnitz zurückzukehren und dort die Aufrufe zu entwerfen wünsche. Wenn das darin enthaltene Programm zur Kenntnis genommen sei, dann könne man mich jederzeit von dort holen. Und so wurde es beschlossen. Der Ort dieser Versammlung war, wie ich bald feststellte, Hochwolkersdorf in der Buckligen Welt.

Nach einem gemeinsamen Abendessen brachte mich ein Auto der Roten Armee in Begleitung des Obersten Piterski nach Gloggnitz zurück. Dort machte ich mich an die Arbeit. Glücklicherweise traf um jene Zeit meine Privatsekretärin dort ein, und so konnte ich die Entwürfe rasch verfassen. Die nachfolgenden Aufrufe entstanden nun in den nächsten Tagen:

1. Männer und Frauen von Österreich!
2. Österreichische Soldaten in der Deutschen Wehrmacht!
Deutsche Soldaten auf österreichischem Boden!
3. Werktätiges Volk von Österreich!
4. An die Gemeinden Österreichs!
5. An die Bauernschaft Österreichs!
6. An die Arbeiterschaft aller Parteirichtungen Österreichs!
7. Wiener und Wienerinnen!
8. An das österreichische Bürgertum!

In die ersten Aufrufe nahm Oberst Piterski bei seinem nächsten Besuch Einsicht. Sein dritter Besuch erfolgte mit zwei Personen und einem Gepäckauto. Das Kommando der Dritten ukrainischen Front (Marschall Tolbuchin) führte mich, meine Frau und Tochter mit wenigen Koffern fort an einen mir vorher unbekanntem Ort. Es war das abseits von Wiener Neustadt am Fuße des Rosaliengebirges gelegene, verlassene und halbleere Schloßchen Eichbichl, wo wir uns schlecht und recht mit einem kleinen Wachdetache-

ment unter dem Kommando von Hauptmann Garin etablierten. Dort hörten wir, daß Wiener Neustadt eben gefallen und hart mitgenommen sei, daß aber der Kampf um die Hohe Wand, um das Wechsel- und Raxgebiet andauere, und das Dröhnen der Geschütze war Tag und Nacht hörbar. In der Abgeschiedenheit dieses kleinen Ortes, dessen bäuerliche Bevölkerung mich sofort erkannt hatte und mir und den Meinigen mit liebevoller Verehrung begegnete, verbrachte ich, unterstützt von meiner Sekretärin und ihrer Schreibmaschine, zwölf Tage mit fleißiger Arbeit an den Aufbauplänen, von Zeit zu Zeit von Oberst Piterski besucht und von der einheimischen Bauernschaft mit allem, was sie erübrigen konnte, liebevoll versorgt. Von Tag zu Tag vernahm ich die Fortschritte der russischen Armeen, ihr Vordringen gegen Wien, bis endlich die Autos erschienen, die mich überraschenderweise direkt nach Wien führten und dort an meinem jetzigen Wohnsitz unterbrachten.

Und hier erfuhr ich, der ich bis dahin von der Außenwelt völlig abgeschlossen war, endlich, daß sich in vielen Gemeinden, vor allem auch in Wien, die politischen Parteien geeinigt, provisorische Gemeindeverwaltungen eingesetzt hatten und mit der besetzenden Armee in Verbindung getreten waren. Zu meiner Freude konnte ich die Vorstellung, daß ich als einzelner zuerst allein das Volk zu erwecken haben würde, zugunsten der Gewißheit aufgeben, daß allenthalben, wo die Umstände es zuließen, die demokratischen Elemente sich ralliiert hatten und zur Tat übergegangen waren. Meine Pläne, die ich lange vorher, noch mitten im Kriege ersonnen und in den entworfenen Aufrufen niedergelegt hatte, mußten teilweise geändert werden. Es bedurfte weniger der Aufrufung der Österreicher als der Zusammenfassung, Organisation und Zielgebung.

Der Gedanke, eine posthume Volksvertretung einzuberufen, erwies sich als überflüssig. Die politischen Parteien, die die vormalige Volksvertretung gebildet hatten, waren zwar aufgelöst, das heißt ihre sichtbare Organisation war zerstört worden, aber sie lebten in den Massen fort, besaßen noch genügend anerkannte Vertrauensmänner, waren bereit, selbst als Vertretung des Volkes zu handeln und so,

wie es die provisorische Verfassung von 1918 vorgesehen, selbst eine Regierung zu bestellen, wenn auch nicht in der Form von Parla-mentssitzungen und in der von der Geschäftsordnung vorgesehenen Weise. Die acht Aufrufe haben die Öffentlichkeit in der ursprünglichen Gestalt nicht erreicht, ihr gedanklicher Inhalt war ohne mein Zutun zumeist unmittelbar zur Tat geworden.

Ich traf in Wien am 21. April 1945 ein und wurde in Hietzing, Lainzer Straße 28/Wenzgasse 2, sofort installiert. Die Auswahl des Hauses erfolgte mit Rücksicht auf das wahrscheinliche Bedürfnis, daselbst größere Besprechungen abzuhalten. Oberst Piterski sorgte für die Unterbringung der Familie und der Sekretärin im 1. Stock, der Wache im Souterrain, während das Parterre als Verhandlungsraum reserviert wurde. Er übernahm es auch, für den nächsten Tag die führenden Persönlichkeiten der demokratischen Parteien in die Wenzgasse zu bestellen.

Als erster erschien Leopold Kunschak, seit anderthalb Menschenaltern der unbestrittene Führer der Christlichsozialen Arbeiterpartei, seit 1918 Abgeordneter des Parlaments und Gemeinderat der Stadt Wien, zuletzt Führer der seit langen Jahren an der Herrschaft gewesenen Christlichsozialen Partei, die ihren Namen in Österreichische Volkspartei geändert hatte. Kunschak hatte, als Dollfuß unter dem Antrieb Mussolinis den Staatsstreich von 1934 unternahm, in einer aufsehenerregenden Rede im Wiener Rathaus vor dem Unternehmen gewarnt — seine demokratische Gesinnung ist immer unbestritten gewesen. Auf seine Haltung kam es vor allem an.

Ihm gegenüber führte ich, wenn ich mich recht erinnere, schon damals das aus, woran ich vor- und nachdem mit aller Energie festgehalten habe: In den Kundgebungen der Siegermächte wird des öfteren von einer Rückführung auf den Zustand von 1938 gesprochen. Diese Klausel könne nur auf einer ungenauen Kenntnis der Vorgänge in Österreich beruhen. Man habe offenbar übersehen oder nicht mehr in Erinnerung gehabt, daß Österreich infolge der offenkundigen Einflußnahme Mussolinis vorerst das Opfer eines Faschismus Mussolinischer Richtung geworden war. Mussolini habe unter der

Vorspiegelung, Österreichs Unabhängigkeit gegebenenfalls mit seiner Heeresmacht zu schützen, Dollfuß verleitet, die österreichische sozialdemokratische Arbeiterbewegung, die nahezu die Hälfte der Stimmen der Parlamentsmandate errungen hatte, mit Gewalt zu entrechten. Mussolini habe später beim Abschluß seines Paktes mit dem Deutschen Reiche seinem neuen Freunde Hitler Österreich gleichsam als Morgengabe zu Füßen gelegt. Für die Sozialdemokratie könne nicht 1938, sondern nur Ende 1933 als Termin der Wiederherstellung gelten.

II.

ZUM VERSTÄNDNIS DES ÖSTERREICHISCHEN VERHÄLTNISSES ZU HITLER-DEUTSCHLAND

Bevor ich über die weiteren Schritte der Vertrauensmänner aller demokratischen Parteien berichte — es handelt sich von da an nicht mehr um meine individuelle Aktion allein, sondern um die einhellige Gesamtktion der Parteien — ist es wohl am Platze, dem In- und Auslande volle Klarheit über Österreichs Verhalten zu Hitler zu verschaffen.

Die Angehörigen der Intelligenzschicht, der öffentlichen Dienste und freien Berufe, vom Hochschul- bis zum Dorfschullehrer, vom hohen Beamten bis zum Amtsdienner, vom Betriebsdirektor bis zur Schreibkraft, waren seit 1918 in zwei Richtungen gespalten: Die eine christlich-klerikale hing dem alten kaiserlichen Österreich an, war gemäßigt antisemitisch und stand unter dem Einfluß der Kirche. Sie war wohl die Minderheit. Die andere war leidenschaftlich antidynastisch, antiklerikal und judenfeindlich, sie fiel seit dem Staatsstreich Dollfuß' rapid der nationalsozialistischen Propaganda anheim, aus ideologischen wie aus sehr realistischen Motiven. Hitler verhieß ja Eroberung, verhieß zahlreiche hohe und niedrige, jedenfalls gut bezahlte Stellen im weiten Bereich der so hingestellten „minderwertigen“ Rassen und sogleich als erstes Handgeld die Stellungen und Vermögensschaften der einheimischen Juden. Diese Schicht war eine Minderheit des Landes, aber eine rede- und schriftgewandte Minderheit, die ausersehen war, entweder die anderen mitzureißen oder niederzuschlagen. Daß Hitler kirchenfeindlich war, entsprach nebenbei der antiklerikalen Ideologie dieser Gruppe.

Auf dem Boden der Demokratie steht ihr die Masse der bäuerlichen und der Arbeiterbevölkerung gegenüber und steht neben oder über ihr die Überzahl der Groß- und Kleinbürger, die in erster Linie

von ihren wirtschaftlichen Erwerbsinteressen sich leiten lassen. Es ist eines der Wesensmerkmale des Faschismus, daß er all diese Klassen politisch nullifiziert zugunsten der geschilderten Minderheit und deren abenteuerlichen Bestrebungen hilflos ausliefert. Ich habe diese Gruppe als Klasse der Wirtschaftslosen bezeichnet, denen allein den Staat preiszugeben jederzeit eine Gefahr bedeutet.

Das unglückselige klerikofaschistische Experiment Dollfuß' hat diese Gruppe auf den Plan gerufen und ihr nach der Mundtotmachung der wirtschaftlichen Klassen der bürgerlichen Gesellschaft geradezu das Monopol agitatorischer Betätigung verliehen.

Vom Klerikofaschismus des Rechts und Vermögens beraubt, wendete sich die Arbeiterbewegung vom eigenen Staate resigniert ab und gelangte zu dem Entschluß, wenn schon Faschismus unvermeidlich sei, doch die deutsche antiklerikale Lesart der italienischen kirchlich orientierten vorzuziehen. Das bedeutete außenpolitisch, daß die Masse der Arbeiterschaft die vier Jahre später folgende Annexion ohne Widerspruch über sich ergehen und sich bald auch durch die blendenden Anfangserfolge Hitlers fangen ließ. Ohne Dollfuß' 1934 wäre es Hitler 1938, was Österreich betrifft, niemals oder wenigstens nicht so leicht möglich gewesen, einen seiner verblüffend raschen Erfolge zu erzielen.

Dabei spielten noch andere Umstände mit. Die verhängnisvollen Rückwirkungen des Dollfußschen Staatsstreiches haben im Ausland niemals die verdiente Beurteilung gefunden. Italien war bei der österreichischen Bevölkerung, seitdem es 1915 den Dreibund nach einem Vierteljahrhundert seines Bestandes gebrochen hatte und in den Krieg gegen Österreich eingetreten war, allgemein und besonders in den Intelligenzschichten mehr gehaßt als jeder Nachbar. Dieser Haß steigerte sich, da in elf Isonzoschlachten gegen Italien viele Söhne Österreichs den Tod fanden. Er erreichte eine weitere Steigerung, als durch den Friedensvertrag von Saint-Germain der deutsche Teil Südtirols an Italien gegeben wurde. Dieser Verlust des einzigen Stückes Südländ, auf das Österreich Anspruch hatte, wurde gemildert durch die Zusage Salandras, daß man das Volkstum des Gebietes

achten werde, eine Zusage, die bei dem Besuche, den ich zu Ostern 1920 in Rom erstattete, vom damaligen Außenminister Sforza in keiner Weise widerrufen oder eingeschränkt wurde. Dieser Haß erreichte seinen Höhepunkt, als nach der Machtergreifung Mussolinis entgegen dieser Zusage Deutschsüdtirol gewaltsam italienisiert wurde. Leidenschaftliche Parlamentsverhandlungen gaben in Wien diesem Haß Ausdruck.

Auf der andern Seite aber haßte Mussolini das demokratische Österreich, wo er vor seinem Abfall von der Partei öfter agitatorisch tätig gewesen war, und insbesondere die österreichische Sozialdemokratie, weil das Land und die Partei den aus Italien flüchtenden Demokraten und Sozialisten eine freie Zufluchtsstätte bot und ihren Protesten leidenschaftliche Zustimmung zollte. Trotz dieser Volksstimmung, die gewiß 90 vom 100 der Bevölkerung Österreichs verband, unternahm Dollfuß im Vertrauen auf die Zusage Mussolinis, Österreich vor einer Annexion durch Deutschland gegebenenfalls auch militärisch zu schützen, seinen Staatsstreich gegen den Willen der übergroßen Mehrheit des Volkes und benützte ihn, um nicht nur das Land einer undemokratischen Ständeordnung zu unterwerfen, sondern diese Ordnung zugleich mit extremklerikalen Einrichtungen auszustatten, welche nebst der Arbeiterschaft die bürgerliche Intelligenz erbitterten. Kein Wunder, daß vor allem die Wirtschaftlosen Hitlers System weitaus dem Dollfußschen vorzogen und daß die Arbeiterklasse nicht gesonnen war, zur Aufrechterhaltung des Staates, der sie völlig entrechtet und beraubt hatte, auch nur einen Finger zu rühren. So kam es, daß gut zwei Drittel des Volkes Hitler vor Schuschnigg den Vorzug gaben!

Diese Ausführungen mögen jenen, die vor dem Kriege kaum einen Anlaß hatten, sich um die Interna der österreichischen Politik zu bekümmern, erklären, wieso Hitler es leicht hatte, ein souveränes Staatswesen gleichsam mit einem Handgriff in die Tasche zu stecken. Es nützt uns Österreichern heute freilich nichts mehr, wenn zur Stunde das Ausland hinterher seine Auffassung von damals revidiert. Wahr ist trotzdem, daß das, was die Weltmächte 1934 als

Schutz gegen den Anschluß ansahen und begeistert begrüßten, geradezu seine stärkste Förderung geworden ist. Es sind nicht Österreichs Fehler allein, die den Verlust unserer Selbständigkeit verursacht haben, es sind dies vor allem die Selbsttäuschungen von Genf, Paris und London, die Dollfuß ahnungslos umjubelten.

Ich selbst sprach Ende Dezember 1933 bei dem damaligen Bundespräsidenten Miklas vor und stellte ihm die Gefahr einer solchen Entwicklung vor Augen. Ich machte ihn darauf aufmerksam, daß die Arbeiterschaft die Demokratie auf jeden Fall mit der Waffe in der Hand verteidigen werde, daß ihre Vernichtung Blut kosten werde, welches er mit seiner Person verantworte, und machte ihm den letzten Vermittlungsvorschlag: Berufen Sie angesichts der drohenden Invasion nur ein einziges Mal das Parlament wieder ein, es wird sich auf zwei Punkte der Tagesordnung beschränken: Erstens eine feierliche Deklaration der von allen Männern und Frauen des Landes gewählten Volksvertretung, daß sie auf der Unabhängigkeit Österreichs beharre, eine Deklaration, die Hitlers Plan vor der ganzen Welt bloßgestellt und seine Durchführung überaus erschwert hätte, und zweitens Einsetzung einer Regierung mit allen Vollmachten, die Geschäfte ohne Parlament so lange zu führen, bis die Krise gebannt sei. Miklas ging, wie ich überzeugt bin, aus physischer Angst vor dem Terror der Heimwehren, auf diesen Vorschlag nicht ein, er rief nur wiederholt aus: „Ja aber, was geschieht dann?“ Was wirklich dann geschah, war — der Einmarsch Hitlers.

Ich hatte später noch vor diesem Einmarsch Gelegenheit, auch französische und andere Staatsmänner des Westens über die Situation in Österreich aufzuklären und zu warnen, was hier im einzelnen auszuführen sich nicht empfiehlt. Alles umsonst!

Mitschuld an dieser bedauerlichen Fehlbeurteilung hatten allerdings die Berichterstatter der auswärtigen Presse des Westens, die den vom Außenministerium gegebenen Informationen blind folgten und — wohl aus ihrer antisozialistischen Grundstimmung heraus, wenn nicht aus Bequemlichkeit — sich um die wahre Lage und Stimmung der Bevölkerung nicht kümmerten. Ich glaube nicht, daß

irgendwo und irgendwann die auswärtige Berichterstattung der Presse in so verhängnisvoller Weise versagt hat wie in Österreich von 1933 bis 1938. Freilich ist es eine der vielen satanischen Künste des Faschismus, das In- und Ausland durch das Monopol der öffentlichen Meinung gründlich irrezuführen. Unglücklicherweise hatte sogar die nicht wenig zahlreiche Schar emigrierter Politiker Österreichs infolge dieser einseitigen Information den Zusammenhang mit den Dingen in der Heimat und das Verständnis für sie sehr bald verloren.

Zu dem falschen Bilde, das so die Welt im allgemeinen über Österreich erhielt, gehört insbesondere das Mißverständnis der Motive, die dem Anschlußstreben zugrunde gelegen waren. Es war immer nur ein geringer Teil der Bevölkerung, hauptsächlich jener oben beschriebenen, der sich um die intellektuellen Berufe gruppierte, der den Anschluß aus Gründen eines nationalen Chauvinismus erstrebte. Treffend hatte ein Politiker vor 1918 bemerkt: „Der Anschluß ist in Österreich immer eine akademische Frage.“ Akademisch in dem zweifachen Sinne: akademisch, weil unpraktisch, und akademisch, weil eine Frage bloß der Akademiker. Im Parlament war diese Schicht im allerbesten Falle mit einem Fünftel der Mandate vertreten. Alle anderen Freunde des Anschlusses erstrebten ihn in der Zeit nach 1918 aus anderen politischen und aus wirtschaftlichen Gründen.

Der politische Grund, warum die Anschlußidee am Schluß des ersten Weltkrieges beinahe ganz Österreich ohne Ausnahme ergriff, lag in den wiederholten Proklamationen der Siegermächte, daß der Krieg für das „Selbstbestimmungsrecht der Nationen“ geführt werde, daß jede Nation ein Anrecht auf ihren eigenen, geschlossenen, nationalen Staat besitze und der Friede diesen Anspruch erfüllen werde. Diese Proklamationen verkündeten den endgültigen Sieg des Nationalitätenprinzips, und die Anschlußerklärung von 1918 machte just im Hinblick darauf mit diesem Prinzip Ernst. Man vergesse dabei nicht, daß Österreich unter den Habsburgern durch vier Jahrhunderte das Vorland des alten Deutschen Reiches gewesen war und die Erinnerung daran niemals erloschen war.

Aber dieser politische Grund war bei den Massen nicht entscheidend.

Österreich ist ein Bergland mit viel zu wenig Ackerboden, ein Land mit ganz einseitiger ökonomischer Struktur. Seine Hauptstadt beherbergt allein ein Drittel der Bevölkerung, seine Industrie nährt einen großen Teil derselben nur dadurch, daß es für die Nachbarn arbeitet und von ihnen Rohstoff und Brot bezieht. Die plötzliche Lostrennung der hochagratischen Teile des vordem einheitlichen Zollgebietes der Donaumonarchie, die 1918 hochschutzzöllnerischen Maßnahmen der Sukzessionsstaaten nahmen dem Lande zugleich seine Nahrungsquellen und seine Absatzgebiete. Die Furcht, sich allein nicht ernähren und daheim nicht Arbeit finden zu können, die plötzliche Einengung des Arbeitsmarktes waren es daher, die 1918 *beinahe* jedermann den Anschluß als einzigen denkbaren Ausweg erscheinen ließen. Von irgendwelchem nationalen Chauvinismus konnte bei der Arbeiterklasse Österreichs um so weniger die Rede sein, als diese ja ihre Herkunft in einem sehr hohen Prozentsatz auf Eltern nichtdeutschen Volkstums zurückschreibt und den Zusammenhang mit der Heimat kaum eingeübt hatte. Drohend stand vor den Arbeitern aller Branchen die überwältigende Konkurrenz der reichsdeutschen wie der tschechoslowakischen Industrie, mit der das kleine, vom Meer vollkommen abgeschnittene, rohstoffarme Ländchen die Konkurrenz nicht halten zu können befürchtete. Erst diese ökonomische Lage begreifen, heißt, die Anschlußbewegung verstehen und bringt die Einsicht, wieso Hitlers ruhmredige Verkündigung, die Arbeitslosigkeit aus der Welt geschafft zu haben, auf die österreichische Arbeiterschaft so tiefen Eindruck machen mußte, daß der Abwehrwille gegen die Annexion innerhalb dieser Arbeiterschaft anfänglich so gering war.

Trotzdem war er da. Erstens hat die Sozialdemokratische Partei den Anschluß nie anders gedacht als den freien Vertrag zweier souveräner Staaten, die sich unter Wahrung der beiderseitigen Interessen in tiefem Frieden vereinigen. Solche Verträge wären 1919 vorbereitet worden: Österreich sollte als Bundesstaat zu den anderen Bun-

desstaaten des Reiches hinzutreten, seine eigene Verwaltung und sein Vermögen behalten. Wien sollte die zweite Reichshauptstadt und der Sitz mehrerer Reichsministerien nach Wien verlegt werden usw. Endlich war für sie schon nach dem Wortlaut des Anschlußgesetzes Voraussetzung, daß Deutschland eine demokratische Republik sei. Die Sozialdemokratische Partei sagte sich 1933 ausdrücklich vom Anschluß los. Als es offenbar wurde, daß Hitler einfach einmarschieren wolle, sprachen in dem zunächst bedrohten Lande Salzburg die dortigen sozialdemokratischen Vertrauensmänner unter Führung des sozialdemokratischen Abgeordneten Witternigg bei dem Heeresminister vor und verlangten, daß man die Arbeiterschaft zur Abwehr ausrüste — sie erhielten bloß eine schnoddrige Antwort. Jeder billig Denkende wird begreifen, warum unter den obwaltenden Verhältnissen die arbeitenden Massen die Annexion passiv über sich ergehen ließen, daß sie schwiegen, nicht nur aus dem äußerlichen Grunde, weil ihnen die von Mussolini inspirierte faschistische Ordnung keine Presse, keine Versammlungsfreiheit, keine Möglichkeit der Aktion gelassen und alle ihre Institute geraubt hatte, sondern weil diese Mussolinische Ordnung ihnen aus politischen, ökonomischen und sozialen Gründen weit verhaßter sein mußte als Hitlers Faschismus, der ihnen nichts mehr rauben konnte, was nicht schon Dollfuß geraubt hatte, dafür aber wenigstens Brot und Arbeit verhiess.

Diese Stimmung der ersten Tage verflog allerdings rasch. Sobald Hitlers Welteroberungsplan offenkundig und auch dem Manne aus dem Volke, dem ja die Presse geraubt war, erkennbar wurde, als sich die Konzentrationslager zu füllen begannen, schlug sie in ihr Gegenteil um. Aus der Arbeiterklasse erhoben sich da und dort einzelne, die Protest und Abwehr versuchten.

Aber wenige Ausländer, welche die Wucht dieser Unterdrückung ja niemals selbst am eigenen oder am Leibe der Ihrigen erfahren haben, können sich eine zulängliche Vorstellung davon machen, wie hilflos ein Volk wird, wenn es einem solchen System einmal verfallen ist. Das Angebertum reicht bis in die letzte Familie des letzten Dorfes. Wer der Gegnerschaft nur verdächtig ist, wird nicht etwa

prozessiert, er verschwindet einfach, unbekannt wohin, ungewiß, ob er lebt oder hingerichtet ist. Die Angehörigen wagen nicht einmal zu klagen, aus Furcht, daß sie dasselbe Schicksal treffe. Die Greuel des Zarismus sind gegen diese rechtlose Gewaltherrschaft boshafte Kinderscherze gewesen. Jahrelang weiß Deutschlands gebildete Welt von diesen Greueln wenig und glaubt nicht an sie, erst allmählich ahnt man sie, bis die erlangte Gewißheit erst recht Denken und Wollen erstarren macht. Inzwischen posaunt jedes geschriebene und gesprochene Wort die Herrlichkeit, die Sieghaftigkeit, die welterlösende Mission dieser Führung hinaus, begeistert, berauscht und vergiftet die Hirne und Herzen der Jugend. Die Wissenschaft der Massenphysiologie findet hier ein dankbares Objekt des Studiums, das wohl — so kann der Menschenfreund hoffen — nur ein einziges Mal in der Geschichte gegeben sein wird.

Allmählich erkannte beinahe jedermann, daß dieses System sich einmal totlaufen müsse, beinahe jedermann war sich zugleich bewußt, daß es nicht von unten herauf gebrochen werden könne — hunderte und tausende Opfer mutiger Männer, vergebliche Blutzügen der Freiheit und Opfer ihres Heroismus bewiesen, daß es von unten herauf nicht zu stürzen ist. Es kam der Juli 1944, der Versuch der Generale, dem von oben herab ein Ende zu bereiten — auch er endigte vor den Blutgerichten Hitlers. Das Ergebnis war die resignierte Einsicht, daß es bloß auf dem Schlachtfeld enden könne und dort enden müsse.

III.

GESAMTAKTION

Aber die ungeheuere Mehrheit unseres Volkes, einfach alles, was nicht eingeschwoener Parteigänger Hitlers war, hielt sich für den Augenblick bereit, wo der Vormarsch der Alliierten Raum zum Handeln gab. Beweis dafür ist die Tatsache, daß überall sofort ohne gemeinsamen Impuls die Massen sich rührten, die Vertrauensmänner aller antifaschistischen Parteien trotz allen überlieferten Gegensätzen zusammentraten und einhellig im Dienste der Neuaufrichtung des Gemeinwesens zusammenwirkten. Überall stellten sie die Verbindung mit besetzenden Kommandos her, suchten Schutz für das Volk und Rettung für das Volksgut, überall bemühten sie sich um die Herstellung der Ordnung, ohne die Drohungen der Nationalsozialisten gegen die angeblichen „Verräter der nationalen Ehre“ zu scheuen. Sie handelten so ohne öffentlichen Aufruf, ohne Versammlungsausschrei, ohne Presse. Und erstaunlich fand ich, als ich die Berichte aus vielen Gemeinden erhielt, die Gleichartigkeit des Vorgehens und die Einheitlichkeit der getroffenen Maßnahmen.

Es ist mir als einzelner nicht möglich, die Geschichte dieser Bewegung in allen Teilgebieten und Gemeinden des Staates zur Darstellung zu bringen und die Persönlichkeiten herauszustellen, die an jedem Orte den Anstoß gaben. Die Vorgänge in Wien vor meiner Ankunft am 21. April entziehen sich zur Stunde noch zum Teil meiner Kenntnis, und ich hoffe, daß die Teilnehmer sie festhalten und zu gelegener Zeit schildern werden. Genug davon, ich fand in Wien den Grundstein der neuen demokratischen Stadtverwaltung bereits gelegt.

Was es nun zu tun galt, war die Aufrichtung einer zentralen Regierungsgewalt für das ganze Staatsgebiet und die Verkündung der

politischen Ziele, die sich das wieder erstandene Gemeinwesen setzte. Nur der Hauptsache nach blieb dies meine Aufgabe, von nun an trat die Gesamtaktion aller Parteien, wer immer im einzelnen den Anstoß gab, gegenüber der Einzelinitiative in den Vordergrund. Jeder weitere Fortschritt war und ist Gesamtaktion der demokratischen Parteien.

Die erwähnte Konferenz der politischen Vertrauensmänner in der Wenzgasse konnte nicht anders enden als mit dem einmütigen Beschluß aller nichtfaschistischen Parteien, das, was in vielen Gemeinden schon geschehen war, im ganzen Staate zu verwirklichen, ganz Österreich gegen den Faschismus aufzurufen, die Wiedergeburt der demokratischen Republik zu verkünden und die Selbständigkeit und Unabhängigkeit Österreichs wieder herzustellen. Es bedurfte kaum eines Wortes, um die einhellige Entschlossenheit aller festzustellen.

Die Notwendigkeit sofortigen Handelns ließ die von mir anfangs beabsichtigte Einberufung einer posthumen Volksvertretung als viel zu langsam und umständlich erscheinen. Die letzte demokratische Volksvertretung war beschickt worden von den Erählten der Parteien, die Parteien hatten sie konstituiert, und so konnten die Parteien durch ihre Vorstände sich berufen erklären, als Schöpfer für das Geschöpf einzutreten und für die Volksvertretung zu handeln, um Österreich aus der bevorstehenden Katastrophe so heil als möglich herauszuführen, zugleich aber dafür Zeugnis abzulegen, daß die unendliche Mehrheit des österreichischen Volkes nichts gemein habe mit diesem Eroberungskrieg, nichts mit der Barbarei dieser Kriegsführung und nichts mit dem Wahnsinn des verzweifeltten Kriegsverbrechers, der den längst verlorenen Krieg, um sich selbst eine klägliche Frist zu sichern, fortschleppte bis zur völligen Zerstörung des eigenen Landes und Erschöpfung des eigenen Volkes.

Die Konferenzteilnehmer einigten sich sofort, durch die Parteien eine Provisorische Staatsregierung einzusetzen, die österreichische Republik wieder als selbständigen Staat aufzurichten und ihm alle seine Behörden und Ämter neu zu schaffen.

Alle Teilnehmer waren sich der außerordentlichen, beinahe unvor-

stellbaren Schwierigkeiten bewußt, die zu bewältigen waren. Das Annexionsregime hatte in Österreich alle zentralen Behörden aufgehoben und ihre Aufgaben nach Berlin gezogen. So war die Republik gleichsam enthauptet! Nicht nur das: Alle Mittel- und Lokalstellen von den Landesregierungen, von der Stadtverwaltung Wiens bis hinunter zum kleinsten Dorf, waren binnen sechs Jahren mit nationalsozialistischen Parteigängern besetzt worden, und diese hatten allesamt die Flucht ergriffen, zumeist unter Mitnahme der Barmittel und nach Vernichtung der Akten. Das österreichische Volk war also nach der Besetzung buchstäblich ein Staat ohne Behörden. Es stand nicht so um die eingesetzte Regierung, daß sie — wie dies in den meisten befreiten Ländern hergegangen sein mag — einen fertigen Apparat an der Spitze neu besetzen und im übrigen dessen Tätigkeit hätte fortführen können! Es war kein Apparat da — manchmal waren selbst die Amtsgebäude von den Flüchtenden niedergebrannt, auch oft schon vorher durch die Bomben der Flugzeuge zerstört worden. In den Straßen der Städte kein Polizeimann, in den Dörfern des flachen Landes kein Gendarm! Nirgends ein Postamt, kein Telephon, keine Eisenbahn! In den Steuerämtern zunächst kein Beamter, in den sozialen Fürsorgeeinrichtungen kein Pfennig Geld. Man könnte, wenn einem die Lust zum Scherzen nicht verginge, behaupten, das Ideal mancher Anarchisten sei verwirklicht: Der Staat ohne Geld, der herrschaftslose Staat! Dabei die Gespenster des Massenhungers und der Massenseuchen vor der Tür!

In dieser vergleichslosen Lage haben die Vorstände der demokratischen Parteien nicht versagt. Sie haben in voller Einhelligkeit zunächst die Staatsregierung eingesetzt, die Amtsgebäude bezogen, die von den Hitlerleuten vertriebenen Beamten herbeigerufen, die verschüchterten Angestellten zusammengestellt und die Zentralverwaltung organisiert.

Um aufzuzeigen, daß man die Macht bloß provisorisch ergreife, hat man die Zentralstellen nicht Ministerien, sondern einfach Staatsämter genannt, an Stelle eines Ministerpräsidiums eine Staatskanzlei eingerichtet und ihr einen Staatskanzler vorgestellt. In jedem Staats-

amt bis auf jene der Justiz und der Finanzen, die man in der Hand parteiloser höherer Beamter ließ, wurden dem Staatssekretär der einen Partei Unterstaatssekretäre der anderen Parteien beigegeben, um ja eine parteiliche Handhabung der Gewalt auszuschließen und das Vertrauen aller Parteien und damit aller Staatsbürger zu gewinnen und zu erhalten. Für die Justizverwaltung, die einem Richter anvertraut wurde, berief man je einen Unterstaatssekretär aller drei Parteien. Dem Staatsamte der Finanzen gab man keine Unterstaatssekretäre bei, um gerade in diesem Staatsamte Parteieinflüsse überhaupt nicht zur Geltung zu bringen und die Einschränkung der Ausgaben zu erleichtern. Die Staatsämter aber wurden wie folgt verteilt:

Kanzler und Auswärtige Angelegenheiten, Soziale Verwaltung, Volksernährung je ein Sozialdemokrat,

Landwirtschaft, Handel, Bauten je ein Christlichsozialer (Österreichische Volkspartei),

Inneres, Volksaufklärung (und Unterricht) je ein Vertreter der Kommunistischen Partei,

Justiz und Finanzen je ein parteiloser Beamter.

Nach der sozialen Seite beurteilt, gehören dem Kabinett an: 5 Mitglieder sozialistischer, 2 Mitglieder kapitalistischer, 1 Mitglied agrarischer Richtung und 2 Mitglieder bürokratischer Herkunft, also den Intelligenzberufen nahestehend.

Bemerkt werde noch, daß ein Heeresamt zunächst nicht vorgesehen und die Liquidierung der bisherigen Truppenverbände einem Unterstaatssekretär im Kanzleramt anvertraut wurde.

Dies das Ressortkabinett. Um jedoch den Kanzler in ständiger Führung mit den Parteien zu halten, wurde ihm ein dreiköpfiger ständiger Beirat aus den drei staatbegründenden Parteien beigegeben, welcher die im engeren Sinne politischen Angelegenheiten vorzuberaten hat. Der Kanzler, ein Sozialdemokrat, ein Christlichsozialer und ein Kommunist bilden zusammen das sogenannte politische Kabinett, das keinerlei Ressortangelegenheiten zu besorgen, sondern das Kabinett gegenüber der Öffentlichkeit, gegenüber den einzelnen Parteien und später vor der gewählten Volksvertretung zu vertreten hat.

Unzweifelhaft stellt das ganze System einen schwer zu handhabenden Apparat dar, der nur fungieren kann, solange die drei Parteien alle Sonderinteressen zurückstellen und einhellig dem Wiederaufbau der Republik wie ihres wirtschaftlichen und kulturellen Lebens zu dienen bereit sind. Das Ergebnis eines Monats gemeinsamer Arbeit beweist, daß diese Voraussetzung zutrifft.

Es ist diesem Kabinett auch in kurzer Zeit gelungen, durch eine Verfassungsnovelle die überlieferte republikanische Staatsordnung Österreichs wiederherzustellen, die Annexionsgesetzgebung restlos aufzuheben, alle Bindungen an das Deutsche Reich zu beseitigen. Die Bevölkerung ist auf der ganzen Linie mit ihr gegangen, hat mitgeholfen, alle Ämter und Behörden wiederherzustellen, hat ihre besten Vertrauensmänner zur Verfügung gestellt und hat mit Genugtuung begrüßt, daß die von den Nationalsozialisten Entlassenen, Verfolgten, und die oft jahrelang eingekerkerten Opfer in die alte Stellung zurückgeführt wurden.

Dies der Inhalt und die Tendenz der Maiverfassung, über die noch später geredet werden soll. Der Rohbau des Staates ist so in der knappen Zeit eines Monats zu Ende geführt worden.

Die Rote Armee hat die Bemühungen der Parteien zur Wiederrichtung des unabhängigen Staatswesens Österreichs im Rahmen dessen, was die noch wochenlang fortdauernden militärischen Operationen und was Kriegsrecht und Kriegsgebrauch forderten, bereitwillig unterstützt, ohne auf die Parteien und Behörden und deren Entschlüsse vorausbestimmenden Einfluß zu nehmen. Sie war in der Regel in der Lage, sie hinterher anzuerkennen und die bestellten Funktionäre zu bestätigen. Da es allenthalben an Verkehrsmitteln, an Post und Telephon, ja an der notwendigen Beleuchtung fehlte, waren allerdings Besteller und Bestellte der öffentlichen Verwaltung anfangs auf die Bereitstellung aller äußeren Mittel des Verwaltens durch die Armee angewiesen und diese wurden auch bereitgestellt.

Freilich konnte diese Hilfe nur im Bereich der 3. ukrainischen Front eintreten, und Marschall Tolbuchin und sein Stab haben zur Bewältigung dieser Schwierigkeiten in hochherziger Weise beigetra-

gen. Hiefür gebührt dem Marschall und den von ihm geführten Truppen der aufrichtige Dank unseres Volkes. Aber was die demokratischen Parteien und die von ihnen eingesetzte Regierung und Landesvertretung geschaffen haben, ist ausschließlich und unbestreitbar aus dem Willen des von den Parteien repräsentierten Volkes ohne Beeinflussung von außen, wenn auch unter dem Zwange der Umstände entstanden, auf unbestreitbar demokratischem Wege, wenn auch noch nicht auf Grundlage direkter Volkswahlen, die ja zur Zeit undurchführbar sind, und nicht in den Formen des parlamentarischen Lebens.

Entstanden freilich zunächst in einem Teile des Landes, wenn auch in seinem wichtigsten, in Wien und im südlichen Teil von Niederösterreich! Die Männer, die sich zu diesem Werk bereit fanden, verhehlten sich keinen Augenblick die Tatsache, daß mit der fortschreitenden Liquidierung des Kriegszustandes und der Befriedung der übrigen Teile des Staatsgebietes, die von den Truppen der anderen Weltmächte besetzt werden, den *hinzutretenden Volksteilen der gebührende Einfluß vorbehalten bleiben* müsse. Und sie sind sich auch darüber im klaren, daß die einheitliche Führung eines Staatswesens, dessen Territorium von vier Weltmächten besetzt sein wird, auf keine geringen Erschwerungen stoßen wird. Aber auch diese werden überwunden werden: Dafür bürgt einerseits die ungetrübte Einhelligkeit, mit der die antifaschistischen Parteien bisher zusammengearbeitet haben und in Hinkunft zusammenzuarbeiten entschlossen sind. Je tiefer andererseits die Mächte in die Geschichte und das Wesen dieser in seiner Art wohl beispielloser Staatsbildung eindringen, um so leichter wird ihnen die oberste Lenkung des besetzten Landes und der Staatsregierung der wiedererstandenen unabhängigen Republik Österreich die Erfüllung ihrer Aufgaben werden.

IV.
DIE ERSTEN GESETZESMASSNAHMEN
DER STAATSREGIERUNG

Die nächste überaus schwierige Aufgabe der Staatsregierung war eine doppelte: Die Wegräumung der von den Hitlerleuten geschaffenen Staats- und Rechtseinrichtungen einerseits und andererseits die Wiederaufrichtung der von ihnen zerstörten republikanischen Verfassung sowie die Einsetzung von Behörden überhaupt. Die Regierung hat diese Aufgabe durch fünf Gesetze, die unter dem Datum des 1. Mai 1945 im Staatsgesetzblatt Nr. 4 bis 8 verlautbart worden sind, gelöst und den Rohbau der österreichischen Verfassung in der kurzen Frist eines Monats aufgerichtet.

1. Durch das „Verfassungsüberleitungsgesetz“ wurde Österreich als eine demokratische Republik wiederhergestellt und die Rückkehr zu den grundlegenden Einrichtungen der Bundesverfassung nach dem Stande des Jahres 1929 verkündet. Als Stichtag, von dem an alle späteren verfassungsrechtlichen Vorschriften als aufgehoben erklärt worden sind, wurde der 5. März 1933 bestimmt, da von diesem Tage ab durch den Dollfuß-Mussolinischen Staatsstreich das parlamentarische Leben in Österreich ausgeschaltet und so das demokratische Prinzip preisgegeben war.

2. Da die völlige Rückkehr zu diesem letzten demokratischen Verfassungsgesetz undurchführbar war, mußte gleichzeitig mit dem Verfassungsüberleitungsgesetz durch eine „Vorläufige Verfassung“, St. G. Bl. Nr. 5, die Einrichtung der wiedererstandenen Republik Österreich in ihren allgemeinen Grundzügen neu geregelt werden. Diese vorläufige Verfassung schließt sich in ihrer Konstruktion in denkbar weitestem Maße den Bestimmungen des letzten, auf demokratischem Wege beschlossenen Verfassungsgesetzes an. Nur die Scheidung der Gesetzgebung und Vollziehung in Agenden des Bun-

des und der Länder konnte im heutigen Zeitpunkte nicht aufrechterhalten werden; die provisorische Staatsregierung war daher genötigt, sich nicht nur die oberste Vollziehung, sondern auch die ausschließliche Gesetzgebung für alle Bundesländer vorzubehalten. Da die heute überaus schwierigen Verhältnisse die Einheitlichkeit der staatlichen Vollziehung bis in die kleinsten Bereiche des Staatsgebietes hinunter unbedingt erfordern, mußte sich die provisorische Staatsregierung auch auf die Bestellung der Organe in den Ländern eine weitgehende Einflußnahme sichern. Nur so konnte gewährleistet werden, daß ihr Wille tatsächlich auch in allen Sprengeln des Staatsgebietes durchgesetzt werde.

3. Ein drittes Verfassungsgesetz, das so bezeichnete „Rechtsüberleitungsgesetz“, St. G. Bl. Nr. 6, nimmt zu der wichtigen Frage Stellung, inwieweit die vielen einzelnen während der Annexion von der deutschen Regierung erlassenen Gesetze und Verordnungen in Geltung verbleiben oder aufgehoben werden sollen. Das Gesetz bestimmt hiezu, daß alle nach der gewaltsamen Annexion erlassenen Gesetze, Verordnungen und Verfügungen, die mit dem Bestand eines freien und unabhängigen Staates Österreich oder mit demokratischen Grundsätzen unvereinbar sind, sowie jene, die dem Rechtsempfinden des österreichischen Volkes widersprechen oder sonst typisches Gedankengut des Nationalsozialismus enthalten, ausgemerzt werden.

Ein Generalakt kann, ohne die Rechtssicherheit zu gefährden, nicht einfach die gesamte Reichsgesetzgebung von sieben Jahren annullieren. Darum werden zwar die übrigen gesetzlichen Bestimmungen, die nach dem 13. März 1938 für die Republik Österreich erlassen worden sind, vorläufig als österreichische Rechtsvorschriften in Geltung gelassen, es wird jedoch eine Einrichtung geschaffen, welche das ganze Gesetzesmaterial nachprüft und in einzelnen Kundmachungen untragbare Einzelbestimmungen aufhebt. Ein Rat der hervorragendsten Juristen sorgt für die Überprüfung der ganzen Hitlergesetzgebung. Damit ist das außerordentlich schwierige Problem gelöst, die deutsche Gesetzgebung Punkt für Punkt in die österreichische Gesetzesordnung umzubilden. Die aufzuhebenden Einzelbestimmungen

werden durch Kundmachungen der provisorischen Staatsregierung festgestellt.

Auf diesem Wege ist Hitlers Rassengesetzgebung in allen Einzelheiten bereits durch besondere Kundmachungen aus dem österreichischen Rechtsleben ausgetilgt worden.

4. Zwei Gesetze vom 1. Mai regeln endlich die Wappen, Farben, Siegel und Embleme der Republik Österreich sowie das zur Kundmachung der Gesetze und Verordnungen bestimmte Staatsgesetzblatt.

5. Zwei besonders wichtige Gesetze sind endlich in mittelbarer Vorbereitung, nämlich der Entwurf eines Behördenüberleitungsgesetzes und der Entwurf eines Beamtenüberleitungsgesetzes.

Die Verfassung stellt nur den Rohbau der Staatsordnung her. Das Hitlerregime hat aber alle Behörden von der untersten bis zur obersten umgebaut und bei seiner Preisgabe des Landes außer Wirksamkeit gesetzt. Das Behördenüberleitungsgesetz hat die Aufgabe, aus diesem Trümmerhaufen den neuen, der österreichischen Überlieferung entsprechenden Behördenaufbau der Republik erstehen zu lassen. Es wird den ganzen Schutt der früheren deutschen Verwaltungsorganisation wegräumen und die Grundlagen schaffen, auf denen die wiedererstandenen österreichischen Behörden ihre Arbeit sofort beginnen.

Das Beamtenüberleitungsgesetz stellt sich zur Aufgabe, den österreichischen Beamtenkörper wieder erstehen zu lassen und ihn von allen jenen Elementen zu säubern, die durch ihr Verhalten in der letzten Vergangenheit sich als Verräter an der österreichischen Sache, als Feinde jeder demokratischen Ordnung und als Volksschädlinge entpuppt haben.

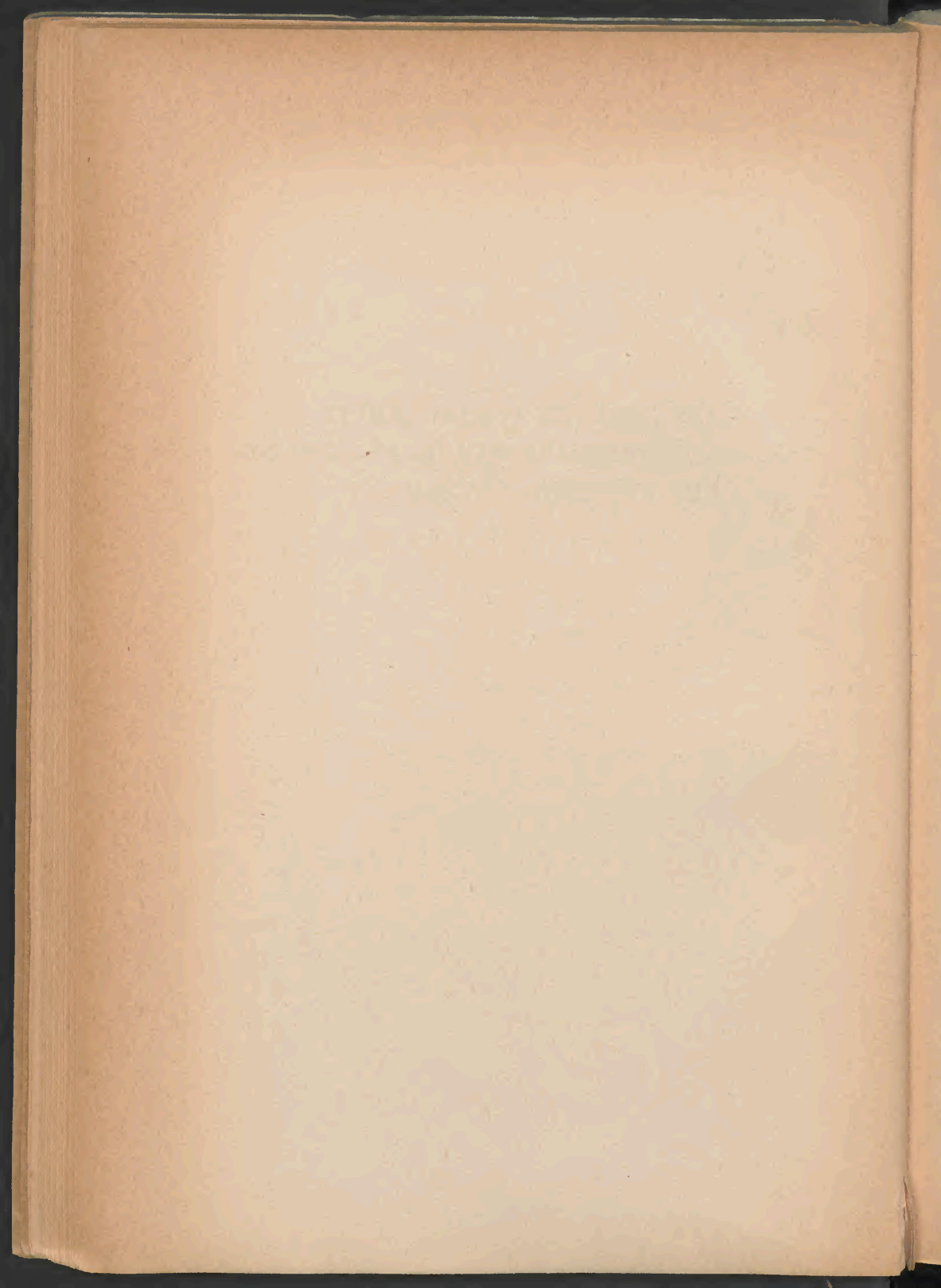
Die Staatsregierung hat sich diesen rechtsschöpferischen Arbeiten inmitten der allerdringlichsten Sorgen um die Ernährung des Volkes, um die Wiederbelebung der Wirtschaft und um ein friedliches Zusammensein aller Bürger mit der besetzenden Wehrmacht unterzogen, weil sie für die Ordnung des Gemeinwesens unerlässlich sind und weil ohne ihre Bewältigung die weitaus wichtigeren und dringlicheren

Vorsorgen gegen Hungersnot und Volksseuchen nicht getroffen werden können. Diesen Vorsorgen gilt von nun an ihre ganze Aufmerksamkeit.

Diese Vorsorgen stellen das Land und seine Regierung vor Probleme, die zu erörtern nicht mehr Aufgabe dieser Denkschrift sein kann. Die Staatsregierung ist sich wohlbewußt, daß sie diese Probleme allein und ohne Hilfe der besetzenden Mächte nicht lösen kann, ebensowenig wie sie von den besetzenden Mächten ohne die geordnete und verständnisvolle Mitwirkung der gesamten Bevölkerung und ihrer zur Regierung berufenen Vertreter befriedigend zu bewältigen sind. Ebenso unerschütterlich ist ihre Überzeugung, daß sie niemals gelöst werden können, wenn das an sich so kleine Staatsgebiet in vier Verwaltungsgebiete und Wirtschaftszonen geteilt bleibt. Die Herstellung einer einheitlichen Besetzungsbehörde, welche mit einer einheitlichen Staatsregierung das gesamte Staatsgebiet einvernehmlich leitet, ist das vordringlichste, das unerläßliche Erfordernis einer Ordnung der österreichischen Frage.

An dem guten Willen der österreichischen Bevölkerung fehlt es gewißlich nicht. Aus den schon vollbrachten Arbeiten wolle jede der verbündeten Mächte die Einsicht schöpfen, daß es der provisorischen Staatsregierung weder an gutem Willen und an Lauterkeit der Absichten noch auch an Sachkenntnissen und Erfahrungen gebricht, die zu dem Werke nötig sind.

DREI MONATE AUFBAUARBEIT
DER PROVISORISCHEN STAATSREGIERUNG
DER REPUBLIK ÖSTERREICH



I.

DIE DEMOKRATISCHE GRUNDHALTUNG DES ÖSTERREICHERS UND DIE WIEDERHERSTEL- LUNG DER DEMOKRATISCHEN REPUBLIK

Entauptung und Zerstückelung Österreichs

Volle sieben Jahre hat das Hitlerregime des Deutschen Reiches Zeit gehabt, die selbständige Republik Österreich vollständig auszulöschen und selbst den Namen Österreich auszulöschen.

Von den ehemaligen obersten Behörden der Republik bis herab zum Dorfvorsteher blieb keine einzige Einrichtung von diesem Zerstörungswerk verschont. Alles was österreichisch war, wurde dem Reiche einverleibt, umgegliedert, umgestaltet, umbenannt oder gänzlich vernichtet. Als die Heere der Weltmächte in das Land einrückten, waren beinahe alle Träger der öffentlichen Gewalt geflüchtet, ihre Amtsstellen verwüstet und zuweilen sogar in Brand gesteckt. Es stand nicht so, daß die Provisorische Staatsregierung ein fertiges Staatswesen zu übernehmen hatte, um es einer anderen persönlichen Leitung und sachlichen Zielsetzung zu unterstellen. *Es war kein Staat vorhanden, er mußte in allen seinen Instanzen neu aufgebaut werden!*

Die Republik Österreich wurde *entauptet*: Alle zentralen Regierungsstellen und obersten Instanzen waren aufgehoben, die Akten nach Berlin überführt und die früheren leitenden Persönlichkeiten weggeschickt. Nur in einigen Verwaltungszweigen blieben zum Schluß vermittelnde Zwischenstellen zu Berliner Ämtern zurück.

Die Republik Österreich wurde zergliedert: Sie wurde in sieben „Gäue“ zerschlagen, die miteinander nichts mehr gemeinsam haben sollten, jeder Gau war direkt Berlin unterstellt, und nur dort, wo eiserne Notwendigkeit dieser Verwaltung eine Zwischenstelle, die zwei oder mehrere Länder verband, unerläßlich machte, war eine solche Behörde eingerichtet worden.

Aber nicht nur, daß Österreich des Hauptes beraubt und seine Glied-

der in zusammenhanglose Stücke aufgeteilt wurden, auch der ganze Geist der Verwaltung wurde von Grund auf geändert.

Das österreichische Wesen in der staatlichen Ordnung

Man versteht Österreich und das österreichische Volk nicht, wenn man keinen Einblick in die geistige Seite der Organisation des Landes gewonnen hat. Selbst in der kaiserlichen Zeit, in der Zeit des schlimmsten Absolutismus, gliederte sich die österreichische Verwaltung in zwei Organsysteme: Einerseits in die sogenannte „landesfürstliche“, das ist kaiserliche Verwaltung, welche die gesamtstaatlichen Agenden besorgte und zur absolutistischen Zeit völlig bürokratisch organisiert war — nur insoweit war Österreich ein Polizeistaat. Daneben aber besaß das österreichische Volk seit urdenklichen Zeiten eine parallele repräsentative Verwaltungsorganisation, und die sogenannten Kronländer, die in der Republik als Bundesländer weiterlebten, besorgten seit jeher den allergrößten Teil der ökonomischen und kulturellen Verwaltung, und jedes Kron- oder *Bundesland war darin einem Schweizer Kanton ähnlich*. Wie dort, so hat auch hier in Österreich diese bei uns sogenannte „*autonome Verwaltung*“ ursprünglich ständischen Charakter gehabt, war in der späteren Zeit (seit Schmerling) adelig-großbürgerlich eingerichtet und wurde schon vor 1914 allmählich, seit 1918 aber durchaus demokratisch gestaltet. Unter dieser autonomen Landesverwaltung standen die autonomen Gemeinden, die eine sehr wirksame, durchaus demokratisch fundierte Verwaltung führten. Für diese Verwaltung ist die Stadt Wien unter dem Bürgermeister Lueger ein international bekanntes Muster geworden.

Im Bereiche dieser Autonomie entwickelte sich der Geist der ganzen Bevölkerung zu einer sehr beachtlichen und für die ganze Psychologie des Österreichers charakteristischen demokratischen Grundhaltung, die den Österreicher seit jeher vom Bewohner Norddeutschlands und Ostelbiens unterschieden hat. Man gab in der landesfürstlichen Verwaltung sozusagen dem Kaiser, was des Kaisers ist,

und in der autonomen Verwaltung jedoch dem Volke, was des Volkes ist. Auf dem Boden der autonomen Verwaltung erwachsen alle großen politischen Talente, die das Land seit 1848 hervorbrachte. Einfache Männer, Bauern, Kleinbauern und später Arbeiter haben sich in dieser Schule zu namhaften Staatsmännern emporgearbeitet.

Das Hitlersystem konnte eine solche Selbstregierung und Selbstverwaltung nicht dulden. Dies schon aus dem prinzipiellen Grunde, daß sie dem Führerprinzip widersprach, obschon gerade sie eine große Zahl führender Persönlichkeiten emporzog, aber noch mehr aus dem Grunde, weil auf diesem Boden der bürgerliche Nationalismus und später der sogenannte Nationalsozialismus niemals beachtenswerten Raum gewonnen und Erfolg erzielt hatte. Es ist charakteristisch und für den Geist des österreichischen Volkes im höchsten Grade bezeichnend, daß auf dem Boden dieser Autonomie die bürgerlichen Nationalparteien und später der Nationalsozialismus nirgends, weder in den Ländern, „Kantonen“, noch in den Städten und Gemeinden nur annähernd eine Mehrheit erreichen konnte.

Mit der Einführung der Republik im Jahre 1918 wurde auch die Zentralregierung demokratisiert und aus dem Parlamente, das auf der demokratischen Grundlage des allgemeinen gleichen, direkten und geheimen Verhältniswahlrechtes beruhte, durch Wahl bestellt. Damit hatte auch die sogenannte landesfürstliche Verwaltung den absolutistischen Charakter völlig verloren, und *das Land war nun von der Spitze bis zum Dorf durchaus demokratisch organisiert. Auch in diesem zentralen Parlament haben nationalistische Gruppen niemals ein ganzes Viertel der Volksvertretung zu erobern vermocht.*

Die Demokratie war somit auf der ganzen Linie siegreich und blieb es, bis unter dem Druck des Großgrundbesitzes und der Schwerindustrie die *Heimwehrbewegung* die ersten Breschen in die Demokratie schlug und unter dem Einfluß Mussolinis 1934 alle politischen Parteien aufgelöst und eine Spielart des Faschismus Mussolinischer Prägung, der allerdings an die Selbständigkeit Österreichs nicht rührte, sondern eher unter den Schutz Italiens zu stellen schien, *dem Lande aufgezwungen wurde.* Aber diese Spielart des Faschismus ließ

wenigstens den Grundriß und Hauptbau des österreichischen Staates bestehen. Hitler jedoch hat beides zu vernichten unternommen.

Die Wiederherstellung der Republik

Die Provisorische Staatsregierung hat nun die demokratische Republik Österreich wieder herzustellen sich zur ersten Aufgabe gemacht. Sie hat die Verfassung des Jahres 1929 wieder in Kraft gesetzt, das ist eine demokratische Zentralgesetzgebung und daneben die demokratische Autonomie der Länder (Kantone) und Gemeinden. Freilich zunächst nur in der Form des Gesetzesbeschlusses. Aber ohne daß die Provisorische Regierung eine Zeitlang die Möglichkeit hatte, ihre Beschlüsse überallhin zu verbreiten, haben die Staatsbürger in den Gemeinden und Ländern von selbst alle Einrichtungen Österreichs wieder neuzuschaffen begonnen und mit großer Genugtuung, ja mit Begeisterung die Beschlüsse der Zentralregierung zur Kenntnis genommen. Das war wie eine einzige jubelnde Heimkehr ins Heimatland! Vom ganzen Staatsgebiete, von der ungarischen bis zur Schweizer Grenze, hat sich nicht eine einzige Stimme des Widerspruches erhoben — die heimliche Wühlarbeit der Nazifreunde blieb ohne Wirkung.

Zugleich mit der Wiederherstellung der Verfassung waren die politischen Parteien, zur Zeit der einzig denkbare und daher einzig berechtigte Ersatz des Parlaments, an die Einsetzung der Provisorischen Staatsregierung geschritten. In einer anderen Denkschrift ist dargetan, wieso es dazu kam, und ist unwiderleglich erwiesen, daß diese nicht von außen aufgenötigt und eingesetzt, sondern durch den einmütigen Willen aller demokratischen Parteien frei berufen und erst hinterher vom Kommando der Roten Armee bestätigt worden ist.

Die Übergabe des befriedeten Gebietes in die Zivilverwaltung

Man hat das Verhalten der Roten Armee außerhalb unseres Landes und Gebietes vielfach mißdeutet. Es war nicht nur ein hochher-

ziger, sondern unseres Erachtens auch kluger Entschluß der Roten Armee, nachdem die Zentralregierung von den Parteien eingesetzt war, ihr die gesamte Zivilverwaltung des jeweils befriedeten und von militärischen Kampfhandlungen befreiten Landes zu übertragen. Dies geschah zu beiderseitigem Vorteil: Die Rote Armee, die noch vor vielen anderen Aufgaben stand, entlastete sich der Aufgabe, ein fremdsprachiges Land selbst zu verwalten, und die Provisorische Staatsregierung konnte alle zuverlässigen Männer von Begabung aus dem Volke zur Verwaltung heranziehen und so das unerläßliche Bindeglied zwischen Armee und Zivil herstellen.

Die Überparteilichkeit der Verwaltung

Bei der Regierungsbildung aber wurde folgender Grundsatz aufgestellt und zur Tat gemacht: In jedem Ministerium, das von dem Vertreter einer Partei geleitet wird, nehmen Unterstaatssekretäre der zwei anderen Parteien an der Verwaltung teil. Es gibt keine stärkere Kontrolle der Unparteilichkeit als die hier gewählte. Auch hierin sind böswillige Entstellungen ins Ausland gedrungen. Man sagte, die Regierung sei einseitig kommunistisch ausgerichtet und von russischer Seite in ihren Aktionen beeinflußt. Von den zehn Regierungsämtern sind einzig und allein zwei von Kommunisten besetzt und auch diese, wie nach dem Vorgehenden selbstverständlich, durch Unterstaatssekretäre der anderen Parteirichtungen kontrolliert. Man kann zugeben, daß eine solche Verwaltung sich schwierig gestaltet, denn sie beruht auf dem jederzeitigen Einverständnis dreier Parteien. Nebenbei bemerkt zeigte sich die politische Reife des österreichischen Volkes schon darin, daß es jede Parteienzersplitterung vermieden und nie mehr als drei Parteien ins Parlament geschickt hatte. Da die Regierung sich vor allem zur Aufgabe gesetzt hat, das Hitlersche Diktatorsystem zu beseitigen und die jedem vertrauten österreichischen Einrichtungen wieder herzustellen, daneben aber den Nationalsozialismus mit Stumpf und Stiel auszurotten, ergab es sich von selbst, daß dieses Einvernehmen immer gelang. Bei einem

solchen System ist es beinahe unmöglich, daß irgendein berechtigtes Interesse vernachlässigt und irgendeine Volksschicht in ihren Rechten gekränkt wird. Daß dem so sei, beweist der Erfolg: Vom ersten Tage bis zum Ablauf dieser drei Monate des Provisoriums ist auch nicht eine einzige Stimme des Widerspruches laut, nicht ein einziger Vorfall innerer Unruhen gemeldet worden. Zum Unterschied von allen unseren Nachbarstaaten blieb der von Wien verwaltete Teil Österreichs *vollständig ruhig und von politischen und sozialen Erschütterungen völlig verschont*, obwohl die Lage der Bevölkerung so schwierig ist, wie kaum in irgendeinem Lande der Welt.

Restlose Neubesetzung aller Behörden

Bei dem Aufbau des Staates mußte, wie natürlich, von der Spitze begonnen und bis zum Dorfe herab neu gegliedert werden. Alle Ämter mußten neu geordnet, neu gegliedert und mit neuen Menschen besetzt werden, überall im Einvernehmen der drei Parteien, und überall gelang es. Bei keiner dieser Aktionen hat die besetzende Macht irgendeinen Einfluß zu nehmen versucht. Von ganz vereinzelt Fällen abgesehen, hat die Rote Armee auch niemals die Abberufung einer so bestellten Persönlichkeit zu fordern Anlaß genommen. Das Werk aber war schwierig, denn erstens fehlte es an Menschen: Sind doch alle Altersklassen vom 18. bis zum 60. Lebensjahre in das Hitlersche Wehrsystem eingereicht worden und heute noch größtenteils in fernen Ländern, kriegsgefangen oder verschollen. Dann aber fehlten die sachlichen Mittel: Die flüchtenden Nazibehörden haben zumeist nicht nur die Barbestände der Ämter mitgenommen, sondern in der Regel auch die Akten verbrannt und nicht selten selbst die Amtsgebäude in Brand gesteckt. Sie haben auch an vielen Orten die äußeren Verwaltungsmittel zerstört. So haben sie, um ihren Nachfolgern die primitivste Verwaltungstätigkeit unmöglich zu machen, an manchen Orten die Feuerlöschgeräte zerstört, das Fuhrwerk entführt usw.

Unterschiedliches Schicksal der östlichen und westlichen Länder

An dieser Stelle muß auf eine grundlegende Unterscheidung hingewiesen werden, welche zwischen den östlichen Ländern Niederösterreich, Steiermark und Burgenland einerseits und den westlichen Ländern gemacht werden muß. Die letzteren konnten nach dem Zusammenbruch der deutschen Heere mehr oder minder friedlich besetzt werden, in den östlichen aber, und insbesondere in Wien und dem niederösterreichischen Alpenvorland, tobte der Krieg noch mehrere Wochen, sie wurden dank dem verbrecherischen Wahnwitz der Nazis zum *Schlachtfeld!* Es ist klar, daß die Zerstörungen auf dem unmittelbaren Kriegsschauplatz, die Inanspruchnahme aller zivilen Hilfsmittel durch die kämpfende Armee und somit die Drangsale der Bevölkerung weitaus größer sein mußten als anderswo. Der oberflächliche Beurteiler übersieht hinterher allzu leicht die verschiedenen Bedingungen, unter denen die Länder besetzt wurden. Im allgemeinen aber kann gesagt werden, daß die östlichen Länder, wenn auch unter schwerer Bekümmernung, einsehen mußten, daß der russische Soldat nach der vollständigen Verwüstung seines eigenen Gebietes, das vielleicht 90 Millionen Menschen bewohnt haben, viel schwerer von dem Drange nach Vergeltung sich frei machen konnte als die Heere von Ländern, die auf ihrem Heimatboden keinen feindlichen Soldaten gesehen hatten.

Inmitten all dieser Drangsal gelang es der Provisorischen Regierung in der wahrhaft kurzen Frist von drei Monaten, den Staatsbau vom Boden bis zur Spitze lückenlos wieder aufzurichten.

II.

DIE AUSROTTUNG DES NAZISMUS

Zu dieser aufbauenden Arbeit gehört auch der Kampf gegen den Nazismus. Die Staatsregierung hat diesen Kampf vom ersten bis zum heutigen Tage mit großem Ernst und Nachdruck geführt. Verwunderung mag es im Ausland hervorgerufen haben, daß dabei von Gewalttätigkeiten, großen Schauprozessen und Massenhinrichtungen nichts gemeldet werden konnte. Die Staatsregierung rechnet es sich zum Verdienst an, daß sie diesen Kampf nicht mit Hitlerschen Methoden, nicht nazistisch, geführt hat. Sie hat vielmehr ihren Stolz dareingesetzt, als Rechtsstaat mit gesetzlichen Mitteln vorzugehen. Sie hat darum zugleich mit dem Verbot der nationalsozialistischen Partei und Bewegung die Registrierung der Mitglieder dieser Partei angeordnet und dabei den Registrierten auch nicht das Rechtsmittel der Berufung versagt. Soweit jetzt die noch nicht abgeschlossene Registrierung erkennen läßt, ergibt die statistische Verarbeitung der Register, daß nur ein nicht allzu großer Teil der Mitglieder und Anwärter dieser Partei nazistischer Gesinnung war und sich nazistisch betätigt hat. *Die allergrößte Anzahl* ist dem wirtschaftlichen, gesellschaftlichen oder selbst dem persönlichen Zwange erlegen. Alle Persönlichkeiten, welche in irgendeiner öffentlichen oder wirtschaftlichen Stellung von Bedeutung oder bei einem Kriegsbetriebe in Arbeit standen, waren einfach bei Verlust ihrer Stellung der Partei anzugehören genötigt. Sie haben diesem erpresserischen Zwang nicht widerstanden, aber wie kann man von Gelehrten, Künstlern, Gewerbetreibenden, Kaufleuten, die sich selten mit politischen Fragen abgegeben hatten, oder den von dem Schrecken der Arbeitslosigkeit und dem Konzentrationslager bedrohten Arbeitern verlangen, daß sie heldenhaft ihre Existenz in die Schanze schlagen, um sich der Wer-

bung einer Partei zu entziehen, die mit solchem Elan und noch dazu mit so verblüffenden Anfangserfolgen die öffentliche Meinung des Landes beherrschte!

Zugleich wurde mit der Säuberung der Ämter und Unternehmungen von Nationalsozialisten vorgegangen. Darüber hinaus aber wurde ein *Kriegsverbrechergesetz* erlassen, das alle diejenigen, welche sich irgendeiner Unmenschlichkeit schuldig gemacht haben, zur strengen Verantwortung zieht. Die Durchführung des Gesetzes verzögerte sich dadurch, daß die Strafgerichte selbst vollständig desorganisiert, ja die Strafgerichtsgebäude vielfach unverwendbar und neu einzurichten waren. Hatten die Nazis doch sogar den Schwurgerichtssaal des Wiener Landesgerichtes in eine Werkstatt zur Herstellung von Kriegsgerät umgewandelt.

Zur Zeit aber harren Tausende mit Blutschuld beladene Nationalsozialisten und mehrere hunderte Kriegsverbrecher ihrer Aburteilung durch die Volksgerichte, die nach altösterreichischer Tradition mit allen Garantien der Rechtssicherheit ausgerüstet sind.

III.

POLITISCHE EINZELFRAGEN

Ebenso wie der Wiederaufbau im großen, so hat die Durchführung ungezählter Einzelaufgaben die Staatsregierung unablässig in Atem gehalten.

Das Staatsgebiet, Überflutung durch Fremde

Das Staatsgebiet, auf das sich ihre Arbeit erstrecken konnte, war zunächst nur Wien und Niederösterreich, später Steiermark und das Burgenland. Unzählige Hemmnisse entstanden aus dieser Einschränkung. Dazu war auch dieser Teil durch eigene Grenzwatchen oder Zollbehörden nicht zu schützen. Zur Bestürzung der Staatsregierung brachen von allen Seiten Massen von Nichtösterreichern in unser Land, das selbst sich nur mit den größten Schwierigkeiten zur Notdurft ernähren konnte. Von Norden her, aus der Tschechoslowakei, kamen laut Bericht der Sicherheitsdirektion nach Niederösterreich allein an die 300 000 deutschsprechende Tschechoslowaken in primitivster Kleidung, ohne Geld, ohne Nahrungsmittel, kurz als Bettler, ins Land. Aus Jugoslawien wurden die deutschsprechenden ehemaligen Bewohner der Gottschee, durchaus jugoslawische Staatsbürger, über die Grenze geworfen. Die Regierung verfügte über keine ausreichende Polizeimacht und über gar keine Grenzwatche, um diesen Zustrom zurückzudämmen. Dem Vernehmen nach sind auch nach Oberösterreich nicht weniger deutschsprechende Tschechoslowaken eingebrochen. Nach Wien haben sich rund 18 000 eingeschlichen. Alle diese Unglücklichen haben als Staatsfremde keinen Anspruch auf Lebensmittelkarten, und doch muß Österreich, da dieses sie nicht verhungern lassen will, sie wenigstens zur Not nähren und

unterbringen. Zu diesem Einbruch kommt, daß Wien und Niederösterreich der Kreuzungspunkt der westöstlichen und nordsüdlichen Straßen sind, und der ganze Strom der Fremdarbeiter von allen Himmelsrichtungen her sich über das Land ergossen hat. Die russische Besetzungsmacht hat in all diesen Bedrängnissen der Staatsregierung ihre Hilfe nicht versagt, obwohl auch ihr wenig Möglichkeiten gegeben waren, das Übel selbst abzuwenden. Die sanitären Gefahren sind so groß geworden, daß sie alle Nachbarländer bedrohen.

Bevölkerung, Staatsbürgerschaft

Von der Stammbevölkerung Österreichs ist der männliche Anteil zu einem großen Teil außer Landes, der weibliche Anteil überwiegt in dem Grade, daß in den Mitgliederlisten der Parteien zur Zeit fast zwei Drittel Frauen enthalten sind.

Für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Landes ist darum die Frage der Kriegsgefangenen in jeder Hinsicht von grundlegender Bedeutung. Soweit dies von Wien aus zu überblicken ist, dürften sich von einer Staatsbevölkerung von etwas über 6 000 000 Menschen rund 500 000 in Gefangenschaft befinden. Diese Abwesenheit der jüngeren und kräftigsten Jahrgänge wirkt auf die ganze Bautätigkeit lähmend. Darüber hinaus ist keine der gegenwärtigen Schwierigkeiten so geeignet, allgemeine Unruhe zu erzeugen, wie das Bangen eines großen Teiles der Bevölkerung um das Schicksal ihrer kriegsgefangenen Angehörigen, zumal da von Rußland keine Nachrichten über Gefangene ausgehen und mir von der Ostfront her nur „Vermißte“ gemeldet werden.

Was nun die Staatsbevölkerung betrifft, so entstand ein Wirrsal ohne Ende aus der Tatsache, daß das Hitlerregime einfach alle Österreicher, ob sie wollten oder nicht, zu reichsdeutschen Staatsbürgern erklärt und außerdem eine große Zahl Reichsdeutscher nach Österreich verpflanzt hatte.

Die Staatsregierung mußte daher die österreichische Staatsbürgerschaft erst wieder neu begründen, eine Aufgabe voll legislatischer

Schwierigkeiten. Für die Auseinandersetzung zwischen der Provisorischen Staatsregierung Österreichs und jener der besetzenden Mächte ist und bleibt es ein entscheidender Unterschied, ob diese es mit einem österreichischen oder einem Staatsbürger des Reiches zu tun hat: Die unterschiedlichen Rechtsfolgen sind im einzelnen gar nicht aufzuführen. Die Österreicher waren als befreite Nation, der Reichsdeutsche als Feind zu behandeln. Das Ausländerproblem wurde durch den Einbruch tschechoslowakischer Staatsbürger vom Norden und jugoslawischer vom Süden und außerdem durch die Zuwanderung von Flüchtlingen nicht nur aus dem Reiche, sondern auch aus allen anderen Nachbarstaaten und den Ostländern zur wahren Crux der Staatsregierung. Die täglich bedrohlichere Ernährungsschwierigkeit drängt zu dem Ausweg, alle fremden, seit 1938 zugewanderten Staatsbürger auszuweisen. Aber für die Mehrzahl erhebt sich die Frage, wohin, und im allgemeinen die Frage, ob nicht Retorsionen Österreich überwiegenden Schaden zufügen könnten.

Fremdarbeiter

Die Fremdarbeiter allerdings, die auf dem Boden von Niederösterreich und Steiermark sich vorfanden, konnten in langen Kolonnen zu Fuß und mit Handwagen nach dem Süden, Osten und Norden abziehen, aber ein Grundstock von zehntausenden Fremdarbeitern steht noch in den westlichen Ländern Österreichs und kann nicht nach Niederösterreich eingelassen werden, weil bei dem Mangel an Transportmitteln zu befürchten ist, daß sie sich über das ganze Land ergießen, wo sie ja durch ihre Notlage zu plündern gezwungen sind. Die russische Besetzungsmacht hat uns bisher vor diesem Übel durch die Demarkationslinie an der Ems verschont.

Staats- und Volksvermögen

Probleme, die wahrscheinlich erst im Friedensvertrag oder Friedensdiktat gelöst werden können, betreffen das Staats- und Volks-

vermögen. Die Hitlersche Gesetzgebung hat alles Staatsvermögen und öffentliche Gut einfach zum Reichsvermögen gemacht und womöglich grundbücherlich festgelegt. Die zweite Republik Österreich kam so bettelarm zur Welt. Sie mußte durch ein eigenes Repatriierungsgesetz ihr vormaliges Eigentum zurückverlangen. Das aber stieß in der Praxis auf ungeahnte Schwierigkeiten, die sich in bezug auf das österreichische Volksvermögen noch besonders geltend machten. Alle größeren österreichischen Bergwerks- und Fabriksbetriebe, Handels-, Verkehrs- und Schiffahrtsunternehmungen waren durch irgendwelche Manöver auf reichsdeutsche Firmen übertragen worden. Unsere ganze Schwerindustrie war in die Göringwerke einbezogen worden. Die okkupierende Macht hätte nach dieser, von den Deutschen aufgezwungenen Rechtskonstruktion, all das unterschiedslos als feindliches Eigentum behandeln können. In diesen Betrieben war ein gewisser Bestand schon vor dem Jahre 1938 da, ein gewisser Bestand aber durch Investitionen des Reiches hinzugekommen und das Ganze in den Dienst der Kriegsrüstungen gestellt. War das alles deutsches Eigentum, so konnte es von der besetzenden Macht weggenommen oder zerstört werden. Nach eingehenden Verhandlungen erklärte sich die Besetzungsmacht bereit, das, was altösterreichisch war, grundsätzlich zu schonen und nur den reichsdeutschen Zuwachs als feindliches Eigentum zu behandeln. Wie schwer auch Österreich durch Wegführung oder Zerstörung der reichsdeutschen Kriegsmaschinerie gelitten hat, so muß doch dankbar anerkannt werden, daß diese erwähnte Unterscheidung gemacht und so uns vieles gerettet wurde. Diese in Moskau nachgesuchte und von Moskau zugestandene Schonung hat uns so vor dem Äußersten bewahrt. Man begreift aber, daß die Durchführung dieses Grundsatzes im einzelnen sowohl den russischen Befehlsstellen im Lande wie auch den österreichischen Regierungsämtern eine Überfülle von Arbeit und Beratung kostete.

Ausmerzung der Rassengesetzgebung

Auf dem Gebiete des *kulturellen Lebens* schritt die Staatsregierung sofort zur Austilgung aller gesetzlichen und administrativen Verfügungen, die dem Rassenwahn des Hitlerismus und dem sogenannten „nationalsozialistischen Gedankengut“ entsprangen. Die Staatsregierung schritt unter vorbehaltloser Zustimmung der sozialistischen und kommunistischen Partei zur *Wiederherstellung des Kirchenvermögens, der Klöster und kirchlichen Stiftungen*. Die Ausmerzung aber des erwähnten „Gedankengutes“ aus der gesamten Gesetzgebung machte es nötig, eine eigene Kommission einzusetzen, die bisher in mehreren hundert gesetzlichen Verfügungen diesen Einfluß aus der österreichischen Gesetzgebung getilgt hat.

IV.

WIRTSCHAFTLICHE FRAGEN

Alle die erwähnten Aufgaben traten mehr oder weniger in den Hintergrund gegenüber den alltäglich drängenden *Sorgen des Wirtschaftslebens*. Um diese zu bewältigen, wurden den *einzelnen* wirtschaftlichen Kreisen ihre Berufsvertretungen wiedergegeben. Bauernkammern, Kammern für Gewerbe, Industrie, Handel, Verkehr und Kreditwesen und endlich Arbeiterkammern wurden wieder aufgerichtet, um die Staatsregierung ständig bei ihrer Wirtschaftsgesetzgebung und in ihrer Verwaltung zu beraten.

Anbau und Ernte

Das Staatsamt für Land- und Forstwirtschaft hatte unendliche Mühe aufzuwenden, um Anbau und Ernte soweit als möglich zu sichern. Der Erfolg seiner Mühen wurde beeinträchtigt durch die Tatsache, daß die militärischen Operationen in den Ostländern just in die Zeit des Anbauens oder der ersten Pflege der meisten Kulturpflanzen fiel! So wird die Zuckerproduktion so gut wie gänzlich ausfallen. Was aber die Ernte betrifft, so sind die ärgsten Befürchtungen gerechtfertigt: Man halte sich vor Augen, daß beim reichsdeutschen Heere, bzw. in den Kriegsgefangenenlagern beinahe die ganze männliche Bevölkerung zwischen 18 und 60 Jahren sich befindet. Die Bauernfrauen haben mit Hilfe der Fremdarbeiter angebaut. Diese sind weg, ihre Männer noch nicht zurück. Das Land hat beinahe keine geschulten ländlichen Arbeitskräfte. Die Frauen sind durch die Kriegsereignisse verängstigt und getrauen sich beinahe nicht aus dem Hause. Dadurch, daß gerade die Ostländer Kriegsschauplatz wurden und nicht bloß Aufmarschraum für eine friedliche Besetzung,

sind die Bespannungen, die Motoren, die Arbeitsgeräte, die Lager-
räume usw. stark in Mitleidenschaft gezogen, und die äußersten An-
strengungen des Staatsamtes für Land- und Forstwirtschaft können
alle diese Ausfälle nicht wettmachen. Die Rote Armee hat zur Ge-
treideernte in dankenswerter Weise Bespannungen und Mannschaft
bereitgestellt und auch sonst geholfen, wo es ihr möglich war.

Volksernährung

Schon diese Umstände erklären zu einem Teil die katastrophale
Lage der Volksernährung. Sie ist naturgemäß deshalb viel bedroh-
licher als in den Westländern Österreichs, weil ja Besatzungstruppen
in viel geringerer Zahl auf dem Lande lasten als kämpfende Armeen.
Die kämpfende Armee aber muß unvermeidlicherweise vielerlei
Dinge vom Lande selbst nehmen und kann mit den vorhandenen
Lebensmittelvorräten unmöglich so sorgsam umgehen, wie Be-
satzungstruppen. Aber dies alles tritt zurück hinter einer funda-
mentalsten Tatsache.

Österreich als Land, in dessen Hauptstadt allein beinahe ein Drittel
der Bevölkerung wohnt und dessen Boden zu einem Großteil stei-
niges Alpenrevier ist, kann sich unter gar keinen Umständen selbst
ernähren.

Österreichs nutzbare Area

Nach dem Friedensvertrag von Saint-Germain umfaßt das öster-
reichische Staatsgebiet 7 628 467 ha. Davon sind nur 1 789 151 ha
Ackerland, das sind rund 23 % der Gesamtfläche. Der Aufbau der
österreichischen Bevölkerung nach Berufsgruppen zeigt demgemäß,
daß nur rund 27 % zur Land- und Forstwirtschaft gehören und sich
selbst erhalten können. Die restlichen 73 % sind Nichtselbstversorger,
wobei der Anteil der Bevölkerung Wiens rund ein Drittel beträgt.
Nur die Einheit des gesamten Staatsgebietes gewährleistet einen un-
gehinderten Wirtschaftsverkehr innerhalb Österreichs und damit so-

wohl den ernährungswirtschaftlichen Güteraustausch zwischen den Ländern (Kantonen) als auch die notwendige Lebensmittelzufuhr aus den Erzeugergebieten in die Konsumzentren, insbesondere in die Großstadt Wien. Die Bedarfsdeckung der Stadt- und Landbewohner muß daher einheitlich für das gesamte Staatsgebiet gelenkt werden. Eine Aufspaltung in vier verschiedene Zonen der Verwaltung würde vier auf die einzelnen Zonen abgestellte Versorgungspläne erfordern, deren Abstimmung und Angleichung sehr schwierig wäre und so viel Zeit in Anspruch nehmen würde, daß Versorgungsstörungen eintreten müßten.

Selbsthilfe in der Ernährung

Außerdem müßte die Forderung, Österreich solle auch selbst einen wesentlichen Beitrag zu seiner Ernährung leisten, von Anbeginn hinfällig werden, da ihr ohne einen einheitlichen, das gesamte österreichische Staatsgebiet überblickenden Aufbau der Ernährungswirtschaft und ohne entsprechende Handlungsfreiheit nicht einmal teilweise entsprochen werden könnte. Durch eine zweckmäßige Anbauplanung 1945/46 muß der gesamte österreichische Boden so ausgenützt werden, daß der Bedarf soweit möglich aus der heimischen Produktion gedeckt wird, wobei die Lebensmittelaufbringung und Verteilung unmöglich gebietsmäßigen Einzelregelungen durch die Besetzung der vier Zonen überlassen werden könnte, sondern nur von einer Zentralstelle geregelt und mit einer einheitlichen Lebensmittelkarte durchgeführt werden muß.

Für die Versorgung der Bevölkerung ist überdies die österreichische Lebensmittelindustrie, welche nach ihrer Struktur aus den Bedürfnissen des gesamten Staatsgebietes hervorging, ausschlaggebend — es handelt sich um etwa 700 große Betriebe mit zirka 28 000 Arbeitern. Eine Zonenaufteilung Österreichs würde unvermeidlich zu einer wirtschaftlichen Zersplitterung und zu einer starken Verringerung der Leistungsfähigkeit dieser Betriebe führen.

Eine verwaltungsmäßige Aufteilung Österreichs in Zonen muß

auch jede Transportplanung, welche die unerläßliche Vorbedingung für die gesicherte Abwicklung der Lebensmittelversorgung darstellt, ausschließen und den ernährungswirtschaftlichen Verkehr zwischen den Ländern sowie die zentrale Lenkung der Importe, vor allem aber die Versorgung Wiens erheblich und dauernd behindern, so daß besonders auch von diesem Gesichtspunkte aus die Forderung unterstrichen werden muß, das gesamte österreichische Staatsgebiet als wirtschaftliche Verwaltungseinheit zu betrachten und unter die neue, zentrale Staatsregierung zu stellen.

Für dieses kleine Land errechnet man für das kommende Wirtschaftsjahr die notwendige Getreidezufuhr aus dem Auslande auf 7 Millionen Doppelzentner Brotfrucht. So, wenn man das ganze österreichische Gebiet als Einheit in Betracht zieht. Nun aber häuft sich die Staatsbevölkerung in Wien, Niederösterreich und Steiermark an und ist hier überwiegend industriell tätig. Dieses Gebiet braucht die Westländer der Republik, weil diese doch einiges fruchtbares Ackerland und vor allem eine reiche Viehzucht beisteuern.

Zusammenfassend muß betont werden: Österreich kann überhaupt nicht ernährt werden, wenn sein Gebiet in vier Ernährungs-zonen zerfällt, ein einheitliches Ernährungsregime ist ganz unerläßlich. Dazu kommt, daß die Einfuhr vieler Lebensmittel nur kompensiert werden kann durch Produkte aller Landesteile, durch den Erzabbau im Osten, durch die Salzgewinnung im Zentrum, durch den Zuchtviehexport im Westen usw. Man zeichne auf die Landkarte eines europäischen Großstaates oder gar der Vereinigten Staaten von Amerika das winzige Staatsgebiet Österreich mit seinen 6 Millionen Einwohnern ein und mute dem so gewonnenen Zwerggebilde zu, autark zu wirtschaften! Und man wird die ganze Absurdität eines Vorgangs erkennen, der auch dieses kleine Staatsgebiet noch in vier Versorgungszonen teilen wollte! Wer diese Dinge durchdenkt, wird sich nicht wundern, daß Niederösterreich und Steiermark sofort nach ihrer Besetzung in eine solche Nahrungsnot geraten sind, daß es zweimal durch die freiwillige und hochherzige Zuwendung russischer Lebensmittel vor einer Katastrophe gerettet werden mußte.

Die Staatsregierung hat es deshalb nicht unterlassen, der Regierung der Sowjetunion und ihrem Generalissimus Stalin aus aufrichtigem Herzen für die spontane Hilfeleistung zu danken.

Handelspolitik

Eine mögliche Korrektur des Übels liegt in einer Handelspolitik, die es ermöglicht, durch die Überschußprodukte der eigenen Industrie die Nahrungsmittelzufuhr aus dem Auslande zu decken. Die Notwendigkeit einer solchen Handelspolitik erklärt viele Erscheinungen in der Geschichte der ersten Republik Österreichs, die im Auslande immer und immer falsch gewertet werden. Im Jahre 1918 befand sich die junge Republik im Innern in ähnlicher Lage wie heute, nach außen zu aber in einem durchaus feindlichen Gegensatz zu den Sukzessionsstaaten, die sich von Österreich eben feindselig getrennt hatten und alle Tendenzen verrieten, ihr neu errichtetes Staatswesen von Österreich abzuschließen. Diese Angst vor der völligen Isolierung, vor der Unmöglichkeit einer produktiven Handelspolitik hat 1918 die Österreicher, denen damals — wie zu allen Zeiten — in ihrer großen Mehrheit eine nationalistische Ideologie fernlag, zwangsläufig dahin geführt, als einzigen Ausweg die Verbindung mit dem Deutschen Reich zu erklären. Nationalistische Beweggründe bestanden damals wie alle Zeit nur auf Seite jener Minderheit der Alpenländer, die ziffernmäßig mit etwa einem Fünftel der Wählerschaft zu werten ist. Jedes Volk will leben; kann es mit dem einen Nachbarn nicht, so sucht es begreiflicherweise den anderen.

Handelsfreiheit, Lebensnotwendigkeit Österreichs

Und wir wagen es, dieselbe Raison auch jetzt ins Feld zu führen. Will man ein dauernd beruhigtes Österreich, so muß dieses Österreich leben können, leben kann es nur im freundschaftlichen Austausch aller Güter mit allen Nachbarn! Und deshalb hat die Staatsregierung in einer Eingabe, die sie auf dem einzigen damals offenen

Wege über Moskau an die Mächte zu richten versucht hat, händelnd gebeten, man möge unpräjudizierlich der definitiven Anerkennung, der Regierung gestatten und ermöglichen, sofort in Austausch- und Kompensationsverträge mit allen Nachbarn einzutreten. Leider erwies sich dies ohne vorangegangene Anerkennung der Regierung als unmöglich, und darum hat die Provisorische Staatsregierung Woche für Woche, Tag für Tag auf den Moment gewartet, wo Österreich wenigstens die außenpolitische kommerzielle Handlungsfähigkeit gegeben wird und wo der Einfluß der Weltmächte auch unsere Nachbarn veranlaßt, in solche Verhandlungen einzutreten. Solche Kompensationsverhandlungen aber können nur dann von österreichischer Seite wirksame Austauschobjekte bieten, wenn die Produkte aller Besatzungszonen einheitlich zur Kompensation angeboten werden. Keine Zone kann für sich allein in irgendeiner Weise nutzbare Verträge abschließen. Die Verspätung dieser Anerkennung hat Österreich unendlichen Schaden gebracht. Die gegenwärtige Provisorische Staatsregierung war allezeit und ist auch heute bereit, jegliches Opfer auf sich zu nehmen, wenn dieses dazu führt, dem Lande und Volke die internationale Fähigkeit und Freiheit zu handeln, wiederzugeben.

Kohlennot

Obwohl Österreich einige wertvolle Rohstoffe besitzt, wie Erz, Magnesit, Erdöl, Salz und Holz, fehlt ihm doch der wichtigste, die Kohle. Unsere Kohlenvorkommen sind durchaus unbeträchtlich. Zu unserem großen Bedauern gestaltet sich auch die Einfuhr aus der Tschechoslowakei — wenigstens für den Augenblick — noch problematisch, und auch unser Eisenbahnwesen ist derart durch die Kriegereignisse gestört, daß die Zufuhr erschwert ist. Die Eisenbahnbrücken über die Donau nächst Wien sind sämtliche zerstört, unsere Bahnen sind bei der Gebirgigkeit des Landes durch die Kriegseinwirkungen außergewöhnlich stark betroffen und schwer wiederherzustellen.

Transportnot

Zur Stunde dürfte der Zivilverkehr auf den Bahnen, den man mit dem Blutkreislauf im menschlichen Körper verglichen hat, kaum ein Zehntel des normalen Friedensverkehrs ausmachen. Man bedenke zum Vergleiche, ob ein menschlicher Körper mit einem Zehntel des normalen Blutkreislaufes leben könnte! Motorfahrzeuge sind in den östlichen Ländern außerordentlich wenige intakt geblieben. Sie sind so spärlich, daß ihr Wegfallen vielfach selbst die Reparaturarbeiten unmöglich macht. Die Donauschiffahrt, die Österreich vom Osten her zu einem guten Teil versorgt hat, ist aus Mangel an Schiffen ganz unzulänglich. Das Gesamtbild, das demnach unsere Wirtschaft bietet, verrät in allen seinen Zügen die drohende Gefahr, in der das österreichische Volk besonders angesichts des bevorstehenden Winters schwebt.

Die russische Besetzungsmacht hat in dankenswerter Weise der Provisorischen Staatsregierung inzwischen erlaubt, mit jenen Nachbarländern, die gleichfalls unter ihrer Besatzung stehen, Verhandlungen über Kompensationslieferungen einzuleiten. Schon die ersten Schritte auf diesem Wege stoßen auf die große Schwierigkeit, daß die Nachbarländer staatlich in kaum geringeren, manche in größeren Schwierigkeiten stecken als Österreich. Es zeigt sich hier wie überall, daß die kleineren Staaten, die vom Kriege heimgesucht worden sind, aus eigenem Antrieb und eigenen Kräften ohne Anleitung und Unterstützung der drei Weltmächte nur außerordentlich schwer und schleppend zu positiven Entschlüssen gelangen können. In der Vereinsamung, in der sich Österreich durch die ganzen drei Monate befand, hat Rußland als einzige Großmacht uns die Hand zu bieten Gelegenheit genommen und Bereitschaft gezeigt.

Währung

Alle wirtschaftlichen Tendenzen fließen zusammen in ihrer höchsten Manifestation, in der Währung des Landes und in dessen Bank-

wesen. Da Österreich nicht nur mit Marknoten überflutet, sondern auch durch die Finanzpolitik des Deutschen Reiches mit reichsdeutschen Kreditpapieren übersättigt ist, steht die Republik Österreich auf diesem Boden vor den ernstesten Auseinandersetzungen mit dem Deutschen Reiche. Fast alle Kreditinstitute weisen als größtes Aktivum Reichsschuldverschreibungen aller Art auf. Fallen diese dahin, so reißen sie in ihrem Sturz auch Österreichs Wirtschaft mit! Diese Bedrohung liegt wie ein Alpdruck auf der ganzen Bevölkerung Österreichs und also auch auf den Seelen aller Regierungsmitglieder.

Als erste Abwehrmaßregel gegen die Inflation hat die Staatsregierung eine Notenabstempelung und die Rückkehr zu einer werttragenden Schillingwährung beschlossen. Darin besteht offensichtlich der erste Schritt zur Gesundung der Wirtschaft. Mehrere Wochen liegen nun die beschlossenen Gesetze unveröffentlicht in der Schublade des Kanzlers. Die Maßregel kann ihrer Natur nach nur für das ganze Staatsgebiet in einem Zuge durchgeführt werden. Aber der Augenblick dieser Vereinigung ist durch die Peripetien des allgemeinen Weltgeschehens immer wieder hinausgerückt worden. Diese entscheidende Maßregel, die Loslösung Österreichs von Geldwesen und Wirtschaft des Deutschen Reiches, welche die erste hätte sein sollen, kann noch immer nicht vollzogen werden. Daß sie notwendig ist und bevorsteht, weiß jeder Mann im Lande und weiß auch das Ausland. Die Folge davon ist, daß bei unseren ungeschützten Grenzen immer mehr, immer höhere Markbeträge ins Land hereinsickern und die Hauptziele der Reform illusorisch zu machen drohen.

Staatsfinanzen

Bei der absoluten Ungewißheit, wohin die ungesteuerte Währung unter diesen Umständen sich entwickeln wird, sind auch die Staatsfinanzen über das nötige Maß hinaus unsicher geworden. Es besteht keine Möglichkeit irgendeiner halbwegs zuverlässigen Budgetierung. Der Finanzminister kann es nicht wagen, die Gehalte voll auszuführen, und durch Monate muß sich jeder, auch der höchste Staats-

beamte einschließlich des Kanzlers und Staatssekretärs mit einem Monatsbezug von 150 RM begnügen. Dabei hat die gesamte Bevölkerung der Staatsregierung in der handgreiflichsten Weise ihr einmütiges Vertrauen dadurch votiert, daß sie durch Aufforderung der Regierung ihre Spargelder beinahe restlos den Kreditinstituten anvertraut hat. Zur Durchführung der Notenabstempelung, dieses erstgebotenen Schrittes zur Gesundung unserer Volkswirtschaft, hat die Regierung der Sowjetunion der Provisorischen österreichischen Staatsregierung — nebst einem vorangegangenen Überbrückungskredit von 200 Millionen — einen Manipulationskredit von 400 Millionen Reichsmark gewährt. Der Betrag liegt in den Schranken der Finanzverwaltung und wartet, bis der Zusammenschluß des ganzen Staatsgebietes unter eine Regierung dieser die Möglichkeit zum Handeln gibt.

V.

DIE NOTWENDIGKEIT DER ANERKENNUNG DIESER REGIERUNG

Diese kursorische Übersicht mag den Beweis erbringen, daß die Provisorische Staatsregierung es an nichts hat fehlen lassen, um die Republik Österreich neu aufzurichten und aus der Katastrophe dieses Weltkrieges herauszuretten. Die Übersicht beweist aber auch, daß die Regierung während dieses sorgenreichen Kampfes von drei Monaten nicht einen Augenblick der vollen einmütigen Zustimmung des ganzen Volkes entbehrt hat. Im Vertrauen auf diese Regierung hat es unsagbare Entbehungen, konstante Unterernährung, Verzicht auf Heizung seiner Herde und Beleuchtung seiner Wohnungen, die Behinderung jeder Bewegung von Ort zu Ort auf sich genommen. Die öffentlichen Angestellten haben sich durch volle drei Monate mit einem Höchstbezug von 150 RM im Monat beschieden und nicht anders die Arbeiter in den Fabriken. Auch nicht die geringste Unruhe hat sich in den Städten und auf dem Lande gezeigt, mit Ausnahme unbedeutender Demonstrationen gegen Nationalsozialisten. Trotz all den Schwierigkeiten beginnt das bürgerliche Leben sich allmählich wieder zu regen. Die so begonnene Aufbauarbeit aber kann kaum weiter und sicherlich nicht zu Ende geführt werden, wenn nicht diese Staatsregierung in solcher Zusammensetzung und mit Wirksamkeit über das geeinigte Staatsgebiet die Anerkennung der Großmächte findet.

Es ist selbstverständlich und wurde am ersten Tage der Einsetzung dieser Regierung auch öffentlich von ihr kundgetan, daß in dem Augenblicke, wo die Verbindung mit den anderen Ländern der Republik offensteht, die Staatsregierung ohne Verzug zu einer Länderkonferenz die Vertreter aller Länder nach dem Vorbild von 1918 einberufen und nach den Wünschen und Bedürfnissen dieser Länder

einvernehmlich neu gestalten wird. Dieses bindende Versprechen kennen die Vertreter aller Länder Österreichs schon längst, und das Vorbild von 1918 verbürgt ihnen, daß es redlich erfüllt werden wird.

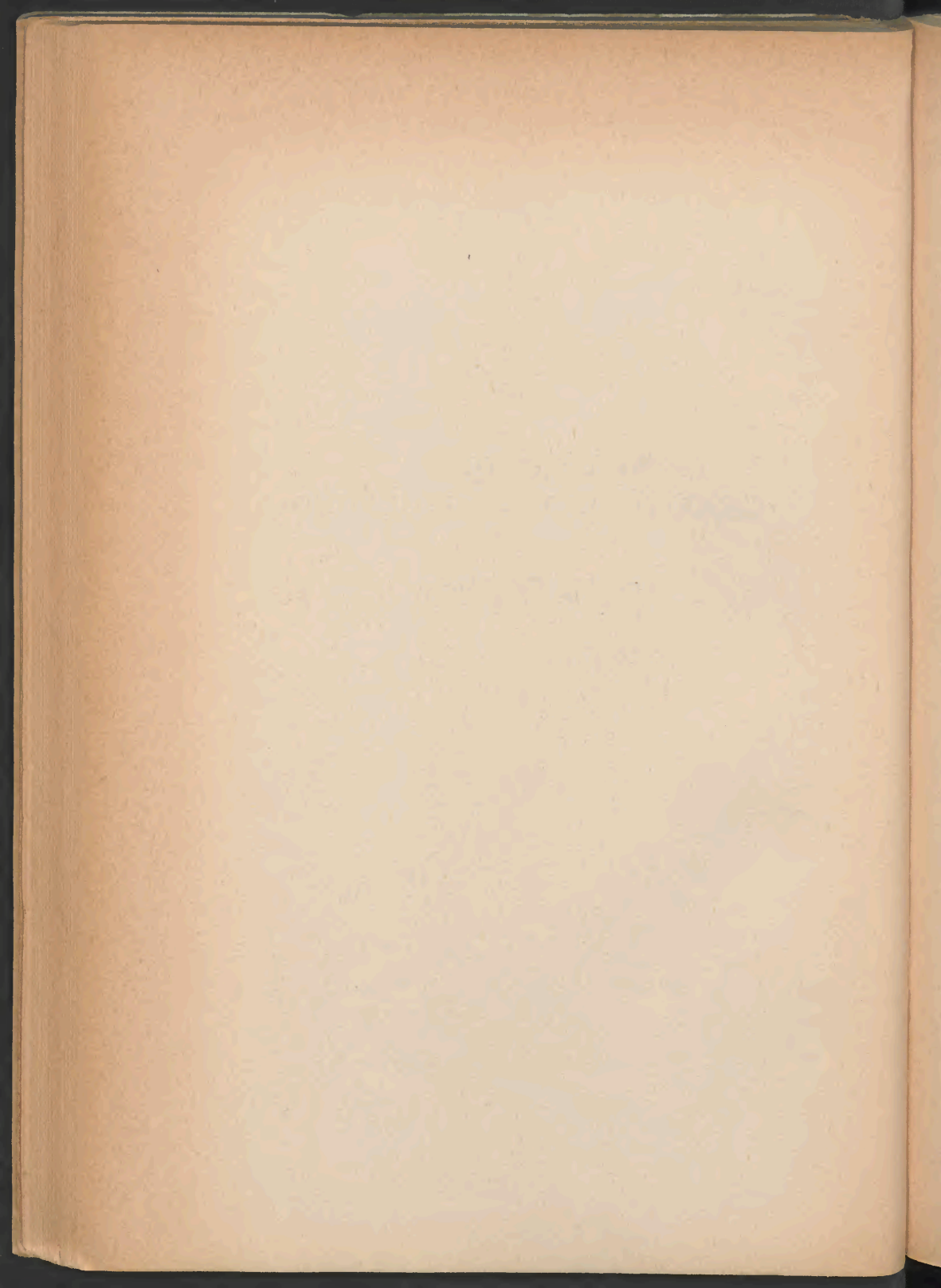
Es ist aber kaum erfindlich, wie auf demokratischem Wege eine Regierung anders gebildet werden könnte, als durch das Einvernehmen aller drei antifaschistischen, antinazistischen, demokratischen Fraktionen. Jede andere Lösung wäre für den Wiederaufbau der Republik Österreich bedenklich, wenn nicht geradezu gefährlich. Denn welche der drei Fraktionen könnte ausgeschlossen oder verhältnismäßig zurückgesetzt werden, ohne daß der von ihr vertretene Teil der Bevölkerung im höchsten Grade beunruhigt würde? Oder umgekehrt, welcher Teil der Bevölkerung könnte durch die von dieser Regierung vertretene Methode ernsthaft und mit Grund beunruhigt werden, solange er weiß, daß ohne Zustimmung seiner Fraktion nichts beschlossen werden kann? Es sind kleine Interessentengruppen, die sich gegen die dargestellte Lösung des Staatsproblems auflehnen mögen, nicht aber verantwortungsbewußte Parteien des Volkes.

Diese Regierung betrachtet sich als bloße Übergangsregierung — das allein schließt irgendwelche grundstürzende Änderungen in politischer oder sozialer Hinsicht aus. Es schließt aber auch aus, daß ein Faschismus irgendwelcher Prägung, ob Mussolinischer oder Hitlerscher oder sonstwie genannter Art Raum gewinnen darf, wenn die antifaschistische und demokratische Grundidee des Weltkrieges auch für unser kleines Land Geltung behalten soll.

Die Provisorische Regierung der Republik Österreich hofft, daß es ihr gestattet sein wird, ihre Aufgabe als Übergangsregierung zu Ende zu führen und das Land ohne Rückfall in überwundene antidemokratische Strömungen auf der bewährten demokratischen Grundlage der Verfassung von 1929 zu Neuwahlen zu geleiten, durch die das österreichische Volk sein Schicksal in die eigene Hand nehmen wird.

BILDUNG DER
ÖSTERREICHISCHEN REGIERUNG

Offizielle Dokumente



I.

PROKLAMATION

Angesichts der Tatsache,

daß der Anschluß des Jahres 1938 nicht wie dies zwischen zwei souveränen Staaten selbstverständlich ist, zur Wahrung aller Interessen durch Verhandlungen von Staat zu Staat vereinbart und durch Staatsverträge abgeschlossen,

sondern durch militärische Bedrohung von außen und den hochverräterischen Terror einer nazifaschistischen Minderheit eingeleitet, einer wehrlosen Staatsleitung abgelistet und abgepreßt,

endlich durch militärische kriegsmäßige Besetzung des Landes dem hilflos gewordenen Volke Österreichs aufgezwungen worden ist,

angesichts der weiteren Tatsachen,

daß die so vollzogene Annexion des Landes sofort mißbraucht worden ist,

alle zentralen staatlichen Einrichtungen der ehemaligen Bundesrepublik Österreich, seine Ministerien und sonstigen Regierungseinrichtungen zu beseitigen und deren Bestände nach Berlin wegzuführen, so den historisch gewordenen einheitlichen Bestand Österreichs aufzulösen und vollkommen zu zerstören,

Österreichs Hauptstadt Wien, die vielhundertjährige glorreiche Residenzstadt, zu einer Provinzstadt zu degradieren,

die Bundesländer aller ihrer geschichtlichen Selbstregierungsrechte zu berauben und zu willenslosen Verwaltungssprengeln unberufener und dem Volke unverantwortlicher Statthalter zu machen,

und darüber hinaus angesichts der Tatsachen,

daß diese politische Annexion Österreichs zur wirtschaftlichen und

kulturellen Beraubung Wiens und der österreichischen Bundesländer ausgenützt und mißbraucht worden ist,

die Österreichische Nationalbank aufzuheben und ihren Goldschatz nach Berlin zu entführen, alle großen Unternehmungen Österreichs reichsdeutschen Firmen einzuverleiben

und so das österreichische Volk aller selbständigen Verfügung über die natürlichen Quellen seines Wohlstandes zu berauben;

daß dieser Mißbrauch endlich dem österreichischen Volke auch seine geistigen und kulturellen Hilfsquellen verkümmert hat, indem er die unermesslichen Kunst- und Kulturschätze des Landes, welche selbst der harte Friede von Saint-Germain durch ein 20jähriges Verbot vor jeder Veräußerung geschützt hat, der Verschleppung außer Landes preisgegeben hat,

und endlich angesichts der Tatsache,

daß die nationalsozialistische Reichsregierung Adolf Hitlers kraft dieser völligen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Annexion des Landes

das macht- und willenlos gemachte Volk Österreichs in einen sinn- und aussichtslosen Eroberungskrieg geführt hat, den kein Österreicher jemals gewollt hat, jemals vorauszusehen oder gutzuheißen in stand gesetzt war, zur Bekriegung von Völkern, gegen die kein wahrer Österreicher jemals Gefühle der Feindschaft oder des Hasses gehegt hat,

in einen Eroberungskrieg, der von den Eisfeldern des hohen Nordens bis zu den Sandwüsten Afrikas, von der stürmischen Küste des Atlantiks bis zu den Felsen des Kaukasus

viele Hunderttausende der Söhne unseres Landes, beinahe die ganze Jugend- und Manneskraft unseres Volkes, bedenkenlos hingeopfert hat,

um zum Schlusse noch unsere heimatlichen Berge als letzte Zuflucht gescheiterter Katastrophenpolitiker zu benützen und kriegesrischer Zerstörung und Verwüstung preiszugeben,

angesichts dieser Tatsachen und in Hinblick darauf,

daß durch die drei Weltmächte in wiederholten feierlichen Deklarationen,

insbesondere in der Deklaration der Krimkonferenz und in der Konferenz der Außenminister Hull, Eden und Molotow zu Moskau Oktober 1943 festgelegt worden ist:

„Die Regierungen Großbritanniens, der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten von Amerika kamen überein, daß Österreich, das erste freie Land, das der Hitlerschen Aggression zum Opfer gefallen ist, von der deutschen Herrschaft befreit werden muß. Sie betrachten den Anschluß, der Österreich am 15. März 1938 von Deutschland aufgezwungen worden ist, als null und nichtig.

Sie geben ihrem Wunsche Ausdruck, ein freies und wiederhergestelltes Österreich zu sehen und dadurch dem österreichischen Volke selbst, ebenso wie anderen benachbarten Staaten, vor denen ähnliche Probleme stehen werden, die Möglichkeit zu geben, diejenige politische und wirtschaftliche Sicherheit zu finden, die die einzige Grundlage eines dauerhaften Friedens ist.“

Angesichts der angeführten Tatsachen und im Hinblick auf die feierlichen Erklärungen der drei Weltmächte, denen sich inzwischen beinahe alle Regierungen des Abendlandes angeschlossen haben, erlassen die unterzeichneten Vertreter aller antifaschistischen Parteien Österreichs ausnahmslos die nachstehende

Unabhängigkeitserklärung.

Art. I: Die demokratische Republik Österreich ist wiederhergestellt und im Geiste der Verfassung von 1920 einzurichten.

Art. II: Der im Jahre 1938 dem österreichischen Volke aufgezwungene Anschluß ist null und nichtig.

Art. III: Zur Durchführung dieser Erklärung wird unter Teilnahme aller antifaschistischen Parteirichtungen eine Provisorische Staatsregierung eingesetzt und vorbehaltlich der Rechte der besetzenden Mächte mit der vollen Gesetzgebungs- und Vollzugsgewalt betraut.

Art. IV: Vom Tage der Kundmachung dieser Unabhängigkeitserklärung sind alle von Österreichern dem Deutschen Reiche und seiner Führung geleisteten militärischen, dienstlichen oder persönlichen Gelöbnisse nichtig und unverbindlich.

Art. V: Von diesem Tage an stehen alle Österreicher wieder im staatsbürgerlichen Pflicht- und Treueverhältnis zur Republik Österreich.

In pflichtgemäßer Erwägung des Nachsatzes der erwähnten Moskauer Konferenz, der lautet:

„Jedoch wird Österreich darauf aufmerksam gemacht, daß es für die Beteiligung am Kriege auf seiten Hitlerdeutschlands Verantwortung trägt, der es nicht entgehen kann, und daß bei der endgültigen Regelung unvermeidlich sein eigener Beitrag zu seiner Befreiung berücksichtigt werden wird“,

wird die einzusetzende Staatsregierung ohne Verzug die Maßregeln ergreifen, um jeden ihr möglichen Beitrag zu seiner Befreiung zu leisten, sieht sich jedoch genötigt, festzustellen, daß dieser Beitrag angesichts der Entkräftung unseres Volkes und Verarmung unseres Landes zu ihrem Bedauern nur bescheiden sein kann.

Wien, den 27. April 1945.

Urkund dessen die eigenhändigen Unterschriften der Vorstände der politischen Parteien Österreichs:

Für den Vorstand der österreichischen Sozialdemokratie, nunmehr Sozialistische Partei Österreichs (Sozialdemokraten und Revolutionäre Sozialisten):

Dr. Karl *Renner* m. p.

Dr. Adolf *Schärf* m. p.

Für den Vorstand der Christlichsozialen Volkspartei bzw. nunmehr Österreichische Volkspartei:

Leopold *Kunschak* m. p.

Für die Kommunistische Partei Österreichs:

J. *Koplenig* m. p.

II. KUNDMACHUNG

Im Einvernehmen ausnahmslos aller antifaschistischen Parteien Österreichs und damit im Sinn und Willen der großen Mehrheit des österreichischen Volkes und in Übereinstimmung mit der Deklaration der Moskauer Konferenz:

„Die Regierungen Großbritanniens, der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten von Amerika geben ihrem Wunsche Ausdruck, ein freies und unabhängiges Österreich wiederhergestellt zu sehen“,

wird mit der Aufgabe, die selbständige und unabhängige Republik Österreich auf den Trümmern des Hitlerregimes wieder aufzurichten, die nachfolgende Provisorische Regierung eingesetzt:

1. *Staatskanzlei* (Präsidium, auswärtige Angelegenheiten, Heerwesen):

Staatskanzler: Dr. Karl Renner S. D.

Politischer Beirat des Staatskanzlers:

Staatssekretäre ohne Portefeuille:

Dr. Adolf Schärf S. D.

Leopold Kunschak C. S.

Johann Koplénig K. P.

eine Stelle offen L. B.

Unterstaatssekretär für *Heerwesen*:

Oberstleutnant Dr. Franz Winterer.

2. Staatsamt für *Inneres*:

Staatssekretär: Franz Honner K. P.

Unterstaatssekretäre: Oskar Helmer S. D.

eine Stelle offen C. S.

3. Staatsamt für *Volksaufklärung*, für *Unterricht* und *Erziehung* und für *Kultusangelegenheiten*:
Staatssekretär: Ernst Fischer K. P.
Unterstaatssekretäre: Dr. Karl Lugmayer C. S.
Josef Enslein S. D.
Unterstaatssekretär für *Kultus*:
Ministerialrat a. D. Ernst Hefel C. S.
4. Staatsamt für *Justiz*:
Staatssekretär: Dr. Josef Gerö parteilos
Unterstaatssekretäre: Dr. Altmann K. P.
Dr. Max Scheffenegger S. D.
Dr. Nagl C. S.
5. Staatsamt für *Finanzen*:
Staatssekretär: Ministerialrat a. D. Dr. Georg Zimmermann parteilos.
Unterstaatssekretäre: drei Stellen offen für parteilose Fachleute.
6. Staatsamt für *Ackerbau* und *Forstwirtschaft*:
Staatssekretär: Rudolf Buchinger C. S.
Unterstaatssekretäre: Alois Mentasti S. D.
Laurenz Genner K. P.
eine Stelle offen L. B.
7. Staatsamt für *Industrie*, *Gewerbe*, *Handel* und *Verkehr*:
Staatssekretär: Eduard Heigl C. S.
Unterstaatssekretäre: Ing. Karl Waldbrunner S. D.
eine Stelle offen K. P.
8. Staatsamt für *Volksernährung*:
Staatssekretär: Andreas Korp S. D.
Unterstaatssekretäre: Helene Postranecki K. P.
Josef Kraus C. S.
eine Stelle offen L. B.

9. Staatsamt für *soziale Verwaltung*:

Staatssekretär: Johann Böhm S. D.

Unterstaatssekretäre: Dr. Franz David K. P.

Alois Weinberger C. S.

10. Staatsamt für *öffentliche Bauten, Übergangswirtschaft und Wiederaufbau*:

Staatssekretär: Ing. Rudolf Raab C. S.

Unterstaatssekretäre: Heinrich Schneidmadl S. D.

eine Stelle offen K. P.

Die Provisorische Regierung wird sofort die Vorbereitungen zur Berufung einer Volksvertretung im Wege allgemeiner, gleicher und freier Wahlen treffen, wird diese, sobald die Kriegsumstände es gestatten, durchführen und der Volksvertretung ohne Verzug Rechenschaft ablegen.

III. REGIERUNGSERKLÄRUNG

Männer und Frauen von Österreich!

In den Tagen größter Bedrängnis durch Krieg und Kriegsfolgen richten wir an Euch alle unser Wort!

Rafft Euch auf! Wirkt zusammen zu unser aller Befreiung! Helft mit, das vormalige, unabhängige Gemeinwesen der Republik Österreich wieder aufzurichten!

Nur im Rahmen eines geeinigten Staates und mit Hilfe einer geordneten Staatsregierung ist Rettung möglich. Der einzelne Staatsbürger wie die vereinzelte Gemeinde kann nicht Schutz und Rettung bringen: Ohne Wiederaufbau Eures Staates gibt es kein Heil für Euch, für Eure Familien, für Euer Heim, für Eure Arbeits- und Betriebsstätten.

Die Nazifaschisten haben zuerst alle staatlichen Behörden und Ämter mit ihren stellunghungrigen Parteigenossen besetzt, haben jetzt, in der Stunde der Not, ihre Posten feige im Stiche gelassen und damit Land und Volk dem Chaos preisgegeben. Die Stunde ist gekommen, wo Ihr selbst alle Eure öffentlichen Einrichtungen auf demokratischem Wege wieder aufbauen müßt, Eure Gemeinden, Eure autonomen Bezirks- und Landesverwaltungen und Euren gemeinsamen Staat!

Viele Gemeinden, unter ihnen vor allem die Stadt Wien, haben mit diesem Werke bereits begonnen.

Nunmehr haben sich ausnahmslos alle antifaschistischen Partei-einrichtungen, die Sozialdemokraten, die Sozialrevolutionäre, die Christlichsozialen, die Kommunistische Partei, der antifaschistische Teil des Landbundes, damit alle Klassen und Berufsstände, Arbeiter, Bauern und Bürger, zusammengefunden, um eine Provisorische

Staatsregierung einzusetzen. Diese hat sich konstituiert und fordert nun von Euch allen, von jedem einzelnen, von Euren Gemeinden und Bezirken, von Euren sämtlichen öffentlichen Anstalten und Einrichtungen

verständnisvolle Mitarbeit und treue Folgeleistung.

Vergeßt nicht, daß diese ersten Schritte nur dadurch ermöglicht worden sind, daß die Rote Armee große Teile unseres Staatsgebietes vom Drucke der Hitlerarmee erlöst hat. Unsere Hauptstadt Wien sowie beträchtliche Teile von Niederösterreich und Steiermark sind zur Stunde von direkten Kriegsmaßnahmen frei und Herren ihrer selbst. Auf diesem Freiland ist es möglich geworden, eine Regierung zu bilden, die vorerst für das ganze Österreich handelt, nach Maßgabe der fortschreitenden Befriedung des Landes aus den hinzukommenden Gebieten Ergänzung oder Ersatz finden soll.

Die Gesamtregierung ist aus Vertretern aller antifaschistischen Parteien zusammengesetzt, und auch jedes Staatsamt wird, wenn es auch unter Führung des Staatssekretärs einer Richtung steht, von Unterstaatssekretären der anderen Richtung mitverwaltet — Parteilichkeit, Einseitigkeit und Willkür in der Verwaltung ist damit ausgeschlossen. Ihr könnt Euch darum ohne Vorbehalt und ohne Besorgnis der neuen Staatsleitung anvertrauen.

Tatkraft und Strenge müssen in der heutigen Lage unseres Landes herrschen, dabei aber ist durch die Zusammensetzung der Staatsregierung Unparteilichkeit und Gerechtigkeit verbürgt!

Nur jene, welche aus Verachtung der Demokratie und der demokratischen Freiheiten ein Regime der Gewalttätigkeit, des Spitzeltums, der Verfolgung und Unterdrückung über unserem Volke aufgerichtet und erhalten, welche das Land in diesen abenteuerlichen Krieg gestürzt und es der Verwüstung preisgegeben haben und noch weiter preisgeben wollen, sollen auf keine Milde rechnen können. Sie werden nach demselben Ausnahmsrecht behandelt werden, das sie selbst den anderen aufgezwungen haben und jetzt auch für sich selbst für gut befinden sollen.

Jene freilich, die nur aus Willensschwäche, infolge ihrer wirtschaftlichen Lage, aus zwingenden öffentlichen Rücksichten wider innere Überzeugung und ohne an den Verbrechen der Faschisten teilzuhaben, mitgegangen sind, sollen in die Gemeinschaft des Volkes zurückkehren und haben somit nichts zu befürchten.

Ihr alle aber, die Ihr Vaterland und Freiheit liebt, nehmt teil an dem Wiederaufbau der Republik Österreich!

Keine der drei beteiligten Weltmächte will anderes oder mehr als die Selbständigkeit und Unabhängigkeit Österreichs, als die Befreiung von der Hitlertyrannei von außen und von dem Terror des Faschismus im Innern. Keine will irgend eine Gebietsabtretung, keine einen Eingriff in die überlieferte innere staatsbürgerliche und wirtschaftliche Ordnung. Österreich soll sich innerhalb seiner Grenzen frei selbst regieren und selbst verwalten.

Feierliche Erklärungen aller drei verbündeten Weltmächte verbürgen uns diese Selbstbestimmung, die Unverletzlichkeit des Eigentums, die Freiheit aller religiösen Bekenntnisse, die staatsbürgerlichen Grundrechte und vor allem die Gleichheit vor dem Gesetze.

Alle erdenklichen Zweifel behebt in diesem Punkte die Erklärung der Sowjetregierung über Österreich, die besagt, daß ihr Ziel nicht sei, die gesellschaftliche Ordnung Österreichs zu ändern.

Nehme also jeder auf seinem Besitztum, in seiner Werkstatt, in seinem Bureau unbesorgt die Arbeit wieder auf, damit das normale Wirtschaftsleben so bald als möglich wiederkehre!

Zur Verwirklichung dieser Bürgschaften werden die sogenannten Nürnberger Gesetze Hitlers, seine Rassengesetze, aber auch alle seine sonstigen Anordnungen, die den Grundsätzen unserer Verfassung von 1920 widersprechen, für alle Zeiten aufgehoben und die staatsbürgerlichen Grundrechte wieder in Kraft gesetzt werden.

Zugleich mit diesen Aufgaben der Gesetzgebung wird die Staatsregierung ihre ganze Tatkraft für die Rettung unseres Volkes aus der wirtschaftlichen Drangsal, insbesondere vor der drohenden Hungersnot, sowie zur Behütung vor Seuchen einsetzen, Anbau und Ernte sicherzustellen suchen und neben einer bescheidenen Wehr-

macht eine ausreichende Sicherheitspolizei zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung wie zur Sicherung aller Wohn-, Betriebs- und Arbeitsstätten einrichten.

Alle diese Aufgaben können nur erledigt werden unter williger und wirksamer Mitwirkung des gesamten Volkes. Aber diese Mitwirkung wird oft, wo sie allein nicht ausreicht, den Beistand der Roten Armee erfordern.

Das Kommando der Roten Armee hat schon heute der Staatsregierung bei Erfüllung dieser Pflichten bereitwillig ihre Unterstützung zugesagt, zunächst für jene Teile des Staatsgebietes, die von kämpfenden Truppen schon befreit und unter ruhiger und normaler Besetzung stehen werden.

Es ist das gebieterische Interesse unseres Volkes, daß der längst verlorene Krieg beendet werde. Daher ist es unser aller Pflicht, mitzuhelfen, daß mit diesem Kriege Schluß gemacht werde. Darum fordert die Staatsregierung die österreichischen Soldaten, wo immer sie stehen, auf, wenn irgend möglich die Waffen niederzulegen, die reichsdeutschen Truppen aber, unsere Heimat in Ruhe und Ordnung zu verlassen. Unterstützt darum die Rote Armee in jeder Weise in ihrem Bestreben, den Waffengang abzukürzen und unserem Lande den Frieden wiederzugeben.

Die verzweifelte Katastrophenpolitik der Hitlerleute beabsichtigt die ganze Nation mit sich in den Abgrund zu reißen, beabsichtigt den Wahnsinn ihres Unterfangens zugleich mit der Schmach ihrer Untaten, die noch in ferner Zukunft auf dem deutschen Namen lasten wird, unter den Ruinen des Reiches und den Leichen seiner Bürger zu begraben: In dieser Absicht schreien sie in die Welt, die Zusammenarbeit mit den besetzenden Mächten sei Verrat an der Nation, und sie bedrohen so jeden, der mittut, sich selbst und sein Volk aus der Katastrophe mit den geringsten Opfern herauszuführen, mit neuerlichen Untaten.

Männer und Frauen Österreichs!

Verachtet diese Drohungen! Suchet das Verständnis und die Hilfe

der erreichbaren Befehlsstellen der Roten Armee! Arbeitet dort, wo die unmittelbaren Kriegshandlungen vorbeigezogen sind und der ruhigen Besetzung Platz gemacht haben, mit den Kommandos der Roten Armee zusammen — wir wissen, sie haben von ihrem Obersten Befehlshaber den Auftrag, nach Einstellung der Feindseligkeiten alle Bestrebungen der österreichischen Staatsregierung, das Land im Innern in geordnete Verhältnisse zurückzuführen und wirtschaftlich wieder aufzurichten, werktätig zu unterstützen.

Nach außen hin aber wird die Provisorische Staatsregierung sich bemühen, durch ihre Maßnahmen das Vertrauen der drei Weltmächte wiederzugewinnen, alle Bürgschaften für die künftige Erlösung des Landes von der Besetzung so rasch als möglich herbeizuschaffen und die Republik wieder in die Reihen der souveränen Staaten zurückzuführen. Sie wird sich bemühen, mit den zahlreichen Völkern, die Hitler mit Krieg überzogen hat, zu denen jedoch kein Österreicher jemals andere als Gefühle der Freundschaft gehegt hat, zu denen ein selbständiges Österreich niemals vorher in feindselige Beziehungen geraten ist und in Hinkunft geraten wird, Friedens- und Freundschaftsverträge zu schließen, vor allem aber mit seinen unmittelbaren Nachbarn, mit denen das österreichische Volk — trotz aller politischen Wirren der Vergangenheit — im Austausch der Wirtschafts- und Kulturgüter durch lange Jahrhunderte zusammengearbeitet und zusammengelebt hat.

Die wechselvollen, oft entzweierenden Auseinandersetzungen früherer Geschichtsepochen liegen seit der Aufrichtung der Republik im Jahre 1918 nunmehr länger als ein Menschenalter zurück, gehören der Vergangenheit an und sollen der Vergessenheit verfallen. Der Freistaat Österreich will in ungetrübter Freundschaft mit den Völkern des Donauraumes sich selbst leben und mit sämtlichen Nachbarn in Friede und Freundschaft zusammenarbeiten zum Besten aller.

Die Provisorische Regierung Österreichs begrüßt die Aufrichtung einer neuen politischen und wirtschaftlichen Weltordnung durch die drei führenden Weltmächte und alle ihre Verbündeten. Möge es der Republik vergönnt sein, bald an der Gemeinschaft aller Staaten und

Völker der Welt teilzuhaben und mit ihren bescheidenen Kräften und Mitteln mitzuarbeiten an den erhabenen Zielen, die diese Mächte sich gesetzt haben.

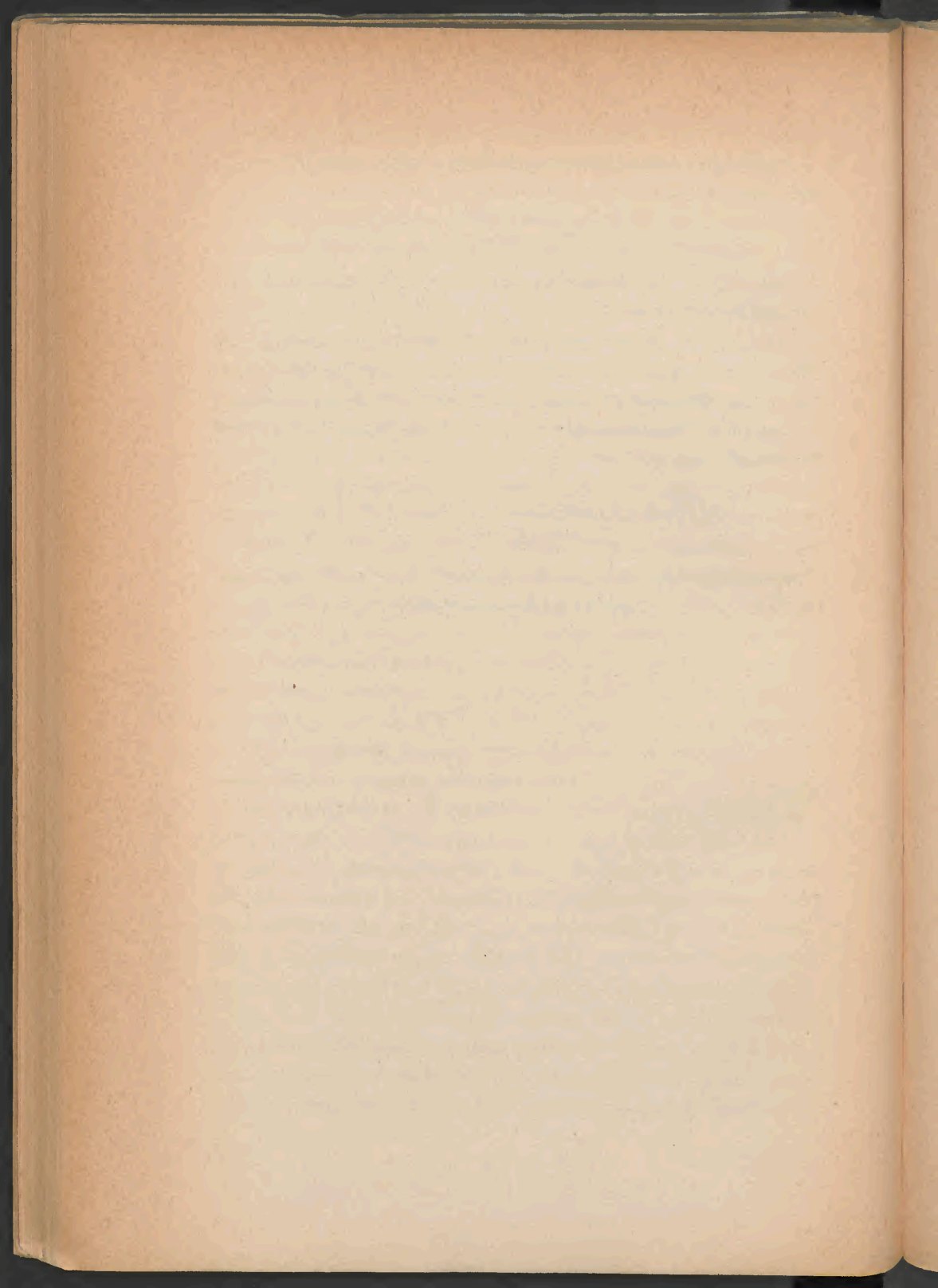
Österreicher!

Dies die Aufträge, die Eure Provisorische Regierung übernommen hat und durchführen will!

Verzagt nicht! Fasset wieder Mut! Schließt Euch zusammen zur Wiederaufrichtung Eures freien Gemeinwesens und zum Wiederaufbau Eurer Wirtschaft! Vertagt allen Streit der Weltanschauungen, bis das große Werk gelungen ist! Und folgt in diesem Geiste willig Eurer Regierung!

Es lebe das österreichische Volk, es lebe die
Republik Österreich!

Unterzeichnet vom Staatskanzler Österreichs Dr. Karl *Renner* und
den Regierungsmitgliedern



RECHENSCHAFTSBERICHT

*erstattet an den Nationalrat in dessen Eröffnungssitzung
am 19. Dezember 1945*

Hohes Haus!

Männer und Frauen aus ganz Österreich!

Endlich ist das Ziel erreicht, das sich die Provisorische Staatsregierung in der ersten Stunde ihres Bestandes gesetzt hat, endlich ist ihre nahezu achtmonatige Vorbereitungsarbeit durch den unverrückbar im Auge behaltenen Erfolg gekrönt.

Denn endlich steht die Staatsregierung vor der verfassungsmäßigen unbestreitbar rein demokratisch und frei gewählten Vertretung des österreichischen Bundesvolkes und der österreichischen Bundesländer!

Und endlich können die in der Provisorischen Staatsregierung vereinigten Vertreter der demokratischen Parteien vor Ihnen Rechenschaft ablegen und Sie bitten, die Würde und Bürde unseres Amtes von uns zu nehmen und in die Hände jener Persönlichkeiten zu legen, denen Sie kraft der Verfassung auf legalem Wege ihr Vertrauen zuwenden werden.

Wieso es zur Einsetzung der Provisorischen Staatsregierung kam, bedarf heute keiner Darstellung mehr. In zwei Publikationen „Denkschrift über die Geschichte der Unabhängigkeitserklärung Österreichs und die Einsetzung der Provisorischen Regierung der Republik“ und „Drei Monate Aufbauarbeit“ ist die breiteste Öffentlichkeit darüber unterrichtet worden, und wir bitten, diese Denkschriften als Teil dieses Rechenschaftsberichtes zu betrachten. Nur einige Feststellungen zu machen und durch die Aufgaben der letzten Monate zu ergänzen tut not.

Es war dem österreichischen Volke nicht gönnt, in offener Erhebung aus eigener Kraft die von außen aufgezwungene Herrschaft der Annexionsmacht und die Tyrannei seiner Unterdrücker im Inneren niederzuringen.

An den ernstesten Versuchen hat es das österreichische Volk nicht fehlen lassen. Dafür führen wir die noch ungezählten Blutzengen, die auf dem Schaffott geendet oder in den Konzentrationslagern verkommen sind, führen wir die glücklicherweise überlebenden Opfer der Widerstandsbewegungen als Zeugen.

Jene ausländischen Kritiker, die den Geschehnissen der siebenjährigen Versklavung fernstehen und die verneinen, es sei nicht genug geschehen, um uns im vollsten Wortsinne als befreites Volk anzusehen und uns von der Verantwortung des Krieges voll und ganz zu entlasten, werden Österreich mehr Gerechtigkeit widerfahren lassen, wenn wir sie daran erinnern:

Wie konnte ein physisch geknechtetes, moralisch durch die Propagandamethoden des Dritten Reiches beinahe überwältigtes, des eigenen Staates vollständig beraubtes und in die zusammenhanglose, unorganisierbare Summe einzelner Individuen aufgespaltenes Volk auf seinem schmalen Boden die Zertrümmerung des Faschismus bewerkstelligen und das vollbringen, was die Vereinigten Weltmächte durch ihr gesamtes Waffenaufgebot erst in einem Kriege von fünf Jahren zu bewerkstelligen vermochten?

Der Österreicher war seit 1938 ein Volk ohne Namen, ein Volk ohne Staat, ohne irgend ein Gemeinschaftsorgan. Er konnte sich nicht selbst befreien, und also ist er den alliierten Heeren, ihren kühnen Soldaten und siegreichen Heerführern allen anderen voran der Roten Armee, zum Danke verpflichtet: es mußte das Schwert zuerst die fesselnde Kette zerschlagen, bevor wir unsere Glieder rühren konnten! Die Kette zersprang, und Österreich stand auf, in allen seinen Dörfern und Märkten, Landstädten und Landeshauptstädten und vor allem in seiner Hauptstadt Wien, es stand auf, um sich vor allem das Instrument zu geben, ohne das eine Volksgesamtheit niemals wirksam handeln kann, das Instrument eines selbständigen Staates.

Ohne das Instrument des Staates hat bei der Wucht der heutigen Herrschaftsmittel jedes, auch manches große Volk sich hilflos erwiesen.

Diese Aufgabe zu erfüllen, war das nächste materielle Ziel der Provisorischen Regierung, ihr nächstes moralisches Ziel aber war:

Die geistige Wiedererhebung unseres Volkes! Seine Wiederbesinnung auf sich selbst!

Sieben Jahre lang hatte dieses Volk kein freies Wort, keine Stimme aus der gesamten Kulturwelt vernommen — nichts als großsprecherische Verheißungen eines tausendjährigen Reiches des Wohlstandes, gepaart mit blutiger Bedrohung jedes Widerspruches. Sieben Jahre lang hatte man nichts unterlassen, um jede Eigenart unseres Volkes, alle seine geschichtlichen Erinnerungen, die stolzen wie selbst die tragischen, in den Gehirnen der Jugend auszumerzen, und hatte man versucht, das Dritte Reich mit der 1248 untergegangenen babenbergischen Ostmark zu verknüpfen.

Es galt also, unser eigenes Volk geistig wieder aufzurichten und dabei ihm alle altvertrauten heimischen Institutionen, seine uralte Gemeinde- und Länderautonomie, seine 1918 bis 1920 selbst geschaffenen staatlichen Daseinsformen wieder zu geben und alles restlos auszutilgen, was sogenanntes nationalsozialistisches Gedankengut — die Nürnberger Prozesse haben dessen wahren Charakter der schauernden Mitwelt hinterher enthüllt — in den Gehirnen und Herzen angerichtet hatte.

Und siehe: Unser ganzes Volk hat sich sofort in den überlieferten Einrichtungen heimisch gefühlt, alles Fremdtum begeistert von sich geworfen, freudig sich zum wiedererstandenen Österreich bekannt und bis hinab zum letzten Dorf mitgetan an der Aufrichtung der zweiten Republik!

Und so hat das österreichische Volk — es sei ihm dieses Zeugnis auszustellen uns Männern der Provisorischen Staatsregierung gestattet — den zweifachen Beweis erbracht:

erstens, daß es selbst und allein den Willen und die Kraft besitzt, das Land von allem Nazitum restlos zu säubern;

und zweitens, daß es reif und gewillt ist, in seinem wieder aufgebauten, freien Staatswesen sich selbst so klaglos zu regieren und zu verwalten, wie es dies in den freien Jahren der ersten Republik vermocht hat, solange und soweit es nicht von außen her durch faschistischen Einfluß gestört und irreführt worden war.

Dieses willenlos in zwei Weltkriege verstrickte und durch zwei Weltkriege schwer geprüfte Volk hat weiter durch sein musterhaftes Verhalten in diesen acht Monaten der Wiedererhebung bewiesen, daß es verdient, sich selbst zu regieren, daß es der vollen Freiheit würdig ist.

Freilich — der Krieg gehorcht seinen eigenen Gesetzen, Kriegsergebnisse sind nicht ungeschehen zu machen, und der gewaltige Kriegsgott schreitet über schuldige und schuldlose Opfer hinweg. Wir dürfen wohl, man verzeihe uns das, immer wieder darüber klagen, aber wir können es nicht ändern. Die Würfel sind so gefallen, daß unser Land von vier Großmächten zugleich besetzt und unser Volk in die Einflußsphäre der vier siegreichen, großen Nationen geraten ist, eine Tatsache, auf deren Tragweite ich noch zurückkommen will.

Daraus ist uns das in der Geschichte wohl beispiellose Problem gestellt worden: Eine einheitliche Zivilregierung und Zivilverwaltung neben vier Militärregierungen einzurichten mit der doch unbestreitbar gegebenen Aussicht, einmal, in der Fülle der Zeit, nach vollzogenem Friedensschluß diese vierfache Verwaltung ganz abzulösen und dann erst in Wahrheit frei zu sein.

Denn einmal, so hoffen, so beten wir, muß ja doch dem unglücklichen Europa die allgemeine Befriedung zuteil werden. Und täglich und stündlich hat sich die Provisorische Regierung die Frage vorgelegt: Ist dieser Zustand der Selbstregierung für dieses kleine Land Österreich, nachdem sein Volk seine Friedensliebe, seinen Willen zur Freiheit und seine Fähigkeit und Bereitschaft, sich selbst zu regieren, so offenkundig erwiesen hat, ist dieser Zustand nicht — wie in anderen befreiten Ländern — für uns herbeizuführen schon bevor das gesamte europäische und die Probleme der ganzen Welt gelöst sind? Können wir nicht früher, ja ehebaldigst von einem befreiten zu einem wirklich freien Volk werden?

Wir haben uns damit abgefunden: Wir können den Gesetzen des Krieges nicht entrinnen, aber wir hoffen, da wir unsere Friedfertigkeit erwiesen haben, die Rechte des Friedens so bald als möglich genießen zu können.

Unbestreitbar und dankenswert sind uns die alliierten Mächte auf diesem Wege zur Einheit entgegengekommen. Sie haben uns nicht nur in allen Bedrängnissen auf das wohlwollendste unterstützt, wofür wir ihnen von dieser Stelle aus noch einmal aufrichtigen Dank sagen, sie haben uns auch gestattet, drei Länderkonferenzen abzuhalten und so die wahre Gesinnung aller Länder der Republik zu erkunden.

Die Welt horchte auf — wie werden sich die durch die Annexion auseinandergerissenen und an das Reich gegliederten Teile verhalten?

Und siehe da: Vom Burgenland bis zum fernen Vorarlberg, von der Thayagrenze im Norden bis zum Karawankenwall im Süden ein einmütiges, freudiges, vorbehaltloses Bekenntnis zu Österreich!

Ein selbstbewußtes, auf seine eigene Art stolzes Bekenntnis zur gemeinsamen Staatlichkeit wie zur Autonomie der Teile, kurz zu allen vertrauten, überlieferten, geheiligten Einrichtungen der demokratischen Republik Österreich!

Und damit auch ein vorbehaltloses Bekenntnis zur Provisorischen Staatsregierung! Es waren stolze Tage für alle Österreicher und Tage freudiger Genugtuung für die Provisorische Staatsregierung!

Das totgesagte, das zum Tode verurteilte, das aus der Sprache der Gesetzbücher ausgelöschte Österreich war unzweifelhaft und unzweideutig wiedererstanden!

Von nun ab gelte in Wahrheit und unzerstörbarer Wirklichkeit: Österreich wird ewig stehen!

Die stolze Freude über dieses Ergebnis hat der Staatsregierung Mut gemacht, die unerhörten Schwierigkeiten des Wiederaufbaues entschlossen ins Auge zu fassen. Es sei mir erspart, sie im einzelnen zu erläutern, ich führe bloß an:

Die Schwierigkeiten der Ernährung — ein Haus, in dem die Vorratskammern von der Küche durch die Zonengrenzen abgemauert sind!

Die Schwierigkeiten, für Herde und Essen den Brennstoff zu besorgen — die Lagerungsstätten liegen zumeist im Auslande!

Die Schwierigkeiten, das Volk vor Seuchen zu schützen — die Schrankfächer der Apotheken sind gefüllt mit leeren Phiolen!

All das verschärft durch die Tatsache, daß alle Verkehrsmittel

durch den Krieg reduziert und zugleich alle Verkehrswege durch die Zoneneinteilung unterbunden sind!

Kein Lebewesen kann fortleben, wenn sein Blutkreislauf lange auf die Hälfte, auf ein Viertel oder gar auf ein Zehntel reduziert ist: Der Verkehr ist der Blutkreislauf des Wirtschaftslebens — er spielt sich noch heute nur in niedrigen Prozentsätzen des Friedensstandes ab! Das sagt genug!

Die Provisorische Staatsregierung hat alle Energien der wirtschaftlichen Staatsämter auf den Wiederaufbau gewendet. Wie aber könnte ein Landwirt beim größten Fleiße und bei höchster Erfahrung sein Gut wieder in die Höhe bringen, wenn seine Felder von den Scheunen, seine Stallungen von den Feldern, seine Erzeugnisse von den Märkten durch unübersteigbare Mauern getrennt sind? Dies ist mutatis mutandis das Wiederaufbauproblem der österreichischen Wirtschaft!

Und nicht nur das! Über Österreichs Volkswirtschaft schwebt eine schwere Bedrohung, die umso niederdrückender wirkt, weil ihre Art und ihr Umfang noch unbekannt und gänzlich unberechenbar sind.

Der junge Landwirt tritt seine Wirtschaft an, indem er sein väterliches Erbe zu betreuen übernimmt. Unser Volk ist in ähnlicher Lage: Trotz den Einbußen zweier Weltkriege hat der Österreicher als die Frucht der Tätigkeit vieler vorangegangener Geschlechter ein Erbgut übernommen, das ihm und allen seinen nachfolgenden Geschlechtern zur Fristung und Sicherheit des Lebens dienen soll: seinen Grund und Boden, seine Werkstätten und Fabriken, seine Verkehrseinrichtungen und Kreditinstitute.

Und nun steht er vor der quälenden Frage:

Gehört das alles noch uns?

Die Annexion hat ihn vieler seiner Güter beraubt, beispielsweise des Goldschatzes seiner Bank, der Stütze seiner Währung: Wird er diese Güter zurückerhalten? Wie und von wem soll ihm Ersatz werden, da das Reich, das ihn beraubt hat, möglicherweise überhaupt nicht mehr oder nur in getrennten Teilen fortexistieren wird?

Die Annexionsmacht hat die wichtigsten Güter, vor allem die Schlüsselindustrien in das tituläre Eigentum des Reiches oder von

Reichsangehörigen zu bringen verstanden, teils mit List, teils mit Gewalt, teils in Rechtsformen, jedoch ausschließlich zu Kriegszwecken, die nicht unsere gewesen sind. Die Potsdamer Beschlüsse erklären — allerdings in nicht ganz klarer Weise, und diese Unklarheit läßt uns noch einen Hoffnungsschimmer —, daß alles deutsche Eigentum im Auslande den Siegern verfallen sei.

Findet eine solche Bestimmung auf uns Anwendung, so ist des Österreichers Volksgut, sein nationales Erbe, die Lebensbürgschaft der jetzigen und der kommenden Geschlechter in Frage gestellt.

Die Provisorische Staatsregierung hat diesem Problem, bevor es noch auf internationalem Forum zur Erörterung kommt, längst seine Aufmerksamkeit zugekehrt, ohne daß noch eine Handhabe besteht, es auf die Tagesordnung zu setzen. Es wird die Aufgabe der Volksvertretung und der kommenden Regierung sein, in den Rechtsstreit um unser Erbgut einzutreten, und es steht uns nicht zu, ihnen vorzugreifen.

Aber erwähnt muß diese Frage schon jetzt werden, um das österreichische Volk mit dem ganzen Ernst seiner Aufgabe zu erfüllen, die, wie man sieht, über alle Gegensätze der Weltanschauungen und politischen Bestrebungen hinweg alle Österreicher zur gemeinsamen Wahrung ihrer Interessen zusammenführen muß.

Erwähnt muß dieser Aufgabenkomplex auch im Hinblick auf das fundamentale Problem unserer Republik werden:

Österreichs Volk will seine Selbständigkeit und Unabhängigkeit, will nicht nur selbst den Frieden wahren, sondern alles dazu beitragen, daß der Friede Europas dauernd erhalten bleibe. Nicht zufällig haben sich die Heere der vier Weltmächte auf unserem Boden begegnet, er ist so augenscheinlich als Kreuzungspunkt aller Weltinteressen deklariert.

Was Österreich selbst will, das ist ihm auch durch den Willen der Siegermächte als Pflicht auferlegt. Mitten zwischen den Einflusssphären der Weltmächte gelegen und umgeben von größeren ehrliebenden und strebsamen Nationen, soll es als einer der schwächsten Souveränitätsträger seine Unabhängigkeit behaupten, und man ver-

sichert uns, daß Österreich im Interesse der Stabilität und des Friedens Europas durch seine Selbstbehauptung eine große Mission zu erfüllen habe.

Wir wollen es, wir sind entschlossen, diese Mission zu übernehmen — nicht aus Ehr- oder Machtliebe, sondern weil die politische Geographie uns dazu beruft. Aber wir müssen dabei die Mächte aufmerksam machen, daß die Erfüllbarkeit dieser Aufgabe nicht von uns allein abhängt.

Der Held in Ibsens Drama „Der Volksfeind“ erklärt: „Der Starke ist am mächtigsten allein.“ Der Schwache aber ist, so müssen wir ergänzen, allein machtlos und wird leicht zum Spielball der Mächtigeren. Wir wissen, daß wir eine Mission haben und wollen uns ihr unterziehen, aber wir kennen die Gefahren, die sie mit sich führt.

Die Maler und Bildhauer des Mittelalters haben uns mit der Athletengestalt des Christophorus vertraut gemacht, welcher das Heil der ganzen Menschheit in der Gestalt des Jesuskindleins auf seinen mächtigen Schultern trägt.

Es sei mir gestattet, dieses fromme Gleichnis ins Profane zu übertragen und in sein Gegenteil zu verkehren: Das kleine, schwache Österreich soll auf seine Schultern die Bürde einer europäischen, ja einer Weltmission nehmen und sie in aller Zukunft tragen!

Dieses Mißverhältnis der Welt der Großen klar zu machen, sind wir um unseretwillen und um der ganzen Welt willen verpflichtet.

Man mache uns stark genug, die Bürde zu tragen: Man gebe uns ein gesichertes und ausreichendes Staatsgebiet! Man gebe uns das Kanaletal und Südtirol zurück, das vor Gott und der Welt uns gehört und nur aus Kriegserwägungen 1919 uns entzogen wurde! Man gebe uns dadurch eine haltbare Verbindung mit dem Westen anstelle des bloßen Nordtirols, einer schmalen, von Norden und Süden eingesehenen und bedrohten Passage. Und man lasse nicht zu, daß die durch Volksabstimmungen vor einem Vierteljahrhundert festgesetzte Südgrenze der Republik neuerlich bestritten wird.

Man sichere unser wirtschaftliches Erbgut, gebe uns das Geraubte wieder und lasse uns in unseren Fabriken unser Brot verdienen,

damit wir darum nicht bei den reicheren Nachbarn bittlich werden müssen. Wäre es denn vorstellbar, daß auf die Dauer ein hilfloses Volk, gleichsam ein Bettler unangefochten auf seinem Haupte das Diadem der Souveränität trage und behaupte?

Wir werden trotz allem einer der Kleinen in der Familie der Völker bleiben, aber das verschlägt nichts unter bestimmten Voraussetzungen.

Ist es den Historikern der Weltmächte nicht aufgefallen, daß die erste Republik seit der österreichischen Ministerkonferenz im Mai 1919 zu Feldkirch, seitdem ich damals das Außenamt aus den Händen des Anschlußprotagonisten Otto Bauer übernommen habe, sich zur Selbständigkeit bekannt hat mit dem ausdrücklichen Hinweis darauf, daß die Gründung eines Völkerbundes in Hinkunft unsere Hilfe und Stütze und der Garant unserer Unabhängigkeit sein werde? Ist es ihnen entgangen, daß die erste Republik die Politik der Selbständigkeit behauptet hat bis zu dem Augenblick, wo der Völkerbund entzweibruch, wie sie erst dann zum Schutze vor dem einen Nachbarn sich in den Schutz des anderen begeben und endlich dem stärksten Nachbarn zum Opfer gefallen ist?

Österreich braucht, um als Schwacher seine Mission zu erfüllen, die Stütze der Vereinigten Nationen, jener Weltfriedensgemeinschaft, durch die allen, den Großen wie den Kleinen, die friedliche Selbstbehauptung verbürgt ist. Kaum ein Staatswesen wird seiner Natur nach ein so treuer und zuverlässiger Gefolgsmann der Vereinigten Nationen sein wie Österreich. Aber dieser Garant seiner Unabhängigkeit muß in Wahrheit erstehen und in Wirksamkeit bleiben, um Österreich nicht zum Spielball und zum Opfer seiner Umwelt werden zu lassen. Die Großen dieser Erde mögen wissen, daß Österreichs Bestimmung vor allem in ihren Händen liegt — an Österreichs gutem Willen wird es nicht fehlen.

Diese höchsten Interessen Österreichs wie seine Tagesinteressen zu wahren, wird in Hinkunft die Aufgabe der österreichischen Volksvertretung und der von ihrem Vertrauen getragenen Regierungen sein. Sie waren bisher Gegenstand der Fürsorge der Provisorischen Staatsregierung. Die Mitglieder des Hohen Hauses wissen, daß von

den wirtschaftlichen und sozialen Plänen der Staatsregierung nur wenig erfüllt werden konnte. Sie kann sich wohl zugute buchen, daß ihr die Erweckung des Volkes und die Wiederherstellung der Staatsmaschine in wahrhaft österreichischem Geiste gelungen ist.

Die Staatsmaschine ist wieder hergestellt und ist in Gang. Aber dieser Gang ist im inneren Räderwerk gehemmt und die Maschine nach außen noch nicht wirksam. Ihre ökonomischen und sozialen Ergebnisse können nicht befriedigen, und die Provisorische Staatsregierung ist sich dieser bescheidenen Erfolge ihrer Bemühungen wohl bewußt. Was wir erbitten, ist das Zugeständnis des Hohen Hauses, daß wir das Richtige gewollt und mit Ernst und Eifer betrieben haben. Möge man uns den Trost zubilligen, der in dem Worte liegt: In magnis volnise sat est.

Das erste Stadium des wiedererstandenen Österreich tritt in die Vergangenheit und geht mit unserem Rücktritt ein in die Geschichte unseres Volkes.

„Zu neuen Zielen führt ein neuer Tag“, und bald möge erscheinen der Tag unserer vollen Freiheit.

Im Namen aller Mitglieder der Provisorischen Staatsregierung bitte ich das Hohe Haus, uns die Anerkennung nicht zu versagen und stelle den Antrag:

Der hohe *Nationalrat* wolle beschließen:

Der *Nationalrat* der Republik Österreich als die frei gewählte, auf dem Willen des gesamten demokratischen Volkes beruhende verfassungsmäßige Vertretung *des österreichischen Volkes ohne Unterschied des Geschlechtes, der Rasse und des Bekenntnisses* tritt hiemit der von der Provisorischen Regierung am 27. April 1945 beschlossenen und im Staatsgesetzblatt Nr. 1 der Republik kundgemachten Proklamation bei und beschließt sie neuerlich als feierliches Bekenntnis des ganzen österreichischen Volkes zu seinem freien, selbständigen, unabhängigen und demokratischen Staatswesen.

Proklamation siehe Seite 69.

ERLÄUTERUNGEN

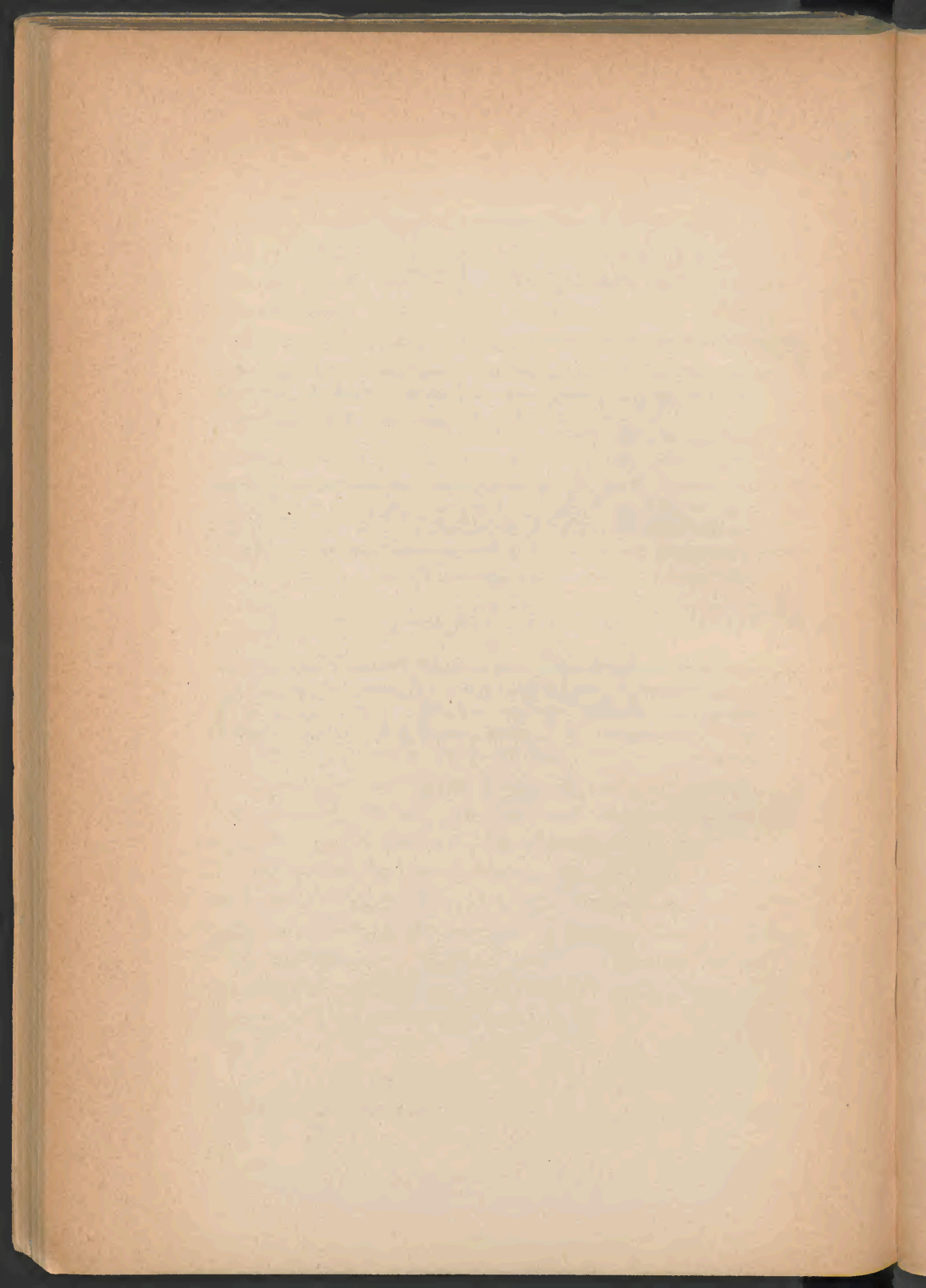
Der volle Wortlaut der Parteibezeichnungen ist:

SD: Sozialdemokratie. Diese Partei hat ihren Namen inzwischen in „Sozialistische Partei Österreichs (Sozialdemokraten und Revolutionäre Sozialisten SPÖ)“ zur Anerkennung des heldenmütigen Widerstandskampfes junger Genossen während der Verbotzeit geändert.

CS: Christlichsoziale Partei. Auch sie hat infolge des Zusammenschlusses mit dem anschlussgegnerischen Teil des ehemaligen Landbundes (LB) infolge der Neugliederung in die drei Bünde der Bürgerschaft, des Bauerntums und der Arbeiterschaft sowie der Neufassung ihres Programmes ihren Namen in „Österreichische Volkspartei ÖVP“ geändert. Sie ist so im Grunde eine neue Partei.

KP: bedeutet Kommunistische Partei Österreichs, in Hinkunft gekürzt in KPÖ.

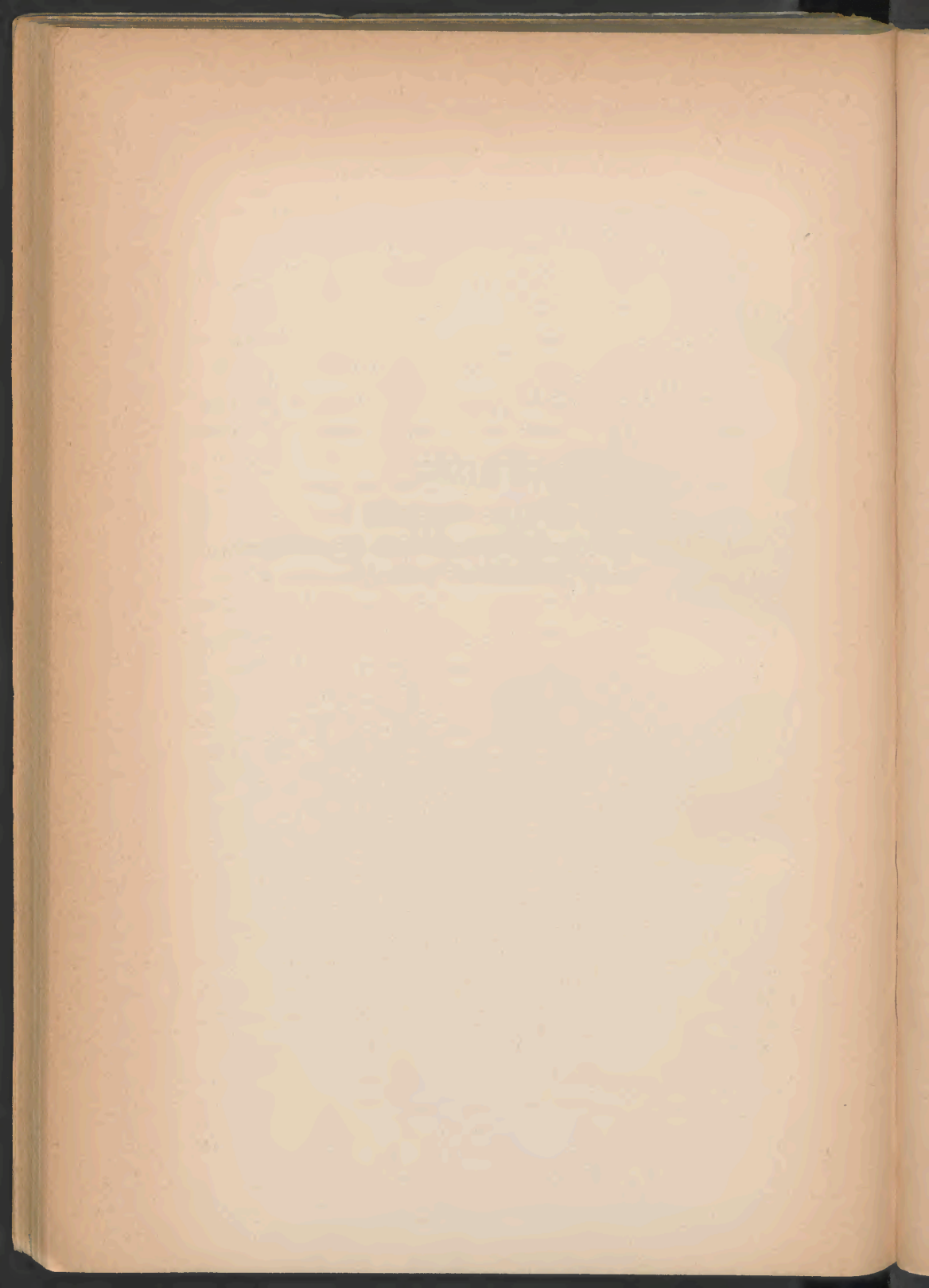
LB: Landbund. Dieser deutschnationale und antiklerikale Flügel des Landvolkes hat sich in Anschlussfreunde und Anschlussgegner gespalten; die ersteren sind infolge des Verbotsgesetzes aus dem öffentlichen Leben ausgeschieden, die letzteren haben sich mit der ÖVP verschmolzen. Der Landbund erscheint darum in späteren Staatsakten nicht mehr.



NACHWORT

VON PROF. J. R. VON SALIS

*Präsident der Gesellschaft zur Förderung der kulturellen Beziehungen
zwischen Österreich und der Schweiz*



REDE AN ÖSTERREICH

gehalten in Bregenz und übertragen über alle österreichischen Sender

am 24. November 1945

VON J. R. VON SALIS

Einer der jungen Kämpfer der österreichischen Widerstandsbewegung schrieb mir vor kurzem in einem Brief: „Das junge Österreich beginnt seine ersten Schritte, und es ist eine schöne und wichtige Aufgabe, gerade in diesen Stunden der Gehversuche den Menschen weitere demokratische Ideen mitzugeben, die es in den langen Jahren der Finsternis und Barbarei vermissen mußte.“

Ich bin sicherlich nicht in dem überheblichen Glauben in die Landeshauptstadt des Vorarlbergs gekommen, ich müßte als eine Art Magister Austriae den Österreichern sagen, was Freiheit, Demokratie und Frieden ist. Sie haben es unendlich viel schwerer gehabt als wir in der Schweiz, und Sie werden es unendlich viel schwerer haben als wir, den Weg zu friedlichen, freien und blühenden Zuständen zu finden. Dennoch haben Sie einen großen Vorteil uns gegenüber. Sie sind nicht nur in den letzten sieben, sondern in den letzten dreißig Jahren durch Anstrengungen, Leiden, Katastrophen und Verwandlungen hindurchgegangen, die für die Zukunft Ihres Landes ein großes Kapital an Erfahrungen bedeuten — von Erfahrungen, die einem verschonten Land und Volk abgehen. Diese Erfahrungen sind wertvoller als alle guten Ratschläge, die ein ausländischer Freund Ihnen zu geben versucht sein könnte. Erfahrungen machen weise, und ich zweifle nicht, daß ein altes Kulturvolk wie das österreichische, das eine große Geschichte sein eigen nennt, das am Kreuzweg der europäischen Kulturen liegt und in den Strudel der größten europäischen Umwälzungen gerissen wurde und dabei Gelegenheit hatte, sich und die anderen kennen zu lernen, befähigt sein wird, den Weg zur eigenen Staatlichkeit und Freiheit mit Klugheit und Weisheit zu beschreiten.

Zweimal hat Österreich das Schicksal der Großstaatlichkeit und der Großmacht gekannt, um nunmehr wieder zur Kleinstaatlichkeit zurückzufinden. Zweimal hat dieses Volk einem großen Reich angehört; zum zweitenmal findet es sich im beschränkteren Rahmen der Heimat wieder.

Das Reich der Habsburger war eine große Schöpfung, die in der Ökonomie der europäischen Politik und der abendländischen Kultur eine bedeutungsvolle Funktion ausgeübt hat. Aber in diesem Reichsverband haben sich allmählich die Nationalitäten selbständig gemacht, und ihr Nationalgefühl wurde stärker als die Anhänglichkeit an die von Wien beherrschte Monarchie. Über dem Österreich-Ungarn Franz Josefs lag das Abendrot und Dämmerlicht einer großen Vergangenheit, und der Weg in die Zukunft führte durch die Nacht von Krieg, Niederlage und Zerfall. Aus den Nationalitäten wurden Nationalstaaten. Und ich glaube, es gehört zur Weisheit historischer und politischer Erkenntnis, daß man, ohne deshalb die bedeutende Vergangenheit im geringsten verleugnen zu müssen, die Aufrichtung lebensvoller, tüchtiger und zur Selbständigkeit fähiger Nationalstaaten bejaht. Zwischen den beiden Weltkriegen hörte man nicht selten sagen, es sei ein Fehler gewesen, daß die Sieger des ersten Weltkrieges die Doppelmonarchie aufgelöst hätten. Meiner Überzeugung nach ist das ein Fehlurteil. Die Doppelmonarchie hat sich selbst aufgelöst, sie ist in ihre Bestandteile zerfallen, weil die Nationalitäten ein eigenes staatliches Dasein führen wollten. Es ist sehr zu bezweifeln, daß die damaligen Siegermächte daran etwas hätten ändern können, falls sie es gewollt hätten.

Daraufhin stellte sich für das eigentliche, deutschsprachige Österreich die Frage, ob es als selbständiges Staatswesen existieren könne und wolle. Die Friedensverträge haben ihm zunächst dieses Schicksal sozusagen von außen beschieden. Man machte dann im Inneren Österreichs den Unterschied zwischen Staat und Nation, und in neuer Form wurde der großdeutsche Gedanke, der 1848 unter ganz anderen Voraussetzungen und in einem völlig anderen Sinne Anhänger in Österreich selbst hatte, propagiert. Als gewaltsam annek-

tierte Provinz eines totalitären und militaristischen deutschen Reiches, die nicht einmal ihren alten edlen Namen Österreich bewahren durfte, mußte dieses Land seit 1938 das Schicksal von Hitlers Großdeutschland mit-erleiden. Dieses glich in keiner Hinsicht jener großdeutschen Demokratie, die 1848 nicht zustande gekommen und vom Preußen Bismarcks in einen preußisch-deutschen Machtstaat umgefälscht worden war. Ich habe eine Erinnerung an ein Gespräch mit dem großen österreichischen Dichter Rainer Maria Rilke aus dem Jahre 1925. Damals war Deutschland eine Republik. Ich fragte den Dichter, was er von dem sogenannten Anschlußgedanken halte. Erschrocken gab er zurück: „Das wäre ein schreckliches Unglück für Österreich. Vor 1848 hätte sich vielleicht etwas derartiges denken lassen. Seit Bismarck und der Verpreußung Deutschlands scheint es mir undenkbar.“ Das war vor zwanzig Jahren. Das Undenkbare wurde dann doch zur Tatsache; aber gerade die Umstände, unter denen es Wirklichkeit wurde, und die Gewalt, mit der es durchgeführt wurde, waren ein Beweis, daß es sich nicht um einen natürlich gewordenen, organischen und freiwilligen Vorgang handelte, sondern um etwas dem Schicksal Abgetrotztes und daher nicht Echtes.

Von nun an muß Österreich sein kleinstaatliches Schicksal zu gestalten versuchen. Der Widerstand gegen die Gewaltherrschaft und den Zwang von außen war das erste Element seines Staatsbewußtseins — eines eigenen Heimatgefühls, vielleicht einer national-österreichischen Sendung besonderer Art. Es mag sein, daß in der Kleinstaatlichkeit ein Verzicht liegt. Es wäre aber falsch, sie bloß mit Resignation auf sich zu nehmen. Es hat immer kleine Staaten gegeben, und ich möchte glauben, daß gerade der vergangene Krieg den recht deutlichen Beweis erbracht hat, daß bei kleinen Völkern das Streben nach staatlicher Unabhängigkeit, die Liebe zur Freiheit und die tiefe Anhänglichkeit an die heimatliche Lebensart und individuelle Existenz in außerordentlich hohem, ja fast überraschendem Maße vorhanden sind. Es gibt einen schematischen, mechanischen Nationalismus, der unter der Aegide des deutschen Nationalsozialis-

mus sich übersteigert und ausgetobt hat. Es mag den nationalsozialistischen Führern und ihrer primitiven Gedankenwelt geradezu unfaßlich vorgekommen sein, daß es germanische Volksstämme gibt, die nicht an die Herrenrasse glauben und *das* nicht mitmachen und verherrlichen wollten, was zur Gründung eines großgermanischen Reiches und zur Herrschaft dieses großgermanischen Reiches über Europa, ja über die ganze Welt führen sollte. Die Unfähigkeit zu unterscheiden, Maß zu halten, das Dasein Andersdenkender und Andersfühlender als Gegebenheit der großen Politik anzuerkennen und daher seinem eigenen Machtstreben Grenzen zu setzen, führte zu der blutigen Diktatur des Führerreiches und zu den Plänen einer phantastischen Neuordnung. Sie führte dazu, daß die Elsässer, die einen alemannischen Dialekt sprechen, ihrer kleinen Heimat die Treue hielten und neue, heroische Beweise ihrer Anhänglichkeit an Frankreich ablegten. Sie führte zu dem großartigen inneren Widerstand der Norweger, der Holländer und der Dänen.

Ist es unbescheiden, hier ein Wort von meiner eigenen Heimat zu sagen? Ich kann gut das Gefühl verstehen, das vielleicht in manchen Ländern verbreitet ist, die Schweizer hätten gut reden, in einem Land, das lange Jahrhunderte nicht wußte, was Unterdrückung heißt. Ich kann auch verstehen, daß es für diejenigen Völker, die so sehr unter den Verfolgungen und den Grausamkeiten eines erbarmungslosen Unterdrückers gelitten haben, etwas beinahe Anstößiges hat, daß mitten in Europa ein kleines Land von Krieg und Besetzung verschont wurde. Indessen lebten wir wie in einer belagerten Zitadelle, in der wir die Unabhängigkeit unseres Landes und die Demokratie, ohne die es keine Schweiz geben könnte, wie ein heiliges Gut bewahrten und entschlossen waren, sie gegen jeden Druck von außen und gegen jeden Angriff zu verteidigen. Unsere Alpen waren von der Armee in fünf Jahren in eine Festung verwandelt worden, und unsere Soldaten standen bereit, jeden Angriff abzuschlagen, der gegen unsere Freiheit und Unabhängigkeit hätte unternommen werden können. Nicht weniger waren wir auf die Verteidigung unserer geistigen Selbständigkeit und unserer politischen Weltanschauung bedacht — in

der Schule, auf den Universitäten, in der Presse, am Radio —, damit das Gift faschistischer und totalitärer Staatsauffassung und Propaganda nicht in die Köpfe unserer Jugend, unserer Soldaten und der Bevölkerung eindringen konnte. Mit der Hartnäckigkeit der Bergbewohner hielt das Schweizer Volk in seiner überwältigenden Mehrheit an seinen eigenen Anschauungen von Freiheit, Demokratie, Gerechtigkeit und Menschenrechten fest. Den Umständen entsprechend und weil uns ein Wunder des Himmels vor einem Angriff auf unser Staatsgebiet verschont hat, blieb unser Widerstand ein passiver. Aber es war auf seine Art auch ein Widerstand, mit dem wir uns sicherlich nicht rühmen wollen — weil er keine Blutopfer forderte — und der uns nicht unsere eigenen nationalen Fehler und unsere kleinen Schwächen vergessen läßt. Aber diese Haltung gegenüber den Ereignissen zeigt, daß es nicht in erster Linie auf die Muttersprache ankommt — in der Schweiz werden drei oder vier Sprachen gesprochen, von der Mehrheit des Volkes die deutsche —, um einen Staat, ein Vaterland, ja sogar ein Nationalbewußtsein zu haben. Verschiedensprachige und verschiedenstämmige Völker in allen Erdteilen waren es, die sich in diesen dunklen Jahren verbunden wußten in ihrem Widerspruch, ihrem Widerstand gegen einen Versuch, die Völker um ihre Grundrechte zu bringen, ihnen mit Gewalt eine Auffassung aufzuzwingen, die mit den Forderungen des Naturrechtes, d. h. der Menschen- und Bürgerrechte, sowie mit der christlichen Moral in unversöhnlichem Widerspruch standen.

Und so, glaube ich mit Ihnen, hat gerade das Experiment des großdeutschen Reiches Adolf Hitlers, auch was Österreich betrifft, eine bestimmte Form des Nationalismus ad absurdum geführt. Die Österreicher haben ihre Heimat neu entdeckt und erlebt; ihre Erfahrung liegt auf der gleichen Stufe wie diejenige der Elsässer, Holländer, Norweger, Tschechen und anderer Völker, die sogar bereit sind, eine gewisse Provinzialität des Daseins, ein stilleres Glück in einer freien Heimat, ein bescheideneres Dasein als Kleinstaat dem Phantom der großräumigen Tyrannei vorzuziehen. Die Liebe zur Heimat ist aber die erste und wichtigste Vorbedingung des Staats-

bewußtseins; der österreichische Patriotismus, der während der Jahre des Krieges immer wach geblieben ist, beweist, daß es einen österreichischen Staat geben muß. Der österreichische Widerstand war die Grundbedingung und die entscheidende Erfahrung, daß es ein ewiges Österreich gibt.

Die Vaterlandsliebe kann einem Volk weder befohlen noch aufgeschwatzt werden. Man hängt an seiner Heimat, wie man an seiner Familie hängt, oder man hängt weder an der einen noch an der anderen. Ich glaube, daß es sich gerade hierbei um einen jener stilleren Bezirke des Gefühls und des menschlichen Wesens handelt, wie ja der große Adalbert Stifter zu den Stillen gehörte, der die Melodie der heimatlichen Landschaft und des österreichischen Wesens um so eindringlicher in die Herzen seiner Leser singt. Die Heimat ist ein tief humaner Begriff, und ich möchte glauben, daß gerade die engere, die kleinere Heimat im Menschen einen viel tieferen Widerhall findet und viel stärker in seinem Wesen verwurzelt ist als der abstraktere und fast unvermeidlich mit dem Machtgedanken gepaarte Begriff der großen Nation — geschweige denn des Großraums. Ein anderer österreichischer Dichter, der wache, kluge, kritische Grillparzer, muß ein außerordentlich ausgeprägtes Gefühl für die fatale Entwicklung der Deutschen gehabt haben, daß er sein berühmtes Wort: „Von Humanität über Nationalität zur Bestialität“ prägen konnte. Wie oft hörte man dieses Grillparzer-Wort bei uns zitieren, als das motorisierte Reich seine angeblichen Söhne und noch viele andere Menschen dazu mit eisernem Griff heimholte! Welcher Trost floß in den Jahren der Unfreiheit überall in Europa aus Büchern, in denen die Menschen ihr eigenes heimatliches und nationales Wesen erkannten oder wiederfanden, während die klirrende Geopolitik mit dem vielfarbigen, vielgestaltigen, alten Gewebe, das Europa heißt, umging, wie mit einem großen einfarbigen Tuch, das man kreuz und quer zerschneidet, um eine Konfektions-Zwangsjacke daraus zu schneiden!

Das angebliche Verantwortungsbewußtsein, das nach der Berchtesgadener Theorie den Führerstaat auszeichnet, enthüllte sich als eine klägliche Verantwortungslosigkeit gegenüber allem, was dem Men-

schen Würde und echte Größe verleiht. Verantwortungslosigkeit gegenüber der menschlichen Persönlichkeit, gegenüber dem menschlichen Geist und den Seelenkräften des Menschen, gegenüber dem Glauben an Recht und Gerechtigkeit, gegenüber Religion, Wissenschaft, Kunst, Heimat und Familie. Es ist das große Paradox, das aber gerade durch das Wesen des nationalsozialistischen Zwangsstaates verwirklicht wurde, daß ein derart verstandener Nationalismus die eigentlich nationalen Werte zerstört, um sich verwirklichen zu können. Sie erwarten sicherlich nicht von mir, daß ich die Größe der deutschen Kultur verkenne oder verachte, daß ich ihre Dichter, ihre Bauten, ihre Musik, ihr Humanitätsideal nicht hochschätze. Ich gehöre zu denen, die sich in ihrer Jugend an Goethe und Schiller, an Herder und Gottfried Keller genährt haben und nach Weimar gepilgert sind. Johann Sebastian Bach, Mozart, Beethoven gehören uns allen, gehören der Menschheit. Was wäre aus diesen Heroen des Geistes unter Hitlers Zwangsherrschaft geworden? Die Antwort auf diese Frage ist nicht schwer zu geben. Indessen hat ein Nationalgefühl nur Sinn und Berechtigung, wenn es in der Pflege der nationalen Kultur, die in einem höheren Sinne nur eine universale und menschheitliche sein kann, seine eigentliche Bestimmung und zugleich eine Verpflichtung erblickt. Ohne Humanität führt Nationalität unweigerlich zur Bestialität.

Nun ist aber gerade der Kleinstaat durch seinen wohl notgedrungenen, doch von seinen Bürgern freiwillig akzeptierten Verzicht auf Macht und Machtanspruch vor dieser Entartung vielleicht besser geschützt als der Großstaat. Sein Streben ist nicht extensiv, es soll intensiv sein im Sinne einer Aufforderung an alle, mitzuwirken an der gemeinsamen Aufgabe am Staate, am sozialen Fortschritt, an der Kultur in all ihren Formen und Arten. In Europa ist Österreich groß durch seine Kultur und geachtet für die Werke, die hervorragende Männer dieses Landes auf allen Gebieten des Wissens, der Künste, des menschlichen Könnens schlechthin hervorgebracht haben. In einer Rede über „Die Sendung des Kleinstaates“ sagte der Zürcher Literaturhistoriker Fritz Ernst: „Man zitiert oft das Wort des geist-

reichsten aller schweizerischen Universalhistoriker (Jacob Burckhardt): der Kleinstaat sei dazu da, die größtmögliche Freiheit des einzelnen zu verwirklichen, und man kann nicht bestreiten, daß diese Verwirklichung zuweilen eingetreten ist. Es ergibt sich ohne weiteres, daß ein Staat, der kein Ziel außer sich hat, weniger ungefragte Dienste seiner Angehörigen beansprucht als ein politisches Gebilde, das immerzu versucht ist, sich über sich hinauszusetzen, in der Eroberung sein Recht und in der Vergrößerung seinen Selbstzweck zu erblicken, wodurch die Nation an sich zur Funktion hinuntersinken muß.“ In der gleichen Rede heißt es noch, der Kleinstaat sei in besonderem Maß gefährdet, um dann wörtlich folgendes zu sagen: „Der Kleinstaat kann diese Gefährdung durch eigenen wie durch fremden Mißbrauch nur dadurch einigermassen bannen, daß er sie sich bewußt macht und die Folgerungen daraus zieht. Mit einem Wort, der Kleinstaat bedarf bei aller Abgestuftheit der Individuen, die ihn zusammensetzen, einer gewissen inneren Dichte. Aber das genügt noch nicht. Der Kleinstaat kann sich auf die Dauer nur behaupten, indem er sich sozusagen in sich selbst vervielfacht: seine Freiheit gestattet individuelle Aktivität und Produktivität, seine Kleinheit verlangt dieselben im allerhöchsten Grade. Der Kleinstaat ist, zahlreichen Hemmungen zum Trotz, dazu bestimmt, auf minimalem Raum ein Maximum an Leben zu entbinden . . . Der Kleinstaat ist die Lebensform des zwar eingefügten, aber zugleich selbstverantworteten Individuums.“

Der Beitrag des Kleinstaates an die Kultur der Menschheit ist zweifellos seit dem Altertum ein verhältnismäßig großer gewesen. Mir scheint, daß auf diesem Gebiet Österreich, das zwischen germanischer, slawischer, magyarischer und romanischer Kultur seit alter Zeit ein wunderbarer Kreuzweg europäischer Kultur war und inmitten anderssprachiger und andersstämmiger Völker sein Dasein in einem unaufhörlichen Wechsel von Geben und Nehmen fristete, eine bedeutsame Aufgabe zu erfüllen hat. Auch hier bringt Österreich die Erfahrung und Weisheit mit, die es in den Wechselfällen des Schicksals erworben hat. Die Enge der Heimat und die Weite einer europäischen Sendung bilden den fruchtbarsten Widerspruch des

kleinstaatlichen Daseins inmitten unseres Kontinents. Auch der Kleinstaat verfolgt eigene Ziele und hat ein Recht auf einen gesunden Egoismus, wenn er auf Selbsterhaltung und eigene Wohlfahrt bedacht ist. Hätte er nicht diesen kräftigen und eigenständigen Willen zur Unabhängigkeit, dann würde er allerdings leicht das Opfer des Zweifels an sich selbst. Indessen ist dieser andere Widerspruch: zwischen eigener Unabhängigkeit und Solidarität mit der übrigen Staaten- und Völkerwelt, ein Gesetz, dem alle Staatengebilde und Nationen unterworfen sind, ob groß oder klein. Wer die eigene Unabhängigkeit so weit treibt, daß er keine andere Unabhängigkeit neben sich dulden kann und alles seinem ausschließlichen Willen unterwerfen will, der ist in großer Gefahr, sie zu verlieren — das Beispiel dazu kann jenseits unserer Nordgrenze erblickt und studiert werden. Nur wer entsprechend seinen Möglichkeiten diesen Ausgleich findet zwischen eigenem und fremdem Willen, zwischen Selbsterhaltung und Selbstbeschränkung, kann seine Aufgabe erfüllen — es handle sich dabei um Individuen oder Kollektivitäten.

Die wirtschaftliche Betrachtung des Problems war es zwischen den beiden Weltkriegen oft, die, in gutem Glauben bei den einen, aus tendenziösen Gründen bei anderen, Argumente gegen die Unabhängigkeit Österreichs lieferte. Alpenland auf der einen Seite, eine Großstadt auf der anderen Seite (ein Drittel der Einwohnerschaft ganz Österreichs in Wien konzentriert) — kurz, ein Mißverhältnis zwischen ländlicher und städtischer Bevölkerung. Das Mißverhältnis zwischen diesen beiden Bevölkerungselementen besteht auch anderswo, vorzüglich in kleineren Staaten, wie Holland, Belgien, der Schweiz, mit ihrer für die Volksernährung ganz ungenügenden landwirtschaftlichen Anbaufläche und ihren stark bevölkerten städtischen und industriellen Zentren. Ein Alpenland wie die Schweiz weiß aus eigener Erfahrung, was es für die Volkswirtschaft bedeutet, wenn das ohnehin kleine Staatsgebiet noch eingeschränkt wird durch eine beschränkte Fruchtbarkeit des Bodens. Österreich hat übrigens vor der Schweiz den Vorteil von Bodenschätzen voraus, die der Industrie als Rohmaterialien dienen. Es ist ferner bekannt, daß auch Groß-

staaten — wie England und Frankreich — infolge der Industrialisierung und Verstädterung während der letzten hundert Jahre dieses Gleichgewicht zwischen Stadt und Land, zwischen landwirtschaftlicher und industrieller Produktion längst nicht mehr haben und ebenfalls auf Einfuhr, beziehungsweise auf einen ununterbrochenen Außenhandel angewiesen sind. Frankreich und England haben im letztvergangenen Krieg, was die Lebensmittelversorgung betrifft, so große und manchmal größere Nöte ausgestanden als die Kleinstaaten des Kontinents. Die hochgezüchtete Über-Industrialisierung Deutschlands diente als ein Hauptargument für die Eroberungspolitik der Nationalsozialisten, die unter Lebensraum die Inbesitznahme und Ausbeutung fremder agrarischer Gebiete verstanden. Auch hier ein Beispiel, daß Eroberungspolitik und nackte Gewalt, selbst für rein materielle, volkswirtschaftliche Zwecke, nicht die Lösung bringen können. Es kann nur durch einen intensiven internationalen Handelsverkehr gelöst werden, wenigstens überall dort, wo nicht von Natur aus der Lebensraum eines Volkes derart ausgedehnt ist, daß es sich selbst genügen kann. Und vielleicht ist das überhaupt in keinem Land der Erde heute der Fall, denn von überall in Amerika, Europa und Asien vernehmen wir, daß Bedürfnisse vorhanden sind, die nur durch Importe und entsprechende Exporte befriedigt werden können. Das Problem besteht darin, daß ein jeder das hervorbringt, wovon er auch anderen etwas abgeben kann, damit diese wiederum von ihrem Überfluß abgeben, das heißt, das Erhaltene zurückzahlen können. Es wäre die ärgste aller Utopien, wenn man Volkswirtschaften, die natürlich gewachsen sind, auf einen früheren Stand zurückschrauben wollte, um dergestalt künstlich ein neues Gleichgewicht zwischen Landwirtschaft und Industrie, zwischen Stadt und Land zu schaffen. Nur ungesunde Überspitzungen, konjunkturbedingte Auswüchse, wie sie wahrscheinlich in Deutschland in den letzten fünfzehn oder mehr Jahren auf dem Gebiet der politisch und militärisch zweckbedingten Überindustrialisierung vorgekommen sind, gestatten einen Abbau, der mehr zur Gesundung als zum Schaden einer Volkswirtschaft gereichen kann.

Die Quintessenz dieser summarischen Betrachtung dürfte sein, daß grundsätzlich kein Staat lebensunfähig ist, der es versteht, das innere Gleichgewicht durch eine rationale Gestaltung sowohl der eigenen Produktion als auch der Außenhandelsbeziehungen herzustellen. Zweifellos ist Voraussetzung dafür, daß nicht andere Staaten eine bewußte Politik der wirtschaftlichen Drosselung des betreffenden Staates verfolgen. Auf dem europäischen Festland selbst gibt es landwirtschaftlich ergiebige Gebiete, aus denen in normalen Zeiten Nahrungsmittel in die städtisch-industriellen Zentren fließen. Das Gesetz allerdings, das über die Industrie und das Gewerbe eines kleinen Staates gebietet, heißt Qualität. Das Gesetz der Landwirtschaft heißt intensive Bewirtschaftung. Die Großen haben die Möglichkeit zu Massenproduktion und Standardisierung, die Kleinen müssen sich in den Fabriken, in den Werkstätten und auf dem Acker der Qualitätsproduktion verschreiben. Denn diese Qualitätserzeugnisse werden auf der ganzen Welt verlangt, sie passen außerdem in den wirtschaftlichen Rahmen des Kleinstaates, und sie entsprechen dem hohen individuellen Niveau des kulturell intensiveren Lebens und Schaffens der kleinstaatlichen Völker. Wer aber auf der Welt kennt nicht den Ruf Wiens als einer Kapitale des Geschmacks, des Kunstgewerbes, der geistigen Beweglichkeit und Erfindungsgabe — der Qualität in *einem* Wort? Wer wüßte nicht, daß die mechanische Industrie Österreichs Weltruf besitzt? Ferne sei der Gedanke, es werde leicht und rasch zu diesem inneren und äußeren Gleichgewicht des kaum befreiten, noch besetzten, mit den härtesten Nöten der nackten Existenz ringenden Österreich kommen, in einer Welt, in der noch nirgends ein förmlicher Friedensvertrag den zwar abgeschlossenen, aber noch nicht gänzlich abgebauten Kriegszustand abgelöst hat. Namentlich das materielle Leben steht noch unter den Gesetzen und Hemmungen der Kriegswirtschaft. Doch ist das wirtschaftliche Argument, so wie es sich nach dem zweiten Weltkrieg stellt, ein Argument zugunsten der Neubelebung von individueller und kollektiver Arbeit, im Rahmen der neu erstehenden Staatenwelt, und ein Argument zugunsten der Herbeiführung eines wirklichen Friedenszustandes — nicht mit hohen

Zollmauern, nicht mit künstlichen Verhinderungen des Güteraus-
tausches, sondern mit einer vernünftigen Organisierung und Ingang-
setzung der internationalen Verkehrs-, Wirtschafts- und Handelsbe-
ziehungen. Das ist heute vielerorts nur ein Wunsch, da und dort schon
eine beginnende Wirklichkeit, überall eine Notwendigkeit und vor allem
ein Unterpfand für normale Zustände und, nach harter Arbeit, für
eine allmähliche Hebung des Lebensstandards der Völker. Im ganzen
ein Argument mehr für die Rückkehr von Freiheit und Frieden, für
ein glücklicheres Gleichgewicht zwischen dem natürlichen Egoismus
der Staaten und ihrem, wir wollen es hoffen, ebenso natürlichen, weil
aus den Verhältnissen erwachsenden Bedürfnis nach mehr Solidarität.

Ist es in einem Europa, in einem Österreich, wo ein harter Winter
voll Entbehrungen seinen Anfang nimmt, nicht fast taktlos, von dem
Weg zur Normalisierung des Lebens zu sprechen, dessen Ziel in so
weite Ferne gerückt zu sein scheint, daß niemand es noch erblicken
kann? Aber gibt es außer den unmittelbaren Aufgaben des Lebens,
die manchmal nur Notbehelfe sind, für Menschen und Völker etwas
anderes als das Streben nach fernen Zielen? Etwas anderes als das
unablässige Bemühen, sie zu erreichen? Die tapferen Kämpfer des
Widerstandes haben unter hoffnungslos scheinenden Verhältnissen
den Kampf gegen die Unterdrückung geführt. Heute gilt es, den
Kampf gegen die Not zu führen, und mögen die Schwierigkeiten
noch so groß und die Verhinderungsgründe noch so zahlreich sein.
Die Freiheit von Unterdrückung ist nur die erste Stufe, die Freiheit
von Not — die der verstorbene Präsident Roosevelt eine der funda-
mentalsten Freiheiten nannte, auf die die Menschen ein Anrecht
haben —: die Freiheit von Not ist die zweite Stufe. Widerstand gegen
Not, Widerstand gegen Verzweiflung: es läßt sich leicht aussprechen,
ich weiß es; es läßt sich in einem Land, das so große seelische Reser-
ven, eine so zähe Widerstandskraft, einen so starken Lebenswillen
besitzt wie Österreich, auch durchführen. Es kann nicht sein, es
darf nicht sein, daß irgendein Land in Europa, am wenigsten ein be-
freites, nachdem der Krieg überstanden ist, den „Weg zurück“ nicht
entschlossen und mutig beschreitet.

Heute sind die Siegermächte die Herren der Stunde. Es hat indessen noch nie einen siegreichen Staat gegeben, der nicht erfahren hätte, daß selbst der Siegreiche bis zur Heilung der Wunden, bis zur Wiederherstellung des Zustandes, der den Namen Frieden verdient, bittere Stunden, Monate und Jahre durchleben muß. In Europa gibt es vor allem viele verwundete, notleidende, innerlich verstörte Völker, die es verdienen, als Patienten behandelt und betreut zu werden. Die Staatsmänner müssen überall geschickte und gelehrte Ärzte sein, wenn sie sich die Dankbarkeit ihrer Völker verdienen wollen. Es bleibt ihnen nicht verborgen, daß der Sinn der Menschen nach den Ereignissen, die der General de Gaulle den Dreißigjährigen Krieg unseres Jahrhunderts genannt hat, wieder auf friedlichere und nützlichere Arbeit gerichtet ist. Unzählige haben nicht mit Schweiß, Mühe, Blut und Tränen gespart, als man es während grauenhafter Jahre von ihnen forderte. Aber heute haben alle Völker genug von Krieg, Zerstörung, Blut und Tränen. Es gehört zu dem, was ich vorhin die österreichische Weisheit nannte, wenn Rainer Maria Rilke in einem Gedicht sagt: „Was heißt siegen? Übersteh'n ist alles.“

Es liegt mir nicht, auf abstraktem Wege ein politisches System zu konstruieren und zu sagen, welches ganz allgemein die beste Staatsform für die Mehrzahl aller Menschen ist. Auch bin ich überzeugt, daß je nach der Entwicklungsstufe eines Zeitalters, nach den besonderen Verhältnissen und Bedürfnissen eines Landes, nach den Lebensgewohnheiten und dem Charakter eines Volkes die staatlichen Institutionen verschiedene sein können und sein müssen. Man sage jedoch nicht, das Streben nach Freiheit sei nicht bei allen Völkern vorhanden; denn Freiheit ist ein elementares Bedürfnis, das sich immer dann mit Vehemenz oder ganz sachte und unwiderstehlich geltend macht, wenn sie nicht vorhanden ist. Nach der ersten Betäubung hat sich in allen Ländern Europas, die überfallen oder besiegt worden waren, dieser elementare Drang nach Freiheit wieder eingestellt. Wie zu tiefst wesensgleich müssen doch die Menschen, müssen doch die Völker sein, daß sie alle auf diese Attentate gleichartig reagierten! Ob es sich um die innere Front im skandinavischen Norden oder in

den westlichen Niederlanden, ob es sich um das Erwachen und Erstarren des französischen Widerstandes, ob es sich um die Zähigkeit der britischen Abwehr, ob es sich um die Unbeugsamkeit der Tschechen und Polen, ob es sich endlich um den unüberwindlichen Heroismus der Russen, der die Bewunderung der ganzen Welt erregt hat, handelt: überall gaben die Völker die gleiche Antwort dem Angreifer und Unterdrücker. Alle führten den gleichen Kampf: den Kampf um ihre Freiheit, um *die* Freiheit.

Das 19. Jahrhundert hat bekanntlich die Freiheit allzu einseitig politisch verstanden. Es hatte die Freiheit von allerlei politischen Zwangseinrichtungen und die Gleichheit der Bürger vor dem Gesetz proklamiert und in zahlreichen Ländern durchgeführt. Aber sie befreiten nicht von wirtschaftlicher Bedrängnis und schützten nicht vor sozialer Ungerechtigkeit. Der Staat des 19. Jahrhunderts hatte kein Recht, Mißbräuchen der Wirtschaftsfreiheit vorzubeugen oder sie abzustellen. Hier setzten die großen Kämpfe um die soziale Frage ein, die zweifellos Kämpfe für die Freiheit ganzer in Not befindlicher oder wirtschaftlich aufs höchste gefährdeter Schichten und Berufsgruppen waren. Heute stehen wohl alle Staaten Europas, wenn auch graduell abgestuft und je nach den Bedürfnissen etwas verschieden, vor der großen Aufgabe, den Wohlfahrtsstaat zu verwirklichen. Wir wissen alle, daß sich verschiedene Auffassungen von diesem Wohlfahrtsstaat gegenüberstehen. Sie verhindern jedoch heute nicht, daß die Vertreter dieser verschiedenen Auffassungen die Überzeugung haben, daß sie in praxi ein langes Stück Weges gemeinsam gehen können. Denn es gibt vor allem in Europa ungeheuer viel zu tun, um aus der Not herauszukommen, und um es so weit zu bringen, daß jeder die gleichen Chancen im Leben hat, die er nach individueller Anlage, Fleiß und Verdienst nützen kann. Es wäre zum Verwundern, wenn das Erlebnis des Krieges und die gemeinsam durchgestandenen Kämpfe und Leiden, auch die gemeinsame Hoffnung auf Freiheit und neuen Anfang, nicht die Menschen der verschiedensten Herkunft und die verschiedenen Parteien und Klassen einander näher gebracht hätte. Der Weg zur Freiheit muß aus dem Innern des Menschen

kommen, er darf und muß aus dem Geist echter, loyaler Demokratie kommen, die es nicht geben kann ohne Achtung vor dem guten Glauben Andersdenkender.

Es ist vielleicht das Neue an der Demokratie unseres Zeitalters, daß diejenigen, die sie bisher nur politisch und rechtlich verstanden haben, nunmehr ein neues Verständnis für ihre soziale und wirtschaftliche Problematik aufbringen, und daß jene anderen, die sie früher vornehmlich unter dem materialistischen und internationalistischen Gesichtspunkt verstanden wissen wollten, sie als vaterländische und freiheitliche Kraft schätzen lernten. Der Dreiklang: Heimat, Freiheit, Demokratie, ist überall erklingen, wohl in verschiedenen Tonarten, unter verschiedenen Vorzeichen, und mag dies auch zu Mißverständnissen Anlaß gegeben haben, so ist doch die Grundtendenz in den verschiedenen Ländern weitgehend eine parallele. Es handelt sich darum, diejenige politische Form zu finden, die Freiheit mit Staatsautorität am glücklichsten verbindet. Natürlich muß im Staat auch eine Führung vorhanden sein, natürlich ist auch Autorität nötig; die Demokratie ist die Staatsform, die dem Volk die Wahl der Führung und die Kontrolle der Staatsautorität in die Hand gibt. Von der Gemeinde, der Zelle aller Selbstverwaltung, über den Bezirk und das Land, bis zur Zentralregierung, besteht bereits in Ihrem vielgestaltigen Österreich ein föderalistischer Aufbau, der sowohl für ländliche als auch für städtische Verhältnisse die Möglichkeit zur Selbstentfaltung der Einzelglieder und zur Harmonie des Ganzen bietet.

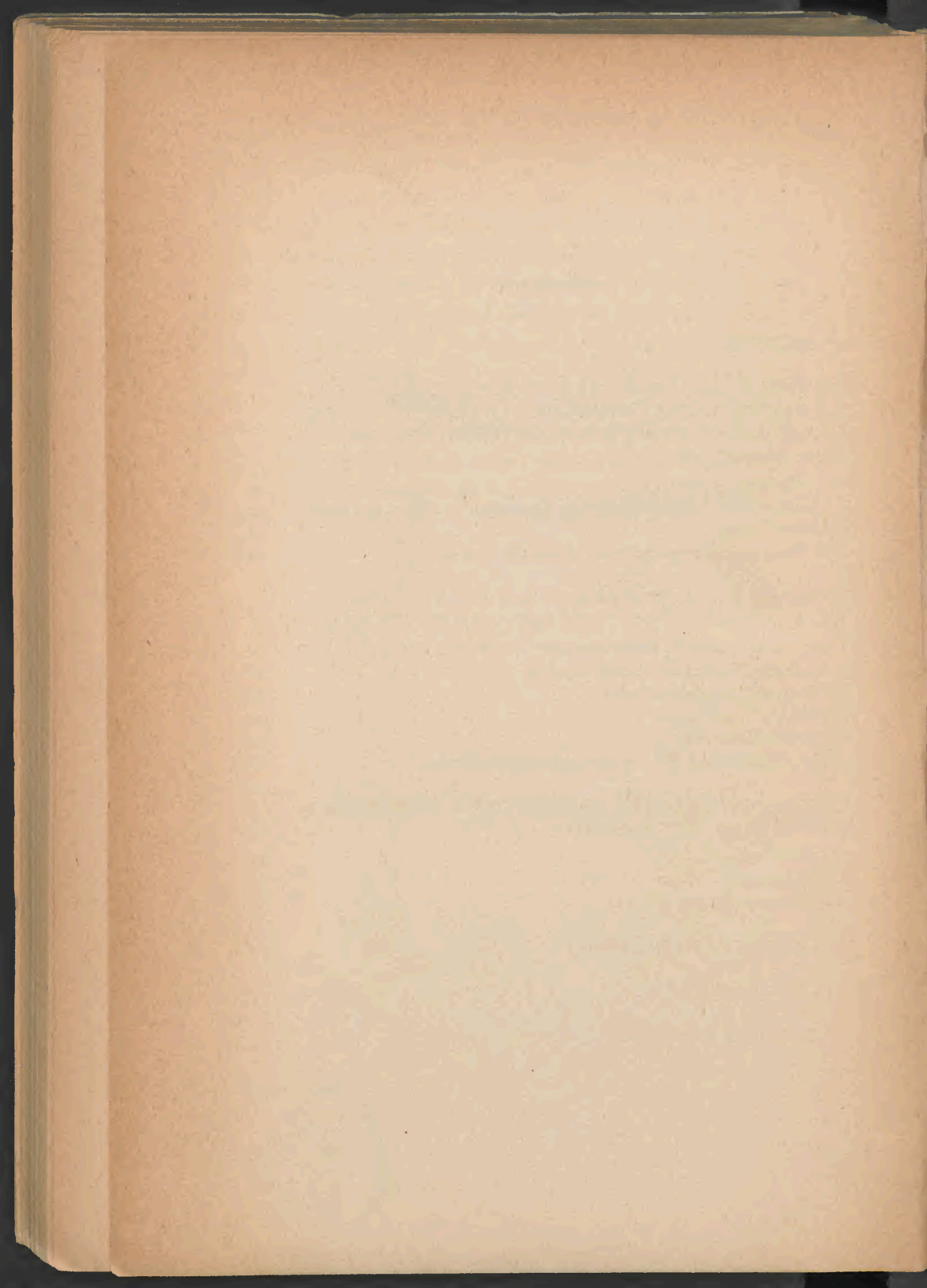
Wird auch der Friede die Bemühungen der Völker, sich aus den Trümmern des Krieges zu erheben, endlich krönen? Er ist selbstverständlich die Grundbedingung für das Gelingen dieser Aufbauarbeit. Immer nach einem Koalitionskrieg ist ein Koalitionsfrieden schwierig zu erreichen. Wir stehen augenblicklich in einer Phase, wo Spannungen unter den großen Verbündeten des Krieges entstanden sind und Mißtrauen die Verständigung erschwert. Immerhin wurde schon vor Kriegsende in San Franzisko die Charta der Vereinigten Nationen ausgearbeitet und unterzeichnet, die den abgerissenen Fäden einer weltumspannenden Sicherheits- und Friedensorganisation

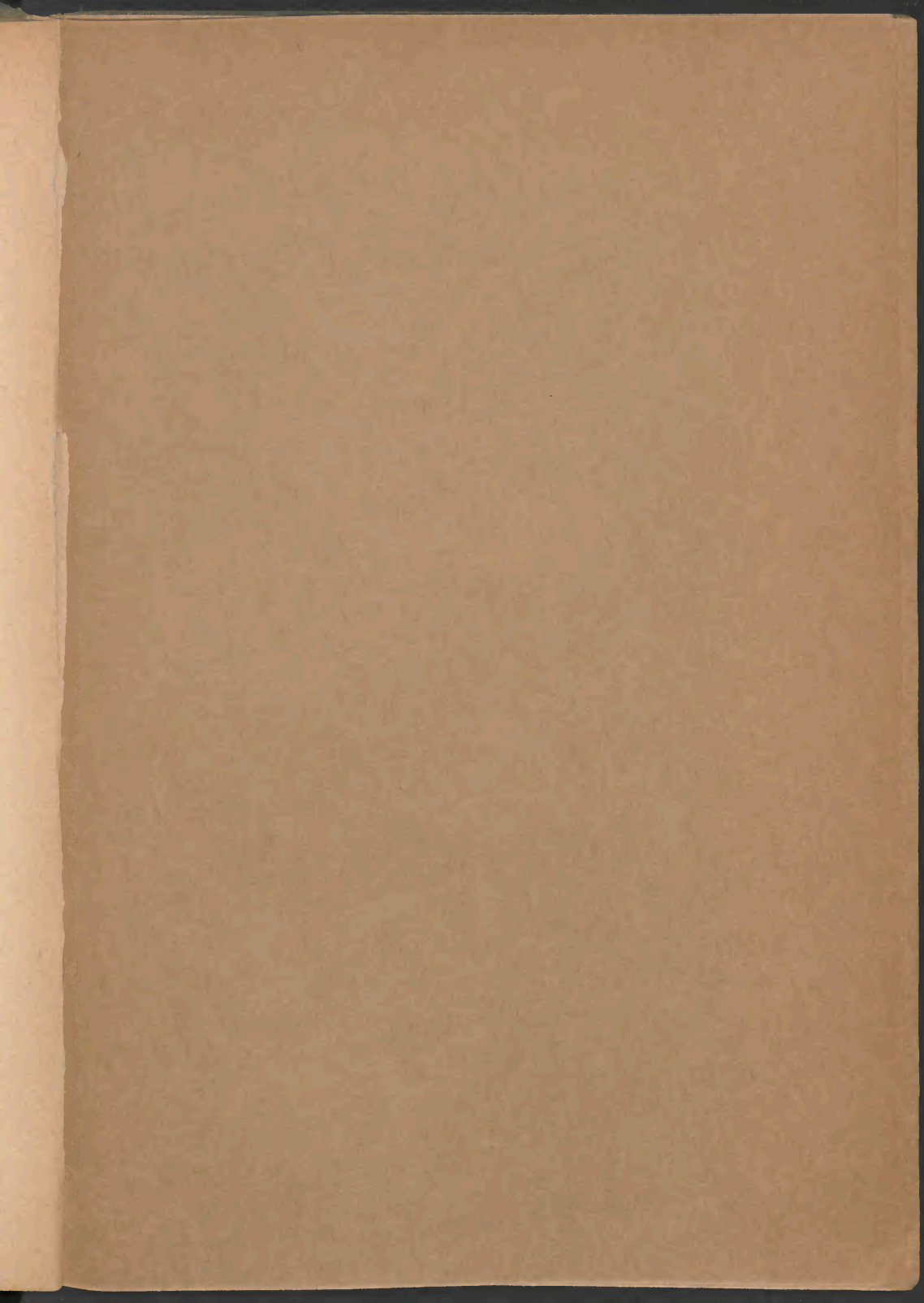
wieder aufnahm und weiterspann. Aber noch viele Fragen bleiben zu lösen übrig. Es steht bei niemandem, zu prophezeien, wie viel Zeit und Mühe noch darauf gewendet werden muß. Indessen ist es kaum denkbar, daß eine Verständigung unter den Großmächten, von der heute alles abhängt, nicht zustande kommen wird. Es gibt Gründe, sagte vor kurzem Churchill, die es wahrscheinlich machen, daß es in nächster Zeit keine großen Kriege geben wird und sich die Menschen wieder friedlicheren und nützlicheren Beschäftigungen zuwenden können. Die Rückkehr von Vertrauen, Stabilität und Normalität kann allein den Völkern und Staaten diese Chance geben. Mögen auch tiefe Winternebel den Blick auf die sonnenüberstrahlte Landschaft einer versöhnten Menschheit verwehren: der Tag wird anbrechen, wo zuerst zaghaf, dann heller und wärmer das große Gestirn des Friedens über unserer Welt aufgehen wird.

INHALT

VORWORT	5
DENKSCHRIFT ÜBER DIE GESCHICHTE DER UNABHÄNGIGKEITSERKLÄRUNG ÖSTERREICHS UND DIE EINSETZUNG DER PROVISORISCHEN REGIERUNG DER REPUBLIK	7
1. Persönliche Initiative	9
2. Zum Verständnis des österreichischen Verhältnisses zu Hitler-Deutschland	22
3. Gesamtktion	30
4. Die ersten Gesetzesmaßnahmen der Staatsregierung	36
DREI MONATE AUFBAUARBEIT DER PROVISORISCHEN STAATSREGIERUNG DER REPUBLIK ÖSTERREICH	41
1. Die demokratische Grundhaltung des Österreichers und die Wiederherstellung der demokratischen Republik	43
2. Die Ausrottung des Nazismus	50
3. Politische Einzelfragen	52
4. Wirtschaftliche Fragen	57
5. Die Notwendigkeit der Anerkennung dieser Regierung	66
BILDUNG DER ÖSTERREICHISCHEN REGIERUNG OFFIZIELLE DOKUMENTE	69
1. Proklamation	71
2. Kundmachung	75
3. Regierungserklärung	78
RECHENSCHAFTSBERICHT	85
ERLÄUTERUNGEN	95
NACHWORT VON PROF. J. R. VON SALIS	97









UB Klagenfurt

1